

Christlich-Sozial? Liberal? Konservativ? Die CDU zwischen gestern und morgen

Dokumentation und Quellen zur Tagung am 23. Juni 2022 in Berlin



Christlich-Sozial? Liberal? Konservativ?

Die CDU zwischen gestern und morgen

Dokumentation und Quellen zur Tagung am 23. Juni 2022 in Berlin

Inhalt

Vorwort

Kathrin Zehender 4

TEIL 1: DOKUMENTATION

Einführung

Norbert Lammert 6

Kapitel 1: Was ist die CDU?

Christlich?

Arnd Küppers 12

Liberal?

Matthias Oppermann 20

Konservativ?

Martina Steber 28

Kapitel 2: Vom Kanzlerwahlverein zur Programmpartei?

Die Ära Adenauer

Dominik Geppert 36

Die Ära Kohl

Thomas Biebricher 44

Die Ära Merkel

Ursula Weidenfeld 50

Kapitel 3: Die CDU von morgen – schon heute?

Podiumsdiskussion mit *Carsten Linnemann MdB, Nadine Schön MdB,*

Jan Redmann MdL und Emine Demirbükten-Wegner 56

TEIL 2: QUELLEN

Wie christlich ist die CDU?

Konrad Adenauer 68

Die Möglichkeiten einer christlichen Politik

Hermann Ehlers 70

Leitideen für eine Politik, die sich am „C“ orientiert

Volker Kauder 74

Religion und Politik, Wahrheit und Interessen, Werte und Entscheidungen

Norbert Lammert 80

Wirtschaftlicher Liberalismus und Staatsgedanke

Wilhelm Röpke 84

Soziale Marktwirtschaft

Ludwig Erhard 88

Was heißt heute konservativ?

Eugen Gerstenmaier 96

Progressive und Konservative

Richard von Weizsäcker 102

Zur Bedeutung der europäischen Einigung

Konrad Adenauer 106

Die Christliche Demokratie in der europäischen Politik

Hans Maier 112

Das Grundsatzprogramm – Instrument einer gestaltenden Politik

Heiner Geißler 120

Wir Frauen: Für die Zukunft verantwortlich

Rita Süßmuth 126

Die CDU als Partei der Deutschen Einheit

Helmut Kohl 134

Verantwortung für die Umwelt in globaler Partnerschaft

Klaus Töpfer 140

Freiheit, die wir meinen

Wolfgang Schäuble 144

Zur Bedeutung der transatlantischen Beziehungen

Angela Merkel 148

Vorwort

Kathrin Zehender

Die CDU arbeitet an einem neuen Grundsatzzprogramm. Nach 1978, 1994 und 2007 wird es das vierte in der Parteigeschichte sein. Nicht nur das Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung nach der Bundestagswahl von 2021, auch die umfassenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen, denen sich Deutschland gegenüber sieht, machen es notwendig, über die Grundsätze und Zukunftsvisionen der Partei nachzudenken. Mit dem aktuellen Grundsatzzprogrammprozess stellt sich die CDU dieser Aufgabe.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass die CDU auch in der Vergangenheit immer wieder vor Herausforderungen stand und es galt, den eigenen Kurs zu hinterfragen und neu zu bestimmen. Was sind also die Grundsätze der CDU und was bedeuten sie heute für die politische Arbeit?

Diesen Fragen widmete sich eine Tagung, die im Juni 2022 in Berlin stattfand. Zum einen wurden dort von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unter dem Titel „Was ist die CDU? Christlich? Liberal? Konservativ?“ die verschiedenen politischen Strömungen beleuchtet, die die CDU in sich aufgenommen hat. Zum anderen wurden unter der Überschrift „Vom Kanzlerwahlverein zur Programmpartei?“ die drei prägenden Phasen der Parteigeschichte unter den langjährigen Vorsitzenden Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Angela Merkel in den Blick genommen.

Im Anschluss an die Vorträge diskutierten der Vorsitzende der CDU-Grundsatzzkommission und stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Carsten Linnemann MdB, die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Nadine Schön MdB, der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion

in Brandenburg Dr. Jan Redmann MdL und Staatssekretärin a. D. Emine Demirbüken-Wegner über ihre Wünsche an das neue Grundsatzzprogramm und über die Zukunftsaufgaben der CDU.

In der vorliegenden Publikation haben wir die wissenschaftlichen Beiträge, die Diskussion sowie die Einführung des Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Norbert Lammert, verschriftlicht. Ergänzt wird diese Dokumentation durch einen Quellenteil, der Reden, Artikel und Beiträge zu den politischen Grundströmungen enthält, die die CDU in sich vereinigt: das Christliche, das Konservative, das Liberale und das Soziale. Darüber hinaus thematisieren die Texte zentrale Aspekte christdemokratischer Politik wie die europäische Einigung, die transatlantischen Beziehungen oder die Bewahrung der Schöpfung. Die Beiträge und Quellen machen die Fundamente der Partei sichtbar und bieten Orientierung für die Zukunft. Damit möchten wir die Arbeit am Grundsatzzprogramm begleiten, Hintergrundwissen vermitteln und Impulse zur Debatte geben.

Einführung

Norbert Lammert

Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages a. D.,
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Guten Tag, meine Damen und Herren, ich begrüße Sie alle herzlich zu dieser Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung und besonders gerne hier in der Katholischen Akademie. Dass die Veranstaltung hier stattfindet, ist weder zwingend – es hätten sich auch andere Austragungsorte vorstellen lassen – noch ist es zufällig. Denn wir behandeln nicht Wahlergebnisse, auch nicht die Frage von Kanzlerkandidaturen, sondern wir wollen uns mit der Identität der Partei, mit ihrem Selbstverständnis beschäftigen.

Während ich vortrage, womit wir uns nicht beschäftigen, stellt sich die Frage, ob wir uns mit diesem Thema beschäftigen hätten, wenn es in jüngerer Zeit andere Wahlergebnisse gegeben hätte als die, die tatsächlich erzielt wurden, Kanzlerkandidaturen erfolgreich gewesen wären, was nun nachweislich nicht der Fall war, und es davor und danach nicht Wechsel im Parteivorsitz gegeben hätte. Das ist eine dieser Fragen, die sich nicht von selbst beantworten, aber beinahe aufdrängen, wenn es darum geht: Muss die Partei sich eigentlich in einer besonderen Weise mit sich selbst beschäftigen?

Es gibt ein interessantes, bis heute nie förmlich der Öffentlichkeit vorgestelltes, aber natürlich nicht geheim gebliebenes Papier, in dem auf Initiative des damaligen Generalsekretärs der CDU, Paul Ziemiak, unter Beteiligung von internen und externen Beobachtern, Beteiligten und Sachverständigen, der Versuch einer Lagebeschreibung mit Blick auf das Bundestagswahlergebnis vorgenommen worden ist. In dieser Analyse findet sich der bemerkenswerte Befund: Die Wahlkampagne der Union sei auch deswegen gescheitert, weil ihr „ein programmatischer Markenkern fehle und abgeschliffen sei“. Ergänzend findet sich im gleichen Papier der ebenso bemerkenswerte

Befund, die Union habe sich in den letzten Jahren aus grundlegenden gesellschaftlichen Debatten „zunehmend zurückgezogen. Bei relevanten Themen offenbart die Partei programmatische Defizite und großen Nachholbedarf.“

Das ist nie von irgendeinem Parteigremium förmlich beschlossen worden. Es ist aber eine in der Partei erkennbar weit verbreitete Einschätzung, die auch hinreichend erklärt, warum es nicht nur ein bestimmtes Wahlergebnis und nicht nur personelle Veränderungen, sondern auch die ausdrückliche bekräftigte Absicht gibt, in einem längerfristigen, aber zeitlich terminierten, gründlichen Diskussionsprozess das Selbstverständnis der Partei programmatisch neu zu formulieren. Mit den dafür erforderlichen personellen, sachlichen, organisatorischen Voraussetzungen ist einer der neuen stellvertretenden Parteivorsitzenden, Carsten Linnemann, beauftragt, der im Laufe des Nachmittags zu den damit verbundenen Absichten, Vorgaben und Abläufen authentisch berichten wird.

Ich will als Hinführung zu den Themen, die heute Nachmittag im Einzelnen eine Rolle spielen sollen, an einen Zeitpunkt der Parteigeschichte der Union erinnern, der jetzt etwa ein halbes Jahrhundert zurückliegt und vielleicht die am ehesten vergleichbare Situation reflektiert, in der sich die Union jetzt und eben auch damals befunden hat. Das waren die 1970er Jahre, nachdem es nach einer zwanzigjährigen Regierungszeit unter Führung von Unionskanzlern einen ersten förmlichen Regierungswechsel gegeben hatte, den die Partei zunächst eher für einen Irrtum gehalten hat. Ich meine das nicht ganz so ironisch, wie es sich jetzt möglicherweise anhört. Aber ich bin alt genug, um mich an die Zeiten zu erinnern, in denen die Partei

mit diesem Veränderungsprozess zunächst sehr zögerlich umgegangen ist. Es hat im Übrigen nach dem Wechsel zu einer sozial-liberalen Koalition noch monatelang virtuelle Kabinettsitzungen unter Vorsitz von Kurt Georg Kiesinger gegeben, was hinreichend illustriert, wie schwer einer Reihe von Beteiligten die Ankunft in der veränderten Wirklichkeit gefallen ist.

Jedenfalls, und das ist der für uns interessantere Aspekt, hat es dann eine Weile gebraucht, bis nach dem Wechsel von Rainer Barzel zu Helmut Kohl ein gründlicher Veränderungs-, Erneuerungs- und Modernisierungsprozess in der Union in Gang gekommen ist, der sowohl die Organisation als auch die Programmatik zum Gegenstand hatte. Nicht wenige Parteienforscher sind zu der, wie ich auch glaube, zutreffenden Auffassung gekommen, dass sich die Union damals erst von einem Kanzlerwahlverein zu einer Partei im anspruchsvollen Sinne des Wortes entwickelt habe und dann innerhalb von kürzester Zeit möglicherweise zur damals modernsten im vorhandenen Angebot.

Jedenfalls gehörte zu dem damaligen Reformprozess, an dem natürlich Generalsekretäre wie Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler maßgeblich beteiligt waren, dass man sich die Wiederherstellung der Attraktivität der Partei für eine sich auch verändernde Wählerschaft nicht allein von Organisationsreformen erhoffte, die damals stattgefunden haben, sondern von der Verdeutlichung dessen, wofür diese Partei eigentlich steht. Bis zum damaligen Zeitpunkt hatte die Partei diese Frage schlicht nicht beantwortet, weil sie das Auftreten in Wahlkämpfen und das erfolgreiche Abschneiden in denselben mit der sich darauffolgenden Regierungstätigkeit für

ein hinreichendes Attest des eigenen Profils gehalten hat.

Damals ist das erste Grundsatzprogramm der Union entstanden – 30 Jahre nach ihrer Gründung – und nicht wenige Beobachter halten es nach wie vor – ich will jetzt nicht sagen für das beste, denn woran misst man das – aber jedenfalls für das prägnanteste, vielleicht auch präziseste. Wofür sich für den Beobachter wie für den teilnehmenden Beobachter, zu denen ich gehöre, eine Erklärung beinahe aufdrängt: Das erste Grundsatzprogramm der Union ist zu Oppositionszeiten entstanden und damit in einer Situation, in der die Partei die Frage, wofür stehen wir eigentlich, zum ersten Mal ohne Rücksicht auf Koalitionspartner, auf Koalitionsvereinbarungen, auf unvermeidliche Kompromisse, ganz alleine beantworten konnte und musste. In einer sehr ähnlichen Situation befindet sich die Union jetzt wieder.

Deswegen macht es ganz sicher Sinn, dass wiederum neben der Frage, wie sind wir eigentlich organisiert, was hat sich in der Zwischenzeit bei uns und übrigens auch bei anderen Parteien und in der Wählerschaft verändert, mit mindestens dem gleichen Gewicht die Frage beantwortet werden muss: Und wofür stehen wir eigentlich? Für was wollen wir Mehrheiten mobilisieren? Da bieten sich Antworten an, die aber – wie in der Politik im Allgemeinen – nicht unter Denkmalschutz stehen und deswegen alternative Überlegungen mindestens erlauben, an mancher Stelle vielleicht auch erzwingen. Und in den wenigen Monaten seit der letzten Bundestagswahl lassen sich auch solche alternativen Überlegungen zum Selbstverständnis, zum programmatischen Verständnis und der Identität der Partei aus den Reihen der Mitglieder und der Gremien durchaus finden.

Wir wollen uns in dieser Konferenz heute Nachmittag mit der Frage beschäftigen: Was ist denn eigentlich die CDU in ihrem eigenen Verständnis als Partei? Nicht als Staatspartei im Sinne eines Monopolanspruchs, was Verfassungen und Parteiengesetz ausschließen. Aber dass es sich bei der Union auch nicht um irgendeine von vielen konkurrierenden Parteien handelt, sondern um die mit der nachweislich mit Abstand längsten Regierungsverantwortung und damit einer offenkundig politisch prägenderen Rolle als das für irgendeine der anderen Parteien der Fall ist, ist nicht weiter erläuterungsbedürftig. Und was bedeutet in diesem Zusammenhang das Christliche, das Liberale, das Konservative, das Soziale?

Weil, wie bei jeder sozialen Organisation, zu denen selbstverständlich auch Parteien gehören, deren Wahrnehmung nach innen und nach außen nicht nur von geduligten Texten abhängt, sondern von lebendigen Personen, nicht nur, aber insbesondere von Vorsitzenden, macht es auch und gerade auf der Suche nach programmatischer Identität natürlich Sinn, sich auch mit den zentralen Persönlichkeiten in der Parteigeschichte der Union zu beschäftigen. Deswegen sind die Ära Adenauer wie die Ära Kohl und die Ära Merkel als die drei großen prägenden Phasen in der Parteigeschichte Gegenstand des zweiten Teils unserer Konferenz, um dann schließlich in einem dritten Teil den Blick nach vorne zu richten und gemeinsam der Frage nachzugehen: Und was wollen wir aus den stattgefundenen Erfahrungen der Vergangenheit an Schlussfolgerungen für die Zukunft ziehen? Wie stellen wir uns für die Zukunft auf? Wieder genauso wie früher, um damit vermeintlich an die großen alten Zeiten nahtlos anzuknüpfen, oder eben doch anders? Und wenn ja, wie anders?

Ich will das, was heute Nachmittag in diesen drei Panels diskutiert wird, mit drei Zitaten befeuern und überlasse es Ihnen, in welcher Form Sie das an der einen oder anderen Stelle dann gegebenenfalls aufgreifen, bekräftigen oder auch mit Empörung zurückweisen wollen.

Das erste Zitat ist von Angela Merkel und lautet: „Mal bin ich liberal, mal bin ich konservativ, mal bin ich christlich-sozial, und das macht die CDU aus.“¹ Nur für diejenigen, die meinen, das hat er sich jetzt so zurechtgelegt, weil es so schön als virtuelle, aber eben gut erfundene Alternative zum ersten Panel passt. Nein, die Quelle ist nachprüfbar.

Das zweite Zitat stammt von Volker Kauder: „Die CDU ist keine konservative Partei.“² Und wenn er hier jetzt säße, würde er ohne weitere Vorbereitung mit Nachdruck genau diese These bekräftigen, dass die CDU weder historisch, was die Entstehungsgeschichte angeht, noch perspektivisch, jedenfalls in seiner Vorstellung, eine konservative Partei sei.

Und das dritte Zitat – das gehört sich natürlich so – ist von Konrad Adenauer: „Unsere Partei [...] steht fest und unverbrüchlich auf dem Boden dieser, der christlichen Weltanschauung, daß es für den Menschen Normen gibt, die aus dem Wesen und Sein Gottes selber fließen und daher unverbrüchlich sind und nicht angetastet werden dürfen. Wenn man das Bestehen solcher Normen nicht anerkennt, dann gleitet ein Volk abwärts in Diktatur und in Gewalt. In einer Zeit wie der unsrigen, die Veränderungen und Entwicklungen jeder Art, zum Guten und zum Schlechten, in rasendem Tempo bringt, braucht jeder Einzelne feste, unabdingbare Normen für sein Leben, damit er Herr seiner selbst bleibt und nicht abgleitet.“³ Wenn Adenauer hier von einer Zeit wie der unsrigen

redet, dann redet er von einer Zeit, die jetzt mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegt. Aber wenn er die damalige Zeit als eine Zeit charakterisiert, in der es Veränderungen und Entwicklungen jeder Art zum Guten und zum Schlechten in rasendem Tempo gab, dann ist es wieder nicht so aus der Zeit gefallen, wie man mit schlichtem Blick auf das Datum vermuten könnte, und legt dann eben genau wieder diese Frage nahe: Taugen die alten Orientierungen, brauchen wir neue oder müssen wir das, was wir immer schon für richtig gehalten haben, unter veränderten Bedingungen anders neu sagen?

Für mich gehörte zu den Auffälligkeiten der jüngeren innerparteilichen Diskussion, dass eine in die Diskussion eingebrachte Überlegung im Rahmen dieses vom Generalsekretär damals eingeleiteten Analyseprozesses war, sich ähnlich wie andere vergleichbare Parteien in Europa von der „C“-Programmatik zu emanzipieren. Mit dem Hinweis, dass trotz aller Beteuerungen der Universalität, dieses demonstrative „C“ als Barriere für Nicht-Christen dienen und Exklusivität signalisieren könne. Aber auffällig war, dass es auf diese Diskussionsanregung aus der Partei weder unter quantitativen noch unter qualitativen Gesichtspunkten eine erkennbare relevante Unterstützung gab, sondern, dass in meiner Wahrnehmung beinahe ausnahmslos alle, die sich dazu geäußert haben, das mit einer Mischung aus Unverständnis und Empörung kategorisch zurückgewiesen haben.

Was zunächst nur die Schlussfolgerung nahelegt, es gibt so etwas wie eine mehr oder weniger reflektierte Grundorientierung zu sagen, dabei muss es bleiben. Damit ist aber wiederum nicht die Frage beantwortet: Und was verstehen wir darunter? Wie wollen wir damit wirklich umgehen? Und der empirische

Hinweis ist auch nicht völlig irrelevant, dass von der ehemals bemerkenswerten Truppe christlich-demokratischer Parteien in Europa eigentlich nur noch eine übriggeblieben ist, und die ist auch nur noch halb so groß wie sie zu dem Zeitpunkt war, als sie ihr Selbstverständnis in den 1970er Jahren zum ersten Mal formuliert hat.

Es gibt also unter jedem Gesichtspunkt offenkundig Diskussionsbedarf, den wir mit dieser Veranstaltung natürlich auch nicht abschließen, aber doch aufgreifen und vorantreiben wollen, und dabei interessiert uns die Funktion von Parteien im Allgemeinen, von Volksparteien im Besonderen, natürlich und gerade unter dem Gesichtspunkt ihrer systemtragenden Bedeutung. Zum Leitbild der Konrad-Adenauer-Stiftung gehört unser Selbstverständnis, dass wir Impulse zur Fortentwicklung und Stärkung der christlich-demokratischen Bewegung geben wollen, und genau das wollen wir mit der heutigen Veranstaltung tun.

Deswegen bedanke ich mich schon jetzt bei all denjenigen, die das vorbereitet haben, bei allen, die in den Panels daran mitwirken. Ich hoffe, dass Ihrer aller Interesse – nachdem Sie erfreulicherweise unserer Einladung gefolgt sind – dann mit einer hoffentlich rundum inspirierenden Veranstaltung auch nicht erschöpft ist, sondern dass Sie am weiteren Diskussionsprozess innerhalb und außerhalb der Partei beteiligt bleiben.

Anmerkungen

- 1 ARD, Anne Will, 22. März 2009. Vgl. dazu <https://www.sueddeutsche.de/politik/merkel-bei-anne-will-dinge-tun-die-aus-dem-rahmen-fallen-1.403011>.
- 2 Volker Kauder, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 24. August 2008, S. 5.
- 3 Rede vor dem 12. Bundesparteitag in Hannover am 15. März 1964, S. 32. Vgl. dazu: https://www.kas.de/documents/252038/253252/1964-03-14-17_Protokoll_12.Bundesparteitag_Hannover.pdf/c1b0b619-16b1-7216-2915-1e1e5004c59e.

Was ist die CDU? Christlich?

Arnd Küppers

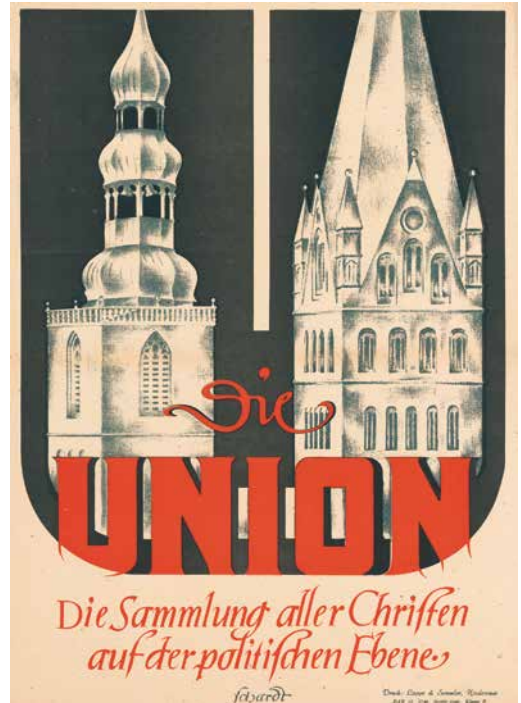
Dr. Arnd Küppers studierte katholische Theologie, Philosophie und Rechtswissenschaften in Bielefeld, Bonn und Freiburg. Seit 2010 ist er Wissenschaftlicher Referent und Stellvertretender Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach. Seit Dezember 2018 ist er außerdem Geschäftsführer des Wissenschaftlichen Beirats von Ordo Socialis.

Wenn nach dem Markenkern der CDU gefragt wird, dann ist die häufigste Antwort nach wie vor: das „C“ beziehungsweise das damit zum Ausdruck kommende Christliche Menschenbild. Wenn man in historischer Perspektive weiterfragt, wie es zu diesem „C“ gekommen ist, dann lautet die prosaische Antwort, dass es in Deutschland, wie auch in anderen Ländern Kontinentaleuropas, eine Tradition der „Weltanschauungsparteien“¹¹ gibt. Es gab schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik christliche Parteien. Allerdings waren das konfessionelle Parteien, und die bei weitem bedeutendste unter diesen war die katholische Zentrumspartei.

Deswegen lag es nahe, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Herrschaft wieder eine christliche Partei zu gründen. Sehr häufig ging der Anstoß dabei von Politikern aus, die – wie etwa Konrad Adenauer – in der Weimarer Republik im Zentrum aktiv gewesen waren. Aber von Anfang an waren auch Persönlichkeiten aus dem Protestantismus maßgeblich beteiligt. Denn obwohl die Entstehung der Union auf eine Mehrzahl von lokalen und regionalen Initiativen zurückgeht, die anfangs allenfalls lose miteinander in Verbindung standen, herrschte doch überall große Einigkeit, dass man eine konfessionsübergreifende christliche Partei gründen wollte. Es sollte fortan das Gemeinsame aller Christinnen und Christen betont werden und nicht mehr das Konfessionell-Trennende. Deshalb bezeichnete sich die neue Partei als „Union“.

Der materielle und ideelle Wiederaufbau Deutschlands

Im Mittelpunkt der christlichen Politik sollte nicht mehr – so wie das bei den konfessionellen Vorläuferparteien der Fall war – die



Das Plakat zur Kommunalwahl 1946 in Nordrhein-Westfalen zeigt mit einer katholischen und einer protestantischen Kirche anschaulich den überkonfessionellen Anspruch der CDU.

Verteidigung der althergebrachten Rechte und Freiheiten der Kirche stehen, sondern etwas anderes, Ideelles. Das hat mit der besonderen Bewusstseinslage der Wiederaufbaugeneration zu tun, die Theodor W. Adorno in dem bekannten Satz zusammengefasst hat: „Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.“¹² Von diesem Gedanken waren auch die Gründerinnen und Gründer der CDU erfüllt. Sie waren sich sehr bewusst, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur militärisch, politisch und wirtschaftlich, sondern auch moralisch am Boden lag.

Das Land musste nicht nur materiell wieder aufgebaut werden, sondern auch ideell. Dabei waren das Christentum beziehungsweise die beiden großen Kirchen eine wichtige Ressource und zentrale Akteure. Für die Kirchen war die Nachkriegszeit deswegen eine historische Ausnahmesituation, in der sie einen sehr großen politischen und gesellschaftlichen Einfluss ausübten – so groß wie nie zuvor und nie mehr danach. Über 90 Prozent der Menschen in der neu gegründeten Bundesrepublik gehörten einer der beiden großen christlichen Konfessionen an, ungefähr gleich viele der katholischen und der evangelischen Kirche.

Christlicher Personalismus

Die Vorstellungen von dem ideellen Kern christdemokratischer Politik wurden – ganz im Sinne des Adorno-Zitats – ex negativo von dem Erleben der diabolischen Menschenverachtung des Nationalsozialismus geprägt. Eine ganz ähnliche Menschenverachtung sah man zudem in anderen zeitgenössischen totalitären Regimen, insbesondere im Sowjetkommunismus der Stalin-Ära. Diese Erfahrungen führten seit den Dreißigerjahren des 20. Jahrhunderts innerhalb der christlichen Theologie und der Kirchen zu einer großen geistigen Gegenbewegung.

In der politischen Theologie und in der kirchlichen Soziallehre war in den Jahrhunderten zuvor immer von Gott und von der göttlichen Ordnung her gedacht worden. Aber jetzt – aus der Erfahrung des menschenverachtenden Totalitarismus heraus – trat der einzelne Mensch mit seiner personalen Würde, gleichsam mit seiner Heiligkeit, in den Mittelpunkt. Es entstand die Bewegung des „christlichen Personalismus“. Das war keine einheitliche Denkschule,

sondern eine lose Gruppe von Theologen, Philosophen und politischen Aktivisten, deren Gemeinsamkeit darin lag, dass sie in Auseinandersetzung mit den totalitären Ideologien entschieden für die – explizit christlich begründete – Menschenwürde und die unveräußerlichen Menschenrechte einstanden.

Nicht nur innerkirchlich, sondern auch gesellschaftlich und politisch war diese Bewegung enorm einflussreich, und wenn man einen ideengeschichtlichen Taufpaten für die Christdemokratie benennen möchte, dann ist das zweifellos der christliche Personalismus. Mit anderen Worten: Die nach dem Zweiten Weltkrieg überall in Europa gegründeten christdemokratischen Parteien hatten den entschiedenen Willen, in einer Epoche der (totalitären) Ideologien einen weltanschaulich dezidiert anderen Akzent zu setzen, indem sie das christliche Menschenbild und damit die personale Würde des Menschen zum Fundament und zum Fluchtpunkt ihrer Politik erklärten.

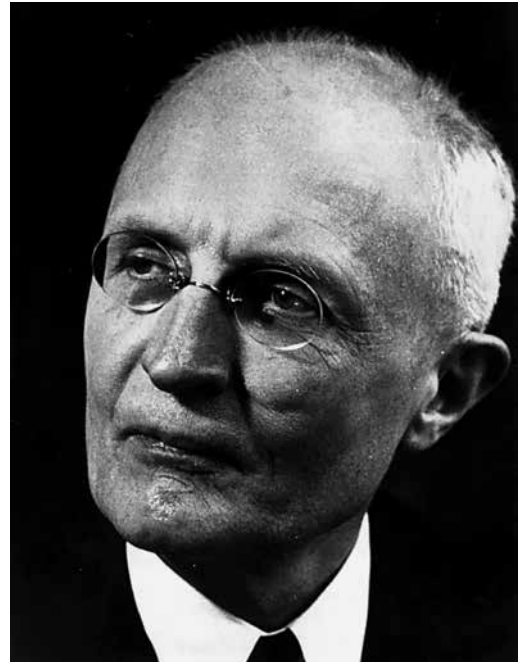
Der wichtigste Vordenker des christlichen Personalismus war der französische Philosoph Jacques Maritain (1882–1973). In seinem thomistisch grundierten Konzept eines „integralen Humanismus“ hat er auch als einziger einen systematischen Grundriss der politischen Philosophie des christlichen Personalismus vorgelegt. In Italien waren die Ideen und Impulse des Priesters Luigi Sturzo (1871–1959) sehr einflussreich, in Deutschland könnte man den Theologen Romano Guardini (1885–1968) nennen. Es ist kein Zufall, dass das alles Katholiken sind. Der Katholizismus hatte einen weiteren Weg in die liberale Moderne zurückzulegen als der Protestantismus, wo „liberale Theologie“ und Kulturprotestantismus bereits seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts prägenden

Einfluss ausgeübt hatten. Aus der geteilten Erfahrung mit dem menschenverachtenden Totalitarismus heraus entwickelte sich aber auch in protestantischen Kreisen eine evangelische Spielart des christlichen Personalismus. Mehr noch als für die katholischen Vertreter, gilt allerdings für ihre evangelischen Geistesverwandten, dass der Personalismus uns in ihren Texten eher implizit begegnet denn als systematisch ausgearbeitetes Konzept. Das trifft auch auf wichtige Vordenker und Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft zu.

Soziale Marktwirtschaft

Noch heute ist die „Freiburger Schule“ ein Synonym für die von Walter Eucken (1891–1950) in der Stadt im Breisgau begründete Schule des Ordoliberalismus. Weniger bekannt ist aber, dass Eucken in der Zeit des Nationalsozialismus eine der zentralen Figuren des „Freiburger Kreises“ war, einer in Opposition zum nationalsozialistischen Regime stehenden Gruppe, die sich in ihrem Kern aus Angehörigen der Albert-Ludwigs-Universität und der Bekennenden Kirche zusammensetzte.

Auf die Bitte von Dietrich Bonhoeffer (1906–1945) hin, verfassten einige Mitglieder aus dem innersten Zirkel des Freiburger Kreises Anfang 1943 eine Denkschrift, die auf einer nach dem Krieg geplanten ökumenischen Weltkirchenkonferenz als programmatische Grundlage für die politische und gesellschaftliche Neuordnung Deutschlands diskutiert werden sollte. Der Anhang zur Wirtschafts- und Sozialordnung wurde dabei im Wesentlichen von Eucken und seinen Universitätskollegen Constantin von Dietze (1891–1973) und Adolf Lampe (1897–1948) verfasst. Dieser Text ist durch und durch geprägt



Walter Eucken

von Motiven des christlichen Personalismus. „Die Wirtschaft hat den lebenden und künftigen Menschen zu dienen, ihnen zur Erfüllung ihrer höchsten Bestimmung zu helfen“, heißt es dort etwa. „Sie bedarf der gesicherten Rechtsordnung und der festen sittlichen Grundlage. Lässt sie die Menschen innerlich verkümmern, ihren Persönlichkeitswert und ihre Würde zugrunde gehen, so werden die mit einem entseelenden Apparat aufgeführten Riesenbauten bald wieder zusammenstürzen.“³

Gerade wenn man die – für das bundesrepublikanische Selbstverständnis so integrale – Idee der Sozialen Marktwirtschaft in den Blick nimmt, kann man auch die Spur aufnehmen zu einer Antwort auf die Frage, was das „C“ denn heutzutage für die CDU noch bedeuten kann – in einer Zeit, in der das Christentum und die Kirchen als gesellschaftliche Integrationsgrößen massiv an Bedeutung verloren haben.

Dafür muss man sich zunächst einmal vergegenwärtigen, dass die Begründer der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur ein auf den materiellen Wiederaufbau fokussiertes wirtschaftspolitisches, sondern auch ein dezidiert sozialetisches Programm verfolgten. In dem Einleitungskapitel seines Bestsellers *Wohlstand für alle* schreibt Ludwig Erhard über den roten Faden seines Denkens und Wirkens: „Am Ausgangspunkt stand der Wunsch, über eine breitgeschichtete Massenkauflkraft die *alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden*. Diese überkommene Hierarchie war auf der einen Seite durch eine dünne Oberschicht, welche sich jeden Konsum leisten konnte, wie andererseits durch eine quantitativ sehr breite Schicht mit unzureichender Kaufkraft gekennzeichnet. Die Neugestaltung unserer Wirtschaftsordnung mußte also die Voraussetzung dafür schaffen, daß dieser einer fortschrittlichen Entwicklung entgegenstehende Zustand und damit zugleich auch *endlich das Ressentiment zwischen ‚arm‘ und ‚reich‘ überwinden* werden konnten.“⁴

Die personale Ethik wurde also im Fall der Sozialen Marktwirtschaft dahingehend ausbuchstabiert, dass allen Menschen eine faire, chancengerechte Teilhabe am erwirtschafteten Wohlstand eröffnet und dass dadurch auch der soziale Friede gefestigt werden sollte.

Sozialer Friede und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Alfred Müller-Armack (1901–1978), der spätere Staatssekretär Ludwig Erhards (1897–1977), der den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft in seinem 1947 erschienenen Buch *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* geprägt hatte, sprach von

dem Programm der „sozialen Irenik“. Damit griff der weit über sein eigenes Fach hinaus gebildete Ökonom ein Konzept aus der reformatorischen Theologie des späten 16. beziehungsweise des 17. Jahrhunderts auf. Die Ireniker, deren Bezeichnung sich ableitet von dem griechischen Begriff *eirēnē* (Frieden), lebten in der Epoche der verheerenden Konfessionskriege in Europa. Ihr Ziel war es, den zerstörerischen Kampf um Dogmen und Glaubenswahrheiten zu überwinden. Den Glaubenskrieg lehnten sie nicht etwa aus einem bloß emotional-affektiven Pazifismus heraus ab, sondern aus reflektierten theologischen Gründen.

Müller-Armack sah seine eigene Zeit von ähnlich schweren weltanschaulichen Grabenkämpfen geprägt. Dabei hatte er nicht nur die Ideologien von Nationalsozialismus, Faschismus und Sowjetkommunismus im Blick, sondern vor allem auch das unversöhnliche ideologische Gegeneinander der demokratischen Kräfte, an dem die Weimarer Republik letztlich gescheitert war. Das durfte sich aus seiner Sicht niemals wiederholen, und genau diese Haltung war für ihn Ausdruck christlicher Weltverantwortung. Deshalb trat er unermüdlich für den Dialog und den politischen Kompromiss als Schmiermittel der Demokratie ein. „So kann unsere Hoffnung auf eine mögliche Einheit nur die der Irenik sein“, schrieb er 1950, „einer Versöhnung, die das Faktum der Gespaltenheit als gegeben nimmt, aber ihm gegenüber die Bemühung um eine gemeinsame Einheit nicht preisgibt.“⁵ Dabei gab er sich nicht der Illusion hin, dass sich die unterschiedlichen weltanschaulichen Lager nur lange genug miteinander austauschen müssten, um am Ende zu einem Konsens über alle wesentlichen Fragen zu kommen. Vielmehr strebte er nach einer „irenischen Zusammenführung“ der verschiedenen Gruppen und Parteien zu

einer „praktischen Weltaufgabe“⁶. Das war für ihn nach dem Zweiten Weltkrieg der Wiederaufbau. Dabei ging es ihm – ganz im Sinne des Programms der sozialen Irenik – nicht nur um den wirtschaftlichen Erfolg, sondern auch um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die zentrale Idee der Sozialen Marktwirtschaft lag für ihn darin, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“⁷.

Politik der Versöhnung

Die ursprünglichen Ireniker waren krachend gescheitert. Der Dreißigjährige Krieg hatte ihre Ideen und Konzepte zermalmt. Müller-Armacks Programm der sozialen Irenik hingegen war nicht nur für die Bundesrepublik sehr erfolgreich, sondern auch für die CDU als die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Mehr noch: Soziale Irenik ist in gewisser Weise eine Übersetzung für das „C“ und für den Unionsgedanken der CDU gleichermaßen. Von Ralf Dahrendorf gibt es ein Zitat, welches das auf pointierte und humorvolle Weise zum Ausdruck bringt: „Wer in Deutschland von Sozialer Marktwirtschaft spricht, [...] meint Ludwig Erhard plus katholische Soziallehre, jenes Programm der Unvereinbarkeiten, das die frühe CDU und CSU prägte und in gewissem Maße bis heute prägt.“⁸ Das hört sich sehr kritisch an. Aber das Zitat geht folgendermaßen weiter: „Theoretisch Unvereinbares muss praktisch nicht abwegig sein. Wir leben ja immerfort mit Widersprüchen und ziehen sogar Gewinn daraus. Es ist eines von Konrad Adenauers historischen Verdiensten, dass er den Widerspruch von Marktwirtschaft und Sozialpolitik ertragen, ja zum Programm erhoben hat.“⁹

Es wird der Sache nicht gerecht, das bloß als Ausdruck von Adenauers machtpolitischem



Alfred Müller-Armack (l.) mit Ludwig Erhard im Gespräch am 10. Februar 1965 in Köln.

Pragmatismus zu deuten. Hier begegnet uns vielmehr das Programm der sozialen Irenik par excellence. Und dieses Programm ist heute – zwar vielleicht nicht mehr dem Begriff, aber auf jeden Fall der Idee nach – immer noch hochaktuell. Vor allem ist es nach wie vor eine gute Übersetzung des „C“ in die Politik – für die es aber wohl ein zeitgemäßeres „Wording“ braucht.

Man könnte es heutzutage so sagen: Christliche Politik möchte die Menschen zusammenführen, statt sie zu spalten; sie setzt auf eine Politik der Versöhnung, weil erst der innere Frieden einer Gesellschaft den tragenden Grund ihrer Freiheitlichkeit bildet. Und die Freiheitlichkeit des Gemeinwesens wiederum ist die Voraussetzung für die personale Selbstbestimmung und Selbstentfaltung der Menschen.

Innerer Frieden und sozialer Zusammenhalt sowie individuelle Freiheit und

personale Autonomie stehen in einem sich bedingenden – wenn auch nicht immer spannungsfreien – Wechselverhältnis zueinander. Dieses Wechselverhältnis in seiner produktiven Spannung auszutarieren, ohne es in die eine oder andere Richtung

aufzulösen, erscheint mir als ein wesentliches Proprium christdemokratischer Politik in der Geschichte der Bundesrepublik – und auch auf Zukunft hin als nach wie vor Orientierung gebende Leitidee.

Anmerkungen

- 1 Ein von Max Weber geprägter Begriff: vgl. Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 4. Aufl., Tübingen 1956, S. 167.
- 2 Theodor W. Adorno: *Negative Dialektik*, Frankfurt a. M. 1975, S. 358.
- 3 In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer-Kreises (1943), in: *Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft*. Ein Quellenband, hrsg. von Günter Brakelmann/Traugott Jähnichen, Gütersloh 1994, S. 341–362, hier S. 345.
- 4 Ludwig Erhard: *Wohlstand für alle*, Neuauflage, Köln 2009, S. 15.
- 5 Alfred Müller-Armack: *Soziale Irenik*, in: ders.: *Religion und Wirtschaft*. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform, 2. Aufl., Stuttgart 1969, S. 559–578, hier S. 563.
- 6 Ebd.
- 7 Alfred Müller-Armack: *Art. Soziale Marktwirtschaft*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Bd. 9, Stuttgart u. a. 1956, S. 390–392, hier S. 390.
- 8 Ralf Dahrendorf: *Wie sozial kann die Soziale Marktwirtschaft noch sein? 3*. Ludwig-Erhard-Lecture, Berlin 2004, S. 12 f.
- 9 Ebd., S. 13.

Weiterführende Literatur

- Belardinelli, Sergio: *Die politische Philosophie des christlichen Personalismus*, in: Karl Ballestrem/Henning Ottmann (Hrsg.): *Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts*, München 1990, S. 243–262.
- Gauger, Jörg-Dieter u. a. (Hrsg.): *Das christliche Menschenbild. Zur Geschichte, Theorie und Programmatik der CDU*, Freiburg i. Br. 2013.
- Holtmann, Wilfried: *Art. Irenik*, in: *Theologische Realenzyklopädie*, Bd. 16, Berlin/New York 1987, S. 268–273.
- Küppers, Arnd: *Art. Personprinzip*, in: *Staatslexikon*, 8. Aufl., Bd. 4, Freiburg u. a. 2020, Sp. 751–757.
- Lammert, Norbert (Hrsg.): *Handbuch zur Geschichte der CDU. Grundlagen, Entwicklungen, Positionen*, Darmstadt 2022.
- Maritain, Jacques: *Christlicher Humanismus. Politische und geistige Fragen einer neuen Christenheit*, Heidelberg 1950.
- Müller-Armack, Alfred: *Soziale Irenik*, in: ders.: *Religion und Wirtschaft*. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform, 2. Aufl., Stuttgart 1969.
- Zehetmaier, Hans (Hrsg.): *Politik aus christlicher Verantwortung*, Wiesbaden 2007.
- Zolleis, Udo: *Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit*, Wiesbaden 2008.

Was ist die CDU? Liberal?

Matthias Oppermann

PD Dr. Matthias Oppermann ist stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik und dort Leiter der Abteilung Zeitgeschichte. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Ideengeschichte, Internationale Beziehungen sowie die Geschichte Frankreichs und Großbritanniens. Er lehrt Neuere Geschichte an der Universität Potsdam.

So hatte sich Rainer Barzel das sicher nicht vorgestellt. Nach der Bundestagswahl von 1961, in der die CDU/CSU die absolute Mehrheit verloren hatte, war ihm die Ehre zuteilgeworden, eine Studie zu erarbeiten, wie die CDU ihr Profil schärfen könne. Als er sie am 10. Mai 1962 im Bundesvorstand der CDU vorstellte, fiel er damit durch. Hier und da gab es Zustimmung, aber der entscheidende Mann im Raum befand, dass ihm die Grundaussage der Studie „etwas peinlich“ sei. Bundeskanzler Konrad Adenauer missfiel, dass Barzel der Union empfahl, sich als eine Vereinigung „von Menschen“ zu verstehen, „die auch ihr politisches Handeln unter Gottes Wort und Gebot stellen“.² Adenauer war die Studie „zu kirchlich“ und damit für die Union gefährlich. Da „das kirchliche Denken“ im Volk zurückgehe, seien die Christdemokraten darauf angewiesen, „die sogenannten Liberalen“ zu gewinnen, die mit solchen Reden verschreckt würden.³

Daran ist zweierlei bemerkenswert: Erstens, dass Adenauer, der persönlich nicht weniger christlich als Barzel empfand, die gesellschaftliche Entwicklung so scharfsinnig voraussah. Zweitens, dass der Kanzler glaubte, die Liberalen müssten erst noch den Weg zur CDU finden. In Wirklichkeit waren sie längst da, und Adenauer hatte ihnen selbst den Weg geebnet, indem er das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in der Partei durchgesetzt hatte. Der Liberalismus der CDU kann im Wesentlichen mit dem Begriff des Ordoliberalismus charakterisiert werden, der die geistige Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft bildete. Der Weg zur Sozialen Marktwirtschaft führt vom Kaiserreich über die Krise des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit in die Nachkriegszeit. Im Folgenden sollen vor diesem Hintergrund drei Fragen beantwortet werden: Was sind Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft?



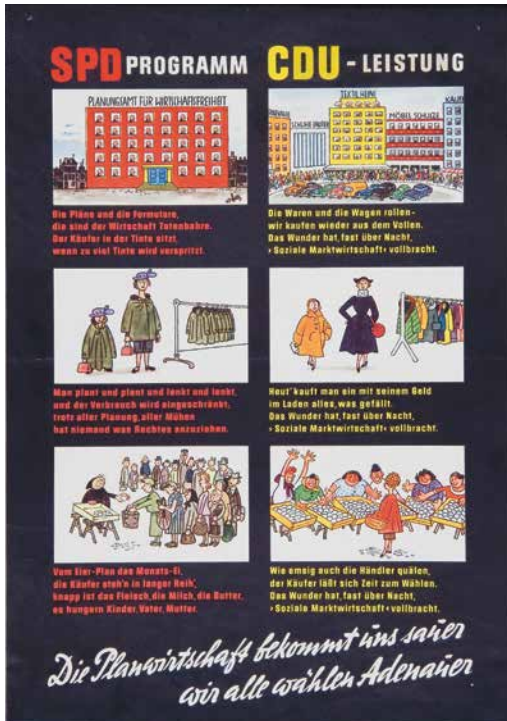
Rainer Barzel (l.) und Konrad Adenauer beim CDU-Bundesparteitag vom 14. bis 17. März 1964 in Hannover.

Welche Ursprünge haben sie im Deutschen Kaiserreich? Und wie wurden sie in der CDU an neue Verhältnisse angepasst?

Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft

Der Ordoliberalismus geht auf die Krise zurück, die den Liberalismus in den 1930er Jahren erschütterte, als in Europa eine liberale Demokratie nach der anderen von einem tyrannischen Regime abgelöst wurde und der Freihandel mehr und mehr unter Druck geriet. Die Weltwirtschaftskrise spielte dabei eine entscheidende Rolle. Die Anfälligkeit der Menschen in den Demokratien für autoritäre und totalitäre Versuchungen hing auch mit der sozialen Verelendung zusammen, damit, dass sie nicht mehr an das Regime der liberalen Demokratie glaubten. Der alte Liberalismus, also der Laissez-faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts, schien keine Zukunft mehr zu haben.

Beim sogenannten Walter-Lippmann-Kolloquium diskutierten 1938 Wissenschaftler



Plakat zur Bundestagswahl 1953.

verschiedener Fachrichtungen über die Frage nach der Überlebensfähigkeit des Liberalismus in einem „Zeitalter der Tyrannenien“¹⁴. Ökonomen wie Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow – beide Teilnehmer des Kolloquiums –, aber auch Franz Böhm und Walter Eucken glaubten, dass der Liberalismus sich ändern müsse. Sollte er überleben, dann musste der Markt sozial eingrahmt werden. So entstand der Neoliberalismus oder Ordoliberalismus, wie es bei Böhm und Eucken hieß. Alfred Müller-Armack machte ihn zur Grundlage des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft. Alle drei – der Neoliberalismus, der Ordoliberalismus und das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft – verbanden eine moralisch-religiöse Dimension mit dem Glauben an die Notwendigkeit eines Ordnungsrahmens. Ludwig Erhard nahm diese Ansätze auf und popularisierte sie.

Nicht die FDP erkannte also die Zeichen der Zeit und nahm den Impuls der 1930er Jahre zur Erneuerung des Liberalismus auf, sondern die CDU. Die Soziale Marktwirtschaft passte exakt zur CDU, denn sie stellte ebenso wie die Partei selbst einen Ausgleich zwischen einstmals antagonistischen Prinzipien dar, in diesem Fall zwischen den für die CDU prägenden sozialen und liberalen Strömungen. Die Soziale Marktwirtschaft war deshalb ebenso wie der Ordoliberalismus mehr als ein Wirtschaftsprogramm. Sie war eine Vision von den Beziehungen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft mit spezifisch deutschen Zügen, die bis ins Kaiserreich zurückreichten.

Das Erbe des Nationalliberalismus

Es wird oft gesagt, die Nationalliberale Partei (NLP) habe sich in den 1880er Jahren nach rechts gewandt, sich den Konservativen angenähert und sich den Linksliberalen entfremdet. Das stimmt jedoch nur zum Teil. Das Rechts-Links-Schema ist in diesem Fall kaum brauchbar. Die Linksliberalen strebten zwar verfassungs- und gesellschaftspolitische Reformen an, waren aber zugleich entschiedene Verfechter des Manchestergedankens. Sozialpolitik lehnten sie ab. Die Nationalliberalen begannen hingegen unter Johannes Miquel mit einer aktiven Sozialpolitik und sorgten dafür, dass die Bismarck'schen Sozialversicherungsgesetze die Arbeiter nicht zu Mündern des Staates machten, sondern zu Versicherten, die gemeinsam mit den Unternehmern für den Notfall vorzusorgen hatten. Der Staat setzte den Rahmen, in dem Arbeiter und Arbeitgeber gemeinsam für die Finanzierung der Versicherungen sorgen mussten.

Die Nähe des späteren Ordoliberalismus zu diesem Nationalliberalismus ist leicht zu erkennen. Darüber hinaus lässt sich auch

anhand der Akteure eine Verbindungslinie ziehen. Mit Ausnahme des linksliberalen Rüstow standen alle der oben genannten Ökonomen in der Weimarer Republik der Deutschen Volkspartei (DVP) nahe, der Nachfolgepartei der NLP des Kaiserreichs. Genauer gesagt, unterstützten sie zwischen 1923 und 1929 Gustav Stresemann – sowohl seine Wirtschaftspolitik im Inneren als auch seine „nationale Realpolitik“⁵ nach außen. Franz Böhm hatte der DVP sogar von 1924 bis 1925 angehört und saß später, von 1953 bis 1965, für die CDU im Bundestag. Eucken seinerseits sollte im Wintersemester 1931/32 an der Universität Freiburg einen Vortrag im Rahmen einer Ringvorlesung über den Liberalismus halten, die der mit ihm befreundete Historiker Gerhard Ritter organisierte. Ritters Ziel war es, den Nationalliberalismus der Gründerzeit des Kaiserreichs als Gegenentwurf sowohl zum dysfunktional gewordenen Weimarer Parteienstaat als auch zu einem autoritären Führerstaat zu präsentieren – eine Haltung, die Eucken teilte, auch wenn er den Vortrag aus Krankheitsgründen nicht halten konnte.

Tatsächlich knüpften die Ordoliberalen an den Nationalliberalismus des Kaiserreichs an, indem sie dem Staat eine starke Position bei der Durchsetzung von Marktmechanismen zuwiesen. Man kann ohne Übertreibung von einer besonderen Staatsbejahung des deutschen Nationalliberalismus sprechen, die sich auch im Ordoliberalismus und im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft findet. Das ist kein Hang zum Autoritären, wie manche entschiedene und rein marktwirtschaftlich orientierte Liberale meinen. Vielmehr teilten Nationalliberale und Ordoliberaler die Bereitschaft, Kompromisse zwischen liberalen Prinzipien und politischen und sozialen Umständen herzustellen. Man kann von Freiheit in Ordnung sprechen.

Staatsbejahung, der Glaube an die ordnende Kraft des Staates im Wirtschaftsleben – das ist die eine Quelle der sozialen Dimension des Ordoliberalismus. Die andere ist ethischer Natur. Alle deutschen Vertreter des Neo- beziehungsweise Ordoliberalismus waren Protestanten, und es ist nicht ohne Grund festgestellt worden, dass die wirtschaftspolitischen Grundideen der Sozialen Marktwirtschaft im Wesentlichen auf den Prinzipien der evangelischen Sozialethik beruhten.

Die evangelische Sozialethik

Wenn es um den sozial engagierten Protestantismus des Kaiserreichs geht, sind zwei Richtungen zu unterscheiden, von denen nur eine Spuren im Ordoliberalismus und in der CDU hinterlassen hat. Da war zunächst die sozialkonservative Linie um den Berliner Hofprediger Adolf Stoecker, dessen antikapitalistische, antiliberalen und antisozialistische Überzeugungen durch einen integralen Antisemitismus zusammengehalten wurden. Davon war auch die von ihm gegründete Christlich-soziale Partei (CVP) geprägt, ebenso wie der in der Tradition der CVP stehende, gewerkschaftlich orientierte Christlich-Soziale Volksdienst (CSVD), der sich 1929 von der Deutsch-nationalen Volkspartei (DNVP) abspaltete. Unter den Protestanten, die nach 1945 zur CDU fanden, stellten die ehemaligen CSVD-Mitglieder die kleinste Gruppe. Zur Entstehung des Ordoliberalismus haben diese evangelischen Christlich-Sozialen, die sich gerade durch die Gegnerschaft zum Liberalismus definierten, nichts beitragen können.

Wichtige Impulse erhielten Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft vielmehr

durch den liberalen Protestantismus, der im Kaiserreich und in der Weimarer Republik eng mit dem parteipolitischen Liberalismus verbunden war. Die Vertreter dieses sogenannten Kulturprotestantismus schufen sich 1890 mit dem Evangelisch-Sozialen Kongress ein Forum, in dem sie die Reform der herrschenden Wirtschaftsordnung aus evangelischer Sicht diskutierten. Sie gründeten den Kongress jedoch nicht allein. Auch konservative Lutheraner wie Martin von Nathusius und Sozialkonservative wie Adolf Stoecker waren daran beteiligt. Die Anhänger dieser beiden Richtungen verließen den Kongress aber schon 1895 beziehungsweise 1896. Danach wurde er zum alleinigen Forum der liberalen Protestanten und ihrer sozialpolitischen Vorstellungen.

Einer von ihnen, der Theologe Julius Kaftan, formulierte 1893 zwei zentrale Grundsätze des evangelischen Sozialliberalismus: Zum einen sei es „Christenpflicht, die Wirtschaftsordnung so zu gestalten, daß sie eine Grundlage für die Pflege der sittlichen Ideale des Christentums bildet“; zum anderen erfülle die bestehende Ordnung diesen Anspruch und sei daher nicht nur kritisch zu sehen. Christen müssten vielmehr bereit sein, ihre Grundgedanken zu verteidigen, so etwa das Privateigentum.⁶ Aus Kaftans Sicht war „[i]rgendwelches Eigentum [...] in der Regel die Voraussetzung der persönlichen Freiheit und Selbständigkeit, ohne die es ein gesundes evangelisches Christentum nicht giebt“.⁷ Die bestehende Wirtschaftsordnung sollte gleichzeitig verteidigt und reformiert werden, da „die Wirtschaftsordnung [...] um des Menschen und nicht der Mensch um der Wirtschaftsordnung willen gemacht“ sei.⁸ Das rückte die Arbeitszeit und die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter, aber auch das Problem der Lohnregulierung in den Blick. Die Forderungen, die der Evangelisch-Soziale

Kongress im Kaiserreich entwickelte – etwa Tarifautonomie, sozialen Wohnungsbau, Arbeitsschutzgesetze, Mitbestimmung von Arbeitnehmern –, gingen nach 1945 in das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ein.

Vom Nationalliberalismus zum konservativen Liberalismus

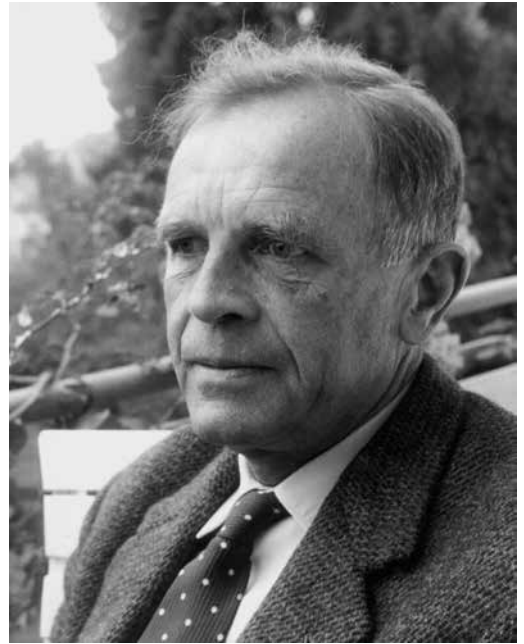
In Übereinstimmung mit der national-liberalen Tradition, den Grundsätzen des Ordoliberalismus und der evangelischen Sozialethik sieht der Liberalismus der CDU den Staat nicht als Problem, sondern als Ermöglicher geordneter Freiheit. Dieser Staat ist notwendigerweise begrenzt, es ist ein starker, aber kleiner, also effizienter Staat. Der Liberalismus der CDU verträgt sich mit einem überbordenden Wohlfahrtsstaat ebenso wenig wie mit einem Staat, der von Lobbygruppen dominiert wird. Der Staat, den sich der CDU-Liberale wünscht, verteidigt die Freiheit in all ihren Facetten auch gegen Interessengruppen. Röpke hat schon 1923 in diesem Sinne geschrieben: „So muß der Liberalismus in jedem Augenblick bestrebt sein, dem Staate zu geben, was des Staates ist. Wer sollte denn sonst heute noch Hüter des von allen Seiten unterhöhlten Staatsgedankens sein, wenn nicht – so absurd es klingt – der Liberale? Wer außer ihm soll ihn verfechten gegen die monopolistische Großwirtschaft, den organisierten Grundbesitz und die straff zusammengeschlossene Arbeiterschaft? Daß diese Stellungnahme dem Wesen des Liberalismus gemäß ist, zeigt das Beispiel Englands, wo sich Liberalismus, Gemeinsinn, Loyalität gegenüber den Gesetzen des Staates [...] in vorbildlicher Weise vereinen [...]“.⁹

Der Verweis auf Großbritannien ist hier besonders zu beachten. Röpke beschrieb,

was im 19. Jahrhundert auf dem rechten Flügel des deutschen Liberalismus als spezifisch für die britische politische Kultur galt, nämlich die Verschmelzung des Liberalismus mit einer konservativen Disposition in der Politik. Röpke steht dabei in einer langen Reihe liberaler Professoren in Deutschland, zu denen auch Friedrich Christoph Dahlmann und Heinrich von Sybel gehören. Auch für den Nationalliberalismus des frühen Deutschen Kaiserreichs blieb Großbritannien ein Vorbild.

Es ist daher kein Wunder, dass die Liberalen in der frühen CDU mitunter sehnsüchtig auf Großbritannien sahen. Ihnen gefiel, dass es dort eine konservative Partei gab, die gleichzeitig eine liberale Partei war, die also einen liberalen Konservatismus, oder besser: einen konservativen Liberalismus, vertrat. Der britische „liberal Conservatism“, wie er schon in den 1830er Jahren von Politikern und Journalisten genannt wurde, war eine Position der Mitte zwischen dem politischen Ideal der Veränderung und dem Ideal der Beharrung. Diese Vorstellung, den Wandel zu gestalten und ihn in positive Bahnen zu lenken, statt ihn selbst herbeizuführen oder ihn aufhalten zu wollen, zog viele in der CDU magisch an.

Man kann sagen, dass die nationalliberale Tradition in der CDU durch den Blick nach Westen verändert und für die liberale Demokratie tauglich gemacht wurde. Das zeigte sich nicht zuletzt in der Außenpolitik. Der in die Christliche Demokratie eingewobene Nationalliberalismus unterschied sich vom Nationalliberalismus der FDP durch seine enthusiastische Westbindung. Die Nationalliberalen, die sich der CDU anschlossen, setzten die Bewahrung der Freiheit vor die Wiederherstellung der Einheit. Sie kehrten also die Prioritäten um, die 1867 zur Gründung der NLP geführt hatten. Diese



Vertreter des Ordoliberalismus: Wilhelm Röpke.

Neuorientierung war durchaus im Sinne des Nationalliberalismus, zumindest wenn man von Stresemanns Idee einer „nationalen Realpolitik“ ausgeht, die sich zuallererst an den internationalen Bedingungen orientieren sollte. Der Realismus machte aus Nationalliberalen konservativ-liberale Atlantiker. Sie waren nur insofern konservativ, wie sie auch liberal waren, oder mit den Worten des Hamburgers Erik Blumenfeld: „Konservativ sollten wir sein, was das Ideal der Freiheit betrifft. Es zu bewahren, sind unsere westlichen Verfassungen geschaffen worden.“¹⁰ Für den Liberalen in der CDU ist das Verpflichtung und Auftrag.

Anmerkungen

- 1 Protokoll vom 10. Mai 1962, in: Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1998, S. 220–270, hier S. 250.
- 2 Rainer Barzel: Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU. Vorgelegt aufgrund eines Beschlusses des Bundesvorstands der CDU vom 11. Dezember 1961, o. O. 1962, § 121.
- 3 Ebd.
- 4 Élie Halévy: L'Ère des tyrannies. Études sur le socialisme et la guerre. Préface de Célestin Bouglé. Postface de Raymond Aron, Paris 1990 (erstmalig 1938).
- 5 Gustav Stresemann: Rede auf dem Parteitag der DVP in Dortmund vom 14. November 1924, in: Gustav Stresemann: Reden, hrsg. u. bearb. von Wolfgang Elz, Mainz 2020, S. 458–491, hier S. 461 (online unter: <https://neueste-geschichte.uni-mainz.de/internationale-politik/stresemann-reden/>).
- 6 Julius Kaftan: Christentum und Wirtschaftsordnung (1893), in: Günter Brakelmann/Traugott Jähnichen (Hrsg.): Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband, Gütersloh 1994, S. 152–158, hier S. 153 f.
- 7 Ebd., S. 154.
- 8 Ebd., S. 157.
- 9 Wilhelm Röpke: Wirtschaftlicher Liberalismus und Staatsgedanke (1923), in: ders.: Gegen die Brandung. Zeugnisse eines Gelehrtenlebens unserer Zeit, hrsg. von Albert Hunold, Erlangen-Zürich 1959, S. 42–46, hier S. 46.
- 10 Erik Blumenfeld: Chance Parteipolitik. Aus Reden auf Landestagen der Jungen Union Hamburg, 3. Mai 1964 und 15. Februar 1966, in: ders.: Profile. Persönliches und Politisches 1955–1970, Hamburg 1970, S. 63–71, hier S. 65.

Weiterführende Literatur

- Brakelmann, Günter/Jähnichen, Traugott (Hrsg.): Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband, Gütersloh 1994.
- Commun, Patricia: Erhards Bekehrung zum Ordoliberalismus. Die grundlegende Bedeutung des wirtschaftspolitischen Diskurses in Umbruchszeiten (Freiburger Papiere zur Ordnungsökonomik 04/4), Freiburg 2004.
- Hennecke, Hans Jörg: Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung, Stuttgart 2005.
- Jähnichen, Traugott: Das Ideal eines „starken Staates“ zur Sicherung von Freiheit und sozialem Ausgleich. Beiträge des politischen Protestantismus zur christlich-demokratischen Programmatik, in: Jörg-Dieter Gauger/Hanns Jürgen Küsters/Rudolf Uertz (Hrsg.): Das christliche Menschenbild. Zur Geschichte, Theorie und Programmatik der CDU, Freiburg 2013, S. 86–119.
- Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt am Main 1988.
- Oppermann, Matthias: Freiheit und Ordnung. Die Tradition des Liberalismus in der CDU, in: Die Politische Meinung 64, 558 (2019), S. 63–68.
- Plickert, Philip: Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zur Entwicklung und Ausstrahlung der „Mont Pèlerin Society“, Stuttgart 2008.
- Ptak, Ralf: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Wiesbaden 2004.
- Reinhoudt, Jurgen/Audier, Serge: The Walter Lippmann Colloquium. The Birth of Neo-Liberalism, Cham 2018.

Was ist die CDU? Konservativ?

Martina Steber

Prof. Dr. Martina Steber ist Zweite Stellvertretende Direktorin am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin und Professorin für Neueste Geschichte an der Universität Augsburg. Ihre Arbeiten konzentrieren sich auf die Geschichte Deutschlands und Großbritanniens im 20. Jahrhundert, besonders auf die Geschichte des Konservatismus und der Christdemokratie, die Gesellschaftsgeschichte des NS-Regimes, die Geschlechtergeschichte der Demokratie und die moderne Regionalgeschichte.

Es gibt viele schöne Sätze über das Konservative in der CDU: „Konservative Grundsätze sind so etwas wie Leitplanken für die ungestümen Chancen der Freiheit“, so Roland Koch.¹ Oder: „Konservativ heißt, zu bewahren, was uns stark gemacht hat, und zu verändern, was sich heute nicht mehr bewährt“, so Angela Merkel.² Alle führenden Christdemokraten müssen, so scheint es, irgendwann einmal ein Bekenntnis zum Konservatismus abgeben, und sie nutzen diese Momente, um sich und ihre persönliche Auffassung von den Grundlagen christdemokratischer Programmatik ins Verhältnis zum Konservativen zu setzen. Das kann in einer Umarmung enden, wie im Falle von Roland Koch. Das kann sich in einer sehr allgemeinen Aussage zu Veränderungen an sich ausdrücken, wie bei Angela Merkel. Das kann sich aber auch darin äußern, dass der Konservatismus auf den Platz gewiesen wird: „Wir müssen deutlich machen, dass der Markenkern der Christlich Demokratischen Union eben nicht das Konservative ist, sondern dass das christliche Menschenbild über allem steht“, so Armin Laschet im Februar 2018.³

Die CDU und der Konservatismus – das ist keine einfache Beziehung, so viel steht fest. Und sie war es auch nie. Seit der Gründung der Partei wird um das Konservative in der Union erbittert gestritten. Im Folgenden soll gezeigt werden, warum es für die CDU – und auch für die CSU – so schwierig ist, den Konservatismus als ideale Referenzgröße anzunehmen. Vier Fragen müssen dafür gestellt werden. Erstens: Wie wird der Begriff verwendet? Zweitens: Wie lässt sich der Konservatismus historisch verstehen? Drittens: Ist der Konservatismus eine „Wurzel“ der CDU, wie im innerparteilichen Diskurs immer wieder angeführt? Und viertens: Warum tat und tut sich die Union so schwer mit dem Konservativen?



Mit seinen Aussagen über das Konservative in der CDU löste Eugen Gerstenmaier – hier mit Konrad Adenauer (l.) am 5. Januar 1964 – in den 1950er Jahren eine Debatte über die ideengeschichtlichen Grundlagen der Partei aus.

Die Verwendung von „Konservatismus“ in der CDU

Wer spricht in welchen Zusammenhängen und mit welcher Absicht über den Konservatismus in der CDU? Wie wird der Begriff verwendet? Es ist erhellend, sich die verschiedenen Verwendungsweisen des Begriffs zu vergegenwärtigen.

„Konservativ“ ist ein Grundbegriff nicht nur der deutschen, sondern der europäisch geprägten politischen Sprachen. Er entsprang der Neuformierung europäischer Politik, Öffentlichkeit und Gesellschaft im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert in Folge von Aufklärung und atlantischer Doppelrevolution. Als „konservativ“ wurden jene Strömungen bezeichnet, die in den neuen politischen Landschaften auf die Bewahrung überkommener Herrschaftsformen und Gesellschaftsordnungen zielten. Der moderne Konservatismus verstand sich als Antipode des auf Fortschritt drängelnden Liberalismus und dann auch des



Er gilt als Vertreter des konservativen Flügels der CDU: Alfred Dregger.

revolutionären Sozialismus. „Konservativ“, „liberal“, „sozialistisch“ beziehungsweise „sozialdemokratisch“ wurden zu feststehenden Bezeichnungen der großen Strömungen europäischer Politik. Mit der Aufladung des Konflikts zwischen Liberalismus und der ultramontanen katholischen Kirche trat in kontinentaleuropäischen Ländern die Richtungsbezeichnung „katholisch“ hinzu. Bis in die Gegenwart wird „konservativ“ so benutzt: als Bezeichnung für eine politische Strömung, die sich sowohl parteipolitisch manifestiert als auch über einen gemeinsamen Kern von Ideen und Grundsätzen charakterisiert ist. Das ist die erste Verwendungsweise des Begriffs.

Eine zweite Verwendungsweise findet sich in der Alltagssprache. Hier bezeichnet „konservativ“ eine bewahrende Haltung im Wandel, die sich durch Skepsis gegenüber dem Neuen auszeichnet.

Zum dritten wird „konservativ“ als analytischer Begriff der Geistes- und Sozialwissenschaften benutzt. Wird über die „Wurzeln“ der CDU diskutiert, wird auf die Begriffe der politischen Theorie rekurriert.

Hier steht Konservatismus für ein historisch gewachsenes Ideengebäude, für eine politische Ideologie.

Im politischen Meinungsstreit dominiert hingegen eine vierte Verwendungsweise: „Konservativ“ ist immer auch ein politischer Kampfbegriff. Er wird einerseits vom politischen Gegner von CDU und CSU verwendet: als Signet für eine fortschrittsfeindliche, selbstgenügsame, rückwärtsgewandte Haltung, unfähig zur Innovation; oder als Synonym für „rechts“ beziehungsweise „rechts-extrem“; werfen Rechte der Union dagegen vor, nicht mehr „konservativ“ zu sein, stützen sie diese Begriffsverwendung. Auch ihnen dient konservativ als ein Kampfbegriff. Andererseits wird der Begriff auch innerhalb der Union als politische Waffe eingesetzt: „Konservativ“ bezeichnet einen Parteiflügel – man kann sich den Begriff aneignen, man kann ihn aber auch disqualifizieren, wie Armin Laschet das etwa getan hat.

Der Konservatismusbegriff in historischer Perspektive

Wie lässt sich der Konservatismus verstehen, wenn er aus der Warte der Geschichtswissenschaft betrachtet wird? Idealtypisch lassen sich zwei, wenn auch miteinander verschränkte, Perspektiven unterscheiden. Zum einen wird der Konservatismus als Phänomen der Parteiengeschichte untersucht. In Deutschland, genauer in Preußen, formierten sich nach der fehlgeschlagenen Revolution von 1848/49 politische Vereine und Zeitungen mit konservativem Programm. In den 1850er Jahren gingen daraus konservative Parteien hervor. Sie waren im preußischen Adel und im Protestantismus verankert. Der politische Katholizismus, der in der Zentrumsparterie kristallisierte, teilte

zwar zentrale Ideen mit den Konservativen, wurde aber durch den Kulturkampf der 1870er Jahre, den Schulterchluss Bismarcks mit den preußischen Konservativen und die Mobilisierung seiner breiten sozialen Basis zu einer politischen Kraft, die sich als Alternative zum Liberalismus, Sozialismus wie auch Konservatismus verstand. Als der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit die politischen Lager definierte, vertiefte sich die Kluft zwischen preußisch-protestantischem Konservatismus und politischem Katholizismus zusehends, der sich der Soziallehre der katholischen Kirche verpflichtet fühlte.

In der Weimarer Republik verfestigten sich die Trennlinien über die Gretchenfrage nach der Haltung zur Demokratie: das Zentrum, nach einiger Zeit auch die Bayerische Volkspartei, stabilisierten die Republik durch ihre konstruktive Mitarbeit; die sich als konservativ verstehende Deutschnationale Volkspartei (DNVP) tat alles, um die Demokratie zu delegitimieren. Gleichmaßen agitierten intellektuelle Zirkel, die sich aufgetragen hatten, den Konservatismus neu zu denken und eine neuerechte Alternative entwarfen, gegen die Republik. Sie dachten zentrale Figuren der nationalsozialistischen Ideologie vor.

Erst nach 1945 sollte die Gründung der überkonfessionellen Union diese politisch prägende Kluft zu überwinden suchen. Es gab also gute Gründe, warum sich CDU und CSU gerade nicht als konservative Parteien bezeichneten. Die antidemokratische, elitäre, monarchische Tradition des preußischen Konservatismus sollte keinen Platz in der Bundesrepublik haben. Der Begriff „Christdemokratie“ war eine Neuschöpfung, er stand für den Neubeginn in der Demokratie. Andererseits schöpften die beiden neuen Parteien aus dem Politikerpersonal und Wählerreservoir eben auch des protestantischen

Konservatismus. So blieb das Problem, wie sich die Union zu dieser spezifisch konservativen Tradition verhielt, virulent.

Eine zweite historiographische Perspektive versteht den Konservatismus als politische Ideologie – verstanden in einem neutralen Sinne, mithin als ein historisch gewachsenes Gerüst von Ideen. Konservative Ideen wurden in der Auseinandersetzung mit der Aufklärung im 18. Jahrhundert erstmals ausformuliert und seitdem immer wieder neu an wechselnde Zeitverhältnisse angepasst. Die so typische Anpassungsfähigkeit und Elastizität des Konservatismus bis hinein in das Grundsätzliche stellen seine Interpretinnen und Interpreten vor große Probleme. Im Gegensatz zu den anderen großen politischen Ideologien verfügt der Konservatismus weder über Grundlagentexte noch über eine allseits akzeptierte intellektuelle Tradition. Was ist dann aber das Beständige, wo liegt der Kern des Konservatismus über die Zeitläufte hinweg?

Grob lassen sich in der politischen Theorie zwei Modelle unterscheiden. Ein erstes Modell sieht in Nachfolge Karl Mannheims den Kern des Konservatismus in einer reaktiven Haltung gegenüber Veränderung und gegenüber progressiven Ideologien. Erst wenn der Status Quo infrage gestellt wird, wird konservatives Denken systematisiert. Das Zeiterleben des Konservativen nimmt seinen Ausgang von der Vergangenheit; der Konservative reagiert mehr, als dass er agiert. Dazu werden unveränderliche, wesensmäßige Inhalte definiert: von dem Glauben an eine transzendente Ordnung, dem Bekenntnis zu Ordnungen der Ungleichheit, dem Vertrauen in überlieferte Institutionen, der Idee des Eigentums bis hin zu einer Ablehnung von Abstraktion, um nur einige zu nennen.

Ein zweites Modell versteht ausgehend von dem britischen Politikwissenschaftler Michael Freeden den Konservatismus als komplexe Sprachstruktur – Kontinuität wird über Begriffe und Sprachstrukturen hergestellt. Diese Sprachstruktur verfügt einerseits über ein Bündel an zentralen Begriffen, die sich mit Ideen verbinden und die flexibel in Beziehung zueinander treten können: Staat, Familie, Heimat, Ordnung, Vaterland, Freiheit, Werte, Verantwortung zum Beispiel. Andererseits wird sie über eine eigene Grammatik strukturiert, die die Begriffe ordnet und damit Bedeutungsmuster festschreibt. Vier Merkmale prägen die Grammatik des Konservatismus: erstens, eine Ordnung der Zeitlichkeit, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in ein Gleichgewicht bringt; zweitens, ein Prinzip des Ausgleichs und der Synthese; drittens, die Formulierung von Gegenbegriffen zur Abgrenzung vom politischen Gegner; viertens, die Wiederholung von etablierten Begriffen, Argumenten und Metaphern, die für Konstanz und Kontinuität sorgt.

Die politische Theorie geht von der Pluralität des Konservatismus aus – sie spricht von Konservatismen. So lassen sich etwa Sozialkonservatismus, Nationalkonservatismus oder Liberalkonservatismus voneinander unterscheiden. Der Konservatismus kann nur in Varianten gedacht werden.

Konservatismus: Eine Wurzel der CDU?

Ist der Konservatismus eine Wurzel der CDU? Aus der Sicht der Parteiengeschichte lässt sich auf die Gruppen verweisen, die aus den Parteien des Weimarer antidemokratischen Konservatismus kamen und nach 1945 in der Union ein politisches Dach fanden. Allerdings

spielten sie in der Formierungsperiode kaum eine Rolle, hier dominierten Politikerinnen und Politiker aus dem politischen Katholizismus. Das Etikett des Konservativen wiesen diese weit von sich.

Nach und nach eigneten auch sie sich indes einen Konservatismusbegriff an, der auf die Kontinuität der Zeitlichkeit abhob und den Ausgleich sowie die Distanz zu allen Extremen betonte. Die guten Werte der Vergangenheit sollten für die Gegenwart und die Zukunft fruchtbar gemacht werden, die Ungleichheiten nicht aufgehoben, sondern in einer guten Ordnung miteinander versöhnt werden. Dazu kam, dass seit den 1960er Jahren infolge des allgemeinen Säkularisierungs- und Liberalisierungsschubs der christliche Gründungskonsens zunehmend unverständlich wurde. Was sollte christlich überhaupt noch bedeuten? Wie positionierte man sich gegenüber dem Liberalismus, wie gegenüber Forderungen nach Demokratisierung und wie zu dem Fortschrittsenthusiasmus der Zeit?

In den Programmdebatten der 1960er und 1970er Jahre rangen CDU und CSU um ihre programmatischen Begriffe, sortierten sie neu und gaben ihnen eine neue Bedeutung. Dabei kam ihnen ein intellektueller Diskurs zu Hilfe, in dem ein liberaler Konservatismus für die Bundesrepublik entworfen wurde. Das Ergebnis hieß schließlich: Die Union war „auch konservativ“, wie dies im CSU-Programm 1968 explizit festgeschrieben wurde. „Konservativ“ reihte sich ein in den Kranz der programmatischen Begriffe: Die CDU war liberal, christlich, konservativ und sozial, sie war eine „Partei der Mitte“, eine Partei des Ausgleichs. Dieser Kranz an Begriffen liegt dem Selbstverständnis bis heute zugrunde.

In ideenhistorischer Perspektive ist die Sache mit dem Konservativen in der Union also nicht ganz so klar: Hier zeigen sich klare Verbindungslinien zwischen Konservatismus und Christdemokratie. Denn wird ein Verständnis angelegt, das mit der Wandlungsfähigkeit des Konservatismus rechnet, sich von den antiliberalen, antidemokratischen, rechten Begriffszuschreibungen der Weimarer Republik löst und einen Konservatismus in der liberalen Demokratie postuliert, dann lässt sich differenziert argumentieren. Erstens werden Momente konservativen Denkens erkennbar, die bereits in der Frühphase der Union programmatisch prägend waren; zweitens zeigt sich, dass die Neuformulierung der Programmatik in den 1970er Jahren an einem liberalen Konservatismus orientiert war; drittens stellt sich so die Frage nach der ideenhistorischen Einordnung des politischen Katholizismus in der Bundesrepublik, auch des Sozialkatholizismus. Er enthielt durchaus konservative Elemente, wenn er auch nicht im Konservatismus aufging. Es hilft also, den Konservatismus im Plural zu denken.

Das schwierige Verhältnis der CDU zum Konservativen

Warum tat und tut sich die CDU dann aber so schwer mit dem Konservatismus? Um dies zu verstehen, ist ein Blick in die Geschichte der politischen Sprache der Bundesrepublik nötig. „Konservativ“ war nach 1945 ein diskreditierter Begriff. Er stand für einen elitären Rechtsextremismus, der das NS-Regime mitgetragen hatte. Auch wenn schon in den 1950er Jahren Politiker und Intellektuelle versuchten, einen liberalen, demokratischen Konservatismusbegriff zu etablieren, waren die Advokaten eines rechten Konservatismus weiterhin so stark, dass sich am Ende



Die CDU als Partei der Mitte. Die CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel auf einer Pressekonferenz am 27. November 2017 in Berlin.

der 1950er Jahre zwei Varianten des Begriffs herausgebildet hatten, die in Konkurrenz zueinanderstanden und bis heute die Debatten prägen: eine liberale und eine rechte Variante. Dabei ist entscheidend, dass für die Rechte der Konservatismus oftmals nur ein strategisches Mäntelchen ist, um im politischen Diskurs als bürgerlich und respektabel zu gelten. Denn die „konservative Revolution“, die Rechte anstreben, widerspricht den konservativen Grundfesten einer Kontinuität der Zeitdimensionen, des Ausgleichs und des Gleichgewichts ganz diametral. Genau das ist nicht konservativ.

Nichtsdestotrotz trieb die Rechte die Union in Sachen Konservatismus immer wieder vor sich her, und sie tut dies bis heute. Und gleichzeitig war „konservativ“ auch ein Kampfbegriff der Linken – im Sinne von fortschrittsfeindlich, elitär, gegen sozialstaatlichen Ausbau und Demokratisierung gerichtet. Dieses Verständnis wurde und wird bis in die Gegenwart auch innerhalb der CDU kultiviert.

„Konservativ“ gehörte und gehört zu den am stärksten umkämpften Begriffen des deutschen politischen Vokabulars. Deshalb ist es

für die CDU so schwierig, sich als konservative Partei zu beschreiben. Es spricht hingegen viel dafür, dass sie es tatsächlich ist.

Anmerkungen

- 1 Roland Koch: Konservativ. Ohne Werte und Prinzipien ist kein Staat zu machen, Freiburg u. a. 2010, S. 214.
- 2 Angela Merkel im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, vgl. „In der CDU kann jeder seine Meinung sagen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. September 2010.
- 3 Armin Laschet im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, vgl. „Unser Markenkern ist nicht das Konservative“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18. Februar 2018.

Weiterführende Literatur

- Beule, Peter: Auf dem Weg zur neoliberalen Wende? Die Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er Jahren, Düsseldorf 2019.
- Breuer, Stefan: Ausgänge des Konservatismus in Deutschland, Darmstadt 2021.
- Freedon, Michael: Ideologies and Political Theory. A Conceptual Approach, Oxford 1996.
- Gallus, Alexander/Liebold, Sebastian/Schale, Frank (Hrsg.): Vermessungen einer Intellectual History der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2020.
- von der Goltz, Anna/Waldschmidt-Nelson, Britta (Hrsg.): Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s, Cambridge u. a. 2017.
- Mannheim, Karl: Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens, hrsg. von David Kettler, Frankfurt am Main 1984.
- Payk, Marcus M.: Der Geist der Demokratie. Intellektuelle Orientierungsversuche im Feuilleton der frühen Bundesrepublik: Karl Korn und Peter de Mendelssohn, München 2008.
- Schildt, Axel: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998.
- Steber, Martina: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980, Berlin – Boston 2017.
- Steber, Martina: Zukunft im Gleichgewicht. CDU und CSU 1970–1990, in: Elke Seefried (Hrsg.): Politische Zukünfte im 20. Jahrhundert. Parteien, Bewegungen, Umbrüche, Frankfurt – New York 2022, S. 215–241.

Vom Kanzlerwahlverein zur Programmpartei?

Die Ära Adenauer

Dominik Geppert

Prof. Dr. Dominik Geppert ist Professor für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen die Internationale Geschichte, insbesondere die Geschichte der europäischen Einigung, sowie die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Er ist Präsident der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien und stellvertretender Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus. Zuletzt hat er eine kleine *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* verfasst (München 2021).

Blickt man auf die fast 80-jährige Geschichte der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zurück, sollte man sich davor hüten, die lange Dominanz der Union in der Politik der Bundesrepublik für selbstverständlich zu halten. Vielmehr lohnt es sich, ein Staunen darüber zu bewahren, wie eine Neugründung, die auf Landesebene seit gerade einmal vier Jahren und als Bundespartei noch gar nicht existierte, als Konrad Adenauer im September 1949 zum ersten Bundeskanzler gewählt wurde, eine derart starke Stellung in der Geschichte der Bundesrepublik einnehmen konnte. Und es ist und bleibt bemerkenswert, wie eine Partei, die bis 1956 nicht einmal über eine zentrale Mitgliederkartei verfügte, zur bestimmenden Volkspartei der Bundesrepublik werden konnte. Das Fundament für den Erfolg der CDU, das in der Ära Adenauer gelegt wurde, hatte drei wesentliche Komponenten, die im Folgenden kurz umrissen werden sollen: erstens die gelungene Integration und Ansprache breiter Bevölkerungskreise; zweitens die Bildung tragfähiger und belastbarer Koalitionen; und drittens die Etablierung der CDU als Partei der Sozialen Marktwirtschaft.¹

Die CDU als Samlungspartei

Die politische Dominanz der Union beruhte auf einer erfolgreichen Integrationspolitik. Gezielt umwarb die Partei verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen und Interessenvereinigungen – sei es über innerparteiliche Proporzregelungen, sei es durch Subventionen oder parteinahe Vorfeldorganisationen. Die konfessionelle Frage spielte hierbei ebenso eine Rolle wie die regionale Herkunft oder die Zugehörigkeit zum Arbeitnehmer- beziehungsweise Wirtschaftsflügel der Partei. Durch die



Konrad Adenauer auf dem CDU-Bundesparteitag in Düsseldorf vom 28. bis 31. März 1965.

Einbindung unterschiedlicher sozialer Gruppen und den Aufbau von institutionellen Brückenköpfen in diversen Milieus sollten breite Bevölkerungssegmente langfristig an die CDU gebunden werden. Zu diesem Zweck rief man Zusammenschlüsse wie die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (1946) oder die Mittelstandsvereinigung (1956) ins Leben.

Strategisch besonders wichtig war Adenauers Bemühen um einen Ausgleich zwischen Katholiken und Protestanten. Hierdurch festigte die Union ihren Status als überkonfessionelle Samlungspartei. Sie konnte zwar in ihren Hochburgen im Rheinland organisatorisch an die Zentrums-tradition anknüpfen, setzte sich aber zugleich vom ausschließlich katholischen Zuschnitt der Vorgängerpartei ab und wurde zum Sammelbecken für Christen aller Konfessionen, zur politischen Heimat für konservative, liberale und christlich-soziale Kräfte – daher auch die bewusst umfassende Bezeichnung als demokratische „Union“. Das Adjektiv „christlich“ diente als weit ausgreifende, flexible Inklusions- und Exklusionsformel:



Konrad Adenauer beim Verlassen eines Sonderzugs in Braunschweig während des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 1953.

Es bildete „ein positives Gegenstück zum Nationalsozialismus, zum Sozialismus und zum Kapitalismus“.²

Die Integrationspolitik überbrückte in der Adenauer-Ära nicht nur konfessionelle Gegensätze, sondern auch weltanschauliche Gräben zwischen Tätern, Opfern und Mitläufern der nationalsozialistischen Herrschaft. Schon in seiner allerersten Regierungserklärung hatte der Kanzler betont, der Krieg und die Wirren der Nachkriegszeit hätten für viele so harte Prüfungen und Versuchungen gebracht, dass man für manche Verfehlungen und Vergehen Verständnis aufbringen müsse. Die Bundesregierung sei entschlossen, wo es ihr vertretbar erscheine, „Vergangenes vergangen sein zu lassen“.³

Zwar brachte die Wiedereingliederung Zehntausender ehemaliger Nationalsozialisten in den öffentlichen Dienst (darunter eine Vielzahl von Gestapoleuten) einen moralischen Makel mit sich und eine erhebliche Behinderung späterer Versuche, NS-Unrecht zu sühnen. Die personellen Kontinuitäten

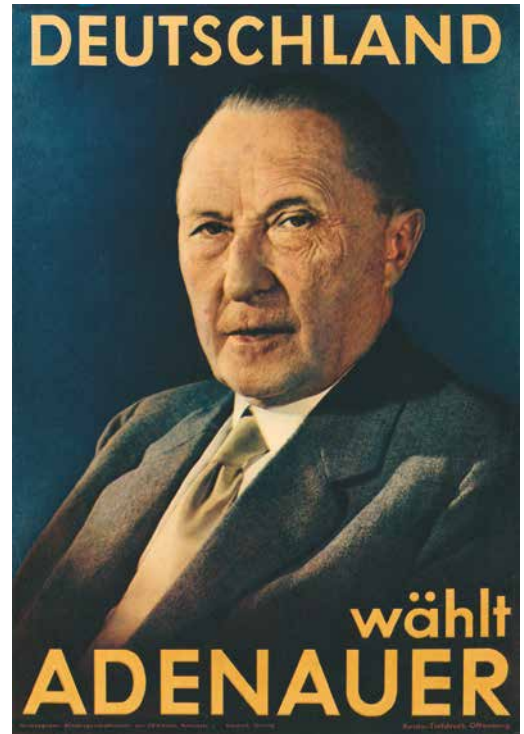
in der Beamtenschaft, der Justiz, bei Ärzten, Journalisten und in anderen Berufsgruppen gehören im Rückblick sicherlich zu den Schattenseiten jener Jahre, ebenso die Reste autoritärer Traditionen, die das Ende des „Dritten Reiches“ überlebt hatten und das Klima der Fünfzigerjahre immer noch mitprägten. Die Integration der „kleinen“ und „großen“ Nazis in das neue System hat jedoch ohne Zweifel auch zur Stärkung der Bundesrepublik beigetragen. Die Wiedererrichtung eines leistungsfähigen administrativen Apparates in Bund und Ländern wurde erleichtert, die Stabilität des neuen Staatswesens erhöht und schließlich auch eine dem demokratischen Rechtsstaat – und häufig auch der CDU – gegenüber loyale Beamtenschaft geschaffen. Das war eine beachtliche Leistung.

Neben der langfristigen Einbindung breiter Bevölkerungsgruppen gelang der Union in ihren Stärkephasen auch die kurzfristige Mobilisierung ihrer Anhängerschaft und der Appell an unentschlossene Wähler mithilfe geschickt geführter Wahlkampagnen. Der gewiefte Umgang mit den Medien avancierte zu einem Charakteristikum der CDU. Die Union pflegte bereits in den 1950er Jahren einen gekonnten Umgang mit der veröffentlichten Meinung. Sie ließ den Kanzler auf seinen Auslandsreisen als umsichtigen und international anerkannten Staatslenker filmen und sorgte dafür, dass auch Bilder des Privatmanns in Umlauf kamen: Adenauer als Rosenzüchter im Garten in Rhöndorf, beim Boccia-Spiel im Urlaub in Cadenabbia oder im Kreise der Kinder und Enkel. Erst in den Sechzigerjahren verlor die Union in dieser Hinsicht ihren Modernitätsvorsprung gegenüber den Sozialdemokraten.

Die CDU im Zentrum bürgerlicher Koalitionen

Die lange Dauer christdemokratischer Vorherrschaft lag nicht nur in ihrer Anziehungskraft auf Mitglieder und Wähler begründet. Die Union praktizierte in der Ära Adenauer auch eine höchst wirksame Koalitionspolitik innerhalb des Mitte-Rechts-Lagers. Das war anfangs keineswegs selbstverständlich. 1949 hatte es erhebliche Kräfte innerhalb der CDU gegeben (etwa den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold), die für die Fortsetzung jener Großen Koalition mit der SPD warben, die man im Frankfurter Wirtschaftsrat praktizierte. Adenauer war anderer Ansicht. Das deutsche Volk müsse daran gewöhnt werden, erklärte er in der wegweisenden Zusammenkunft in seinem Haus in Rhöndorf am 21. August 1949, bei der die Weichen für die erste Regierungsbildung der Bundesrepublik gestellt wurden, „daß die stärkste Partei die Führung übernehme und eine andere große Partei die Rolle der Opposition“. Wenn dann, so Adenauer weiter, die führende Partei keinen Erfolg habe, werde ihr der Wähler bei der nächsten Wahl die Quittung für ihr Versagen geben: „Wenn die Oppositionspartei gute Opposition treibe, habe sie die Aussicht, bei einer zukünftigen Wahl an die Macht zu kommen. Das sei parlamentarische Demokratie.“⁴

Stattdessen stützte sich Adenauer auf eine bürgerliche Koalition aus CDU/CSU, FDP und der bürgerlich-konservativen Deutschen Partei (DP), die 1953 noch um die Partei der Flüchtlinge aus dem Osten, den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), erweitert wurde. Obwohl die kleineren Partner zum Teil nur mit wenigen Abgeordneten im Bundestag vertreten waren (eine bundesweite Fünf-Prozent-Hürde trat erst mit dem neuen Wahlgesetz 1953 in Kraft), wurden



Plakat zur Bundestagswahl 1953.

sie bei der Regierungsbildung recht großzügig bedacht. Die DP erhielt wiederholt das Justiz- und Verkehrsministerium, der BHE das Bundesministerium für Vertriebene und einen Ministerposten für besondere Aufgaben. Wie wichtig aus Adenauers Sicht die Einbindung der bürgerlichen Konkurrenz war, zeigt sich in den Jahren der absoluten Mehrheit der Union, als die beiden Minister der DP ihre Ämter behielten, obwohl das für eine parlamentarische Majorität nicht notwendig gewesen wäre. Schon 1955 hatte Adenauer dafür gesorgt, dass der DP-Vorsitzende Heinrich Hellwege mit den Stimmen der CDU Ministerpräsident von Niedersachsen wurde. Bei den Bundestagswahlen 1953 und 1957 half die CDU der DP, die Fünf-Prozent-Hürde außer Kraft zu setzen, indem sie in den norddeutschen Hochburgen der DP keine eigenen Direktkandidaten

aufstellte. Als die CDU sich vor der Bundestagswahl 1961 weigerte, der DP erneut behilflich zu sein, gingen neun von deren 17 Bundestagsabgeordneten zur CDU über, darunter auch die amtierenden Minister Hans-Christoph Seebohm und Hans-Joachim von Merkatz. Die BHE-Minister Theodor Oberländer und Waldemar Kraft waren bereits Mitte der Fünfzigerjahre in die CDU übergewechselt und hatten ebenso wie später die Minister der DP große Teile ihrer Wählerklientel mitgebracht. Nachdem DP und BHE durch die Union weitgehend aufgesogen waren, ging Adenauer 1961 zu einer kleinen bürgerlichen Koalition aus CDU/CSU und FDP über. Die FDP war zwar dem Sog der Union entronnen, aber auch sie hatte „Angst vor Adenauers Würgegriff“⁵ und musste in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre heftige Kämpfe ausfechten, um sich als unabhängige Kraft zu behaupten.

Die CDU als Partei der Sozialen Marktwirtschaft

Als wichtigstes Unterscheidungsmerkmal zu den Sozialdemokraten hatte sich schon im Frankfurter Wirtschaftsrat die Frage der Wirtschaftsordnung herauskristallisiert. Diese wurde von Adenauer und Ludwig Erhard im Wahlkampf 1949 auf die Formel „bürokratische Planwirtschaft gegen soziale Marktwirtschaft“ zugespitzt. Der Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ zielte darauf, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“ (Alfred Müller-Armack). Was daraus für die Ausgestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik konkret folgte, blieb offen. Die Soziale Marktwirtschaft war immer auch ein Werbe- und Kampfbegriff. Bei dessen inhaltlicher Ausfüllung bewiesen die Protagonisten um Wirtschaftsminister Erhard Flexibilität und

Pragmatismus. Neben Einflüssen der amerikanischen Siegermacht und den Prinzipien der katholischen Soziallehre wie „Solidarität“ oder „Subsidiarität“ formten vor allem die Leitsätze deutscher Ordoliberaler die Wirtschaftspolitik des „rheinischen Kapitalismus“; die Freiburger Schule um Walter Eucken, Franz Böhm und Leonhard Miksch betonte die Notwendigkeit eines staatlichen Ordnungsrahmens für ökonomischen Wettbewerb. Daneben wirkten auch die Traditionen eines spezifisch deutschen Korporatismus fort, der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gleichermaßen in die Koordination des Wirtschaftslebens einband.

Bei der Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft gab es eine Art Arbeitsteilung zwischen dem Bundeskanzler und seinem Wirtschaftsminister. Adenauer war eher auf sozialen Ausgleich bedacht, wie sich 1951 beim Mitbestimmungsgesetz in der Montanindustrie und 1952 beim Lastenausgleich zeigte: Im ersten Fall stimmte er zu, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den Aufsichtsräten der Ruhrkonzerne paritätisch vertreten waren; im zweiten Fall machte er sich für Abgaben auf Vermögen, Hypotheken- und Kreditgewinne stark, die den Opfern von Kriegsschäden und Vertreibung zugutekommen sollten. Für Erhard hingegen hatte die Lösung sozialer Probleme durch Wachstum Priorität vor Umverteilung. Er setzte auf Wettbewerb, Freihandel und ausgeglichene Haushalte. Laufende Ausgaben sollten aus laufenden Einnahmen bestritten werden. Eine aktive staatliche Industriepolitik lehnte er ebenso ab wie Interventionen in die Preisbildung. Ein stabiles Preisniveau sollte durch die Geldpolitik einer von der Politik unabhängigen Zentralbank erreicht werden. Mit dieser Einstellung befand Erhard sich bald in der Defensive: gegen das Wiedererstarken eines spezifisch

deutschen Korporatismus, gegen Abstriche bei der Kartellgesetzgebung, wie sie etwa vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) propagiert wurden, und gegen die vom Kanzler im Zusammenspiel mit der SPD vorangetriebene Rentenreform von 1957, die auf ein Umlageverfahren statt auf die von Erhard präferierte Kapitaldeckung setzte.

Schluss

Was haben uns die drei Elemente des christdemokratischen Erfolgsrezepts der frühen Bundesrepublik sechzig Jahre nach dem Ende der Ära Adenauer noch zu sagen?

Erstens: Der Gedanke einer Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen bleibt ein Schlüssel zum Erfolg einer Union, die Volkspartei bleiben möchte. So wie die katholisch geprägte CDU in der Ära Adenauer darauf bedacht war, Protestanten prominent einzubinden und aus den west- und süddeutschen Hochburgen auch nach Norddeutschland auszugreifen, ohne die Kernklientel zu verschrecken, tut die CDU der Gegenwart gut daran, von einem festen Wertefundament aus verstärkt um Gruppen zu werben, die unter ihren Mitgliedern und Wählern unterrepräsentiert sind, ohne dabei in Beliebigkeit zu verfallen. Es geht heute weniger um den konfessionellen oder regionalen Proporz als vielmehr um Fragen von Geschlecht, Alter oder ethnischer Herkunft. Man muss kein Anhänger strenger Quotenregelungen sein oder dem Regenbogen-Kult der Diversität huldigen, um anzuerkennen, dass mehr Frauen, mehr Junge und mehr Menschen mit Migrationshintergrund der CDU guttun würden.

Zweitens: Die Bildung tragfähiger Koalitionen ist für die CDU schwieriger geworden. Das liegt zum einen daran, dass geschrumpfte Volksparteien unter dem Verhältniswahlrecht heutzutage kaum mehr mit einem Koalitionspartner auskommen, sondern zwei oder (mit der CSU) gar drei Partner benötigen. Außerdem begünstigt das Parteiensystem, das sich seit den 1990er Jahren ausgebildet hat, strukturell nicht mehr die Christdemokraten, sondern die SPD oder die Grünen. Wie die CDU in der Adenauer-Ära haben heute die Parteien der linken Mitte mehr Koalitionsoptionen als der politische Gegner. Daran hat sich auch mit dem Einzug der AfD (Alternative für Deutschland) in den Bundestag und viele Landesparlamente nichts geändert, weil die AfD auf unabsehbare Zeit sowohl koalitionsunwillig als auch koalitionsunfähig ist. Hoffnungen können der CDU hingegen die (offenbar auch in der Regierung andauernde) Schwäche der SPD und die Tendenzen einer Verbürgerlichung der Grünen machen, die neue Koalitionsmöglichkeiten zu eröffnen versprechen.

Um die Chance einer Verbindung von Ökologie und Ökonomie zu nutzen, müsste die CDU aber, drittens, ihrem früheren Ruf, die Partei der Sozialen Marktwirtschaft zu sein, wieder stärker gerecht werden. Das würde bedeuten, dass sie sich die Wirtschaftskompetenz wieder erarbeitet, für die in den Anfangsjahren der Bundesrepublik ein Mann wie Ludwig Erhard stand. Zugleich braucht sie auch wieder mehr prominente Protagonisten mit sozialem Profil, die ein eigenes Verständnis gesellschaftlichen Zusammenhalts entwickeln, das sich von der Staatsfixierung linker Parteien unterscheidet.

Anmerkungen

- 1 Ich knüpfe im Folgenden an Überlegungen an, die ich bereits an anderer Stelle angestellt habe: Dominik Geppert: Beharrung im Wandel. Unionsdominierte Bundesregierungen, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Die Bundesrepublik. Eine Bilanz nach 60 Jahren, München 2008, S. 57–76.
- 2 Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart und München 2002, S. 15.
- 3 Zitiert nach Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 27.
- 4 Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 226 f.
- 5 Peter Lösche/Franz Walter: Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt 1996, S. 37.

Weiterführende Literatur

- Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969, Stuttgart 2001.
- Geppert, Dominik: Die Ära Adenauer, 4. Aufl., Darmstadt 2022.
- Schwarz, Hans-Peter: Anmerkungen zu Adenauer, München 2007.
- Wirsching, Andreas: Restauration oder Modernisierung – Deutungen der Ära Adenauer, in: Norbert Lammert (Hrsg.): Christlich-Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU, München 2020, S. 737–768.

Vom Kanzlerwahlverein zur Programmpartei? Die Ära Kohl

Thomas Biebricher

Prof. Dr. Thomas Biebricher ist Heisenberg-Professor für Politische Theorie, Ideengeschichte und Theorien der Ökonomie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. 2022 erschien von ihm in zweiter, erweiterter Auflage *Geistig-moralische Wende: Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus*.

1973 bis 1982: Parteierneuerer und -reformer

Helmut Kohl war 1973 bereits ein erfolgreicher Ministerpräsident, der in seinem Landesverband in Rheinland-Pfalz viel bewegt hatte. Er galt als einer der jungen Hoffnungsträger, auch wenn er 1971 beim ersten Versuch, als Nachfolger Kurt Georg Kiesingers den Parteivorsitz zu übernehmen, noch gegenüber Rainer Barzel das Nachsehen hatte. Die Bundespartei war zu jenem Zeitpunkt noch dabei, sich mit der ungewohnten Oppositionsrolle anzufreunden, nachdem man in den Bundestagswahlen 1972 nicht mehr stärkste Partei geworden war und eine sozial-liberale Koalition die Regierungsverantwortung übernommen hatte. Kohl verordnete der Partei das, wofür Oppositionszeiten gemeinhin als ideal gelten – einen Prozess der organisatorischen und programmatischen Erneuerung.

Als Kohl die CDU übernahm, galt sie als eine etwas behäbig gewordene Honoratiorenpartei, die sich lange Zeit als natürliche Regierungspartei verstanden hatte. Angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse lag vor Kohl die Aufgabe, organisatorische Strukturen zu schaffen, die aus der Christdemokratie (wieder) eine schlagkräftige Partei machen würden, um baldmöglichst in die Regierung zurückzukehren. Zwei Punkte sind hier hervorzuheben. Erstens verwandelte Kohl die CDU in eine wirklich in der Fläche verankerte und gut integrierte Mitgliederpartei, die sie bis dahin allenfalls in eingeschränktem Maße gewesen war. Der Schlüssel hierzu war neben Kohls legendär dickem Telefonbuch und seiner Bereitschaft, noch den letzten Kreisvorsitzenden anzurufen, der Aus- und Umbau der Parteizentrale. Sie wurde zu einer Art Service-Center für die Partei, um Positionen und



Helmut Kohl 1976 vor der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn.

Kampagnen zu koordinieren und die Landesverbände mit Expertise und strategischen Kalkulationen zu unterstützen.

Die Parteizentrale war aber auch das Zentrum des inhaltlichen Erneuerungsprozesses, der sich nicht zuletzt und insbesondere mit dem neuen Generalsekretär Kurt Biedenkopf verband. Kohl hatte Biedenkopf ins Konrad-Adenauer-Haus geholt, um die Bundesgeschäftsstelle vom Staub der Honoratiorenpartei zu befreien, und der Professor dankte es ihm mit einem beeindruckenden Arbeitspensum, um die CDU inhaltlich umfassend zu erneuern. Es wurden Verbindungen zu Forschungsinstituten und in liberal-konservative Intellektuellenkreise geknüpft, Debatten geführt und christdemokratische Duftmarken in den großen gesellschaftlichen Diskussionen jener Zeit gesetzt. Kurz, mit Biedenkopf und anderen vorausblickenden Figuren wie Richard von



Kurt Biedenkopf (l.) mit Helmut Kohl auf dem CDU-Bundesparteitag vom 24. bis 26. Mai 1976 in Hannover.

Weizsäcker und Heiner Geißler an der Spitze des Reformprozesses gelang es Kohl, die CDU in eine moderne Volkspartei zu verwandeln, die sich neugierig auf Debatten einließ und auch intern ausfocht. Die Früchte dieses Prozesses konnte man dann 1978 in Form des sogenannten Ludwigshafener Programms ernten, ein Grundsatzprogramm, das die CDU angesichts der unbestreitbaren Substanz geradezu in eine Programmpartei verwandelte – zumindest für christdemokratische Verhältnisse.

Dabei wurden die innerparteilichen und unionsinternen Debatten jener Zeit durchaus kontrovers geführt. Insbesondere die Frage, wie sich die Union zur Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition stellen sollte, sorgte für anhaltenden Streit, aber auch etwa im Hinblick auf die Frage der Mitbestimmung zeichneten sich deutliche Konfliktlinien zwischen dem Arbeitnehmerflügel und dem Rest der Partei ab. Gekrönt wurde die konfliktträchtige Gemengelage rechts der Mitte natürlich von der Rivalität zwischen Kohl und Franz Josef Strauß, die auch schon beim großen Kurzzeiterwürfnis zwischen den Unionsparteien eine Rolle spielte, als die CSU nach dem berühmten Treffen in Wildbad Kreuth 1976 ankündigte, die Fraktionsgemeinschaft

mit der CDU zu beenden. Doch abgesehen von der innigen Gegnerschaft mit Strauß, lag die zentrale strategische Herausforderung für Kohl darin, die FDP aus der Koalition mit der SPD herauszulösen, ohne dabei das ohnehin angespannte Verhältnis zur CSU weiter zu belasten, deren äußerst kritische Haltung gegenüber der FDP wiederum allseits bekannt war. Es sollte bis zum konstruktiven Misstrauensvotum 1982 dauern, bis Kohl dieses Kunststück tatsächlich gelang, und dafür musste vorher erst einmal Franz Josef Strauß bei der Bundestagswahl 1980 als Unionsspitzenkandidat eine krachende Niederlage einstecken.

1983 bis 1989: Geistig-moralische Wende

Kohl und die CDU-Führung hatten dem Regierungswechsel mit der Rede von geistiger Erneuerung und moralischer Krise einen Überbau gegeben, der als Label der „geistig-moralischen Wende“ an der schwarz-gelben Regierung Kohl-Genscher festklebte und an der sie sehr zu ihrem Nachteil jahrelang gemessen wurde. Die Latte lag dementsprechend ebenso so hoch wie die Erwartungen an die neue Regierung waren, in deren Reihen der Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff das berühmte-berühmte Papier mit seinem Namen schon in der Schublade liegen hatte, um der Bundesrepublik eine Rosskur nach anglo-amerikanischem Vorbild zu verordnen. Doch obwohl die Regierung bei der Bundestagswahl 1983 ein klares Mandat erhielt, passierte vergleichsweise wenig. Bisweilen wurde noch im Innenministerium von der geistig-moralischen Wende geredet, als etwa das Vermummungsverbot auf Demonstrationen eingeführt wurde, doch von einem neokonservativen Rollback, einer Politik

gemäß des klassischen liberal-konservativen Wertekatalogs von Leistung, Pflicht, Opferbereitschaft und Sparsamkeit konnte allenfalls bedingt die Rede sein. Zwar trifft es zu, dass in der Finanz- und Sozialpolitik stärkere Akzente in Sachen Einsparungen gesetzt wurden und sich zumindest das Tempo der öffentlichen Schuldenzunahme verringerte, aber von einem wirklichen Politikwechsel, der von vielen erhofft und von ebenso vielen befürchtet worden war, blieben diese Schritte weit entfernt. Allerdings ist in diesem Zusammenhang auch festzuhalten, dass die schwarz-gelbe Regierung ebenso davon absah, die gesellschaftspolitischen Reformen der sozial-liberalen Koalition (und auch die Ostverträge) revidieren zu wollen, was im Vorfeld schließlich auch für Hoffnung beziehungsweise Befürchtungen gesorgt hatte. Hier zeigte sich ein typischer Zug des gemäßigten Konservatismus, der im Gegensatz zur Reaktion bereit ist, sich mit gesellschaftlichem Wandel ins Benehmen zu setzen und diesen im Dienste der allgemeinen Stabilität der Verhältnisse als neuen Status quo akzeptiert.

Es war allerdings auch durchaus erkennbar, dass Kohl zu jener Zeit noch nicht über die Führungsstatur verfügte, die er Anfang der 1990er Jahre haben würde. Die CDU war ein Sammelsurium von Strömungen und Untergruppierungen, die nebeneinanderher existierten: von der „Stahlhelm-Fraktion“ um Alfred Dregger bis zu den bis in die linke Mitte hinein positionierten Reformern wie Rita Süssmuth oder Heiner Geißler. Beide Fraktionen ließ Kohl gewähren und förderte sie auch gelegentlich. Wohlwollend ließe sich dies als Ausweis der Art von Meinungs- und Positionsbreite deuten, die eine wirkliche Volkspartei ausmacht. Weniger wohlwollend müsste man hier auch Führungsschwäche und eine gewisse

Orientierungslosigkeit diagnostizieren. Die Autorität des Vorsitzenden wurde zudem weiter geschwächt durch größere und kleinere Skandale, schlechte Wahlergebnisse und eine ökonomische Gesamtsituation, die am Ende der Dekade zwar besser war als zu ihrem Beginn, aber etwa im Hinblick auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kaum Erfolge vorweisen konnte. All dies lieferte der Fraktion der Reformen den Grund, eine „Palastrevolte“ anzuzetteln, in deren Rahmen der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth beim Parteitag in Bremen 1989 Kohl herausfordern sollte. Doch Kohl bekam Wind von dem Plan und ein pfälzisches Fauchen reichte aus, um den Parteirebellen den Mut zu nehmen, ihren Plan tatsächlich ins Werk zu setzen. Dennoch gehört nicht viel politische Fantasie dazu, um sich auszumalen, dass Kohl bei der nächsten Gelegenheit gestürzt worden wäre – wäre ihm nicht die Geschichte mit einer epochalen Wendung zu Hilfe geeilt.

1990 bis 1998: Kanzler der Einheit

Als ihn 1989 der Mantel der Geschichte in Form des Falls der Berliner Mauer streifte, griff Kohl beherzt zu. In kürzester Zeit begriff er, dass es sich um eine historische Chance zur Wiedervereinigung handelte. Entschlossen trieb er den Einigungsprozess voran, verhandelte mit Ost und West, ließ Schäuble den Zehn-Punkte-Plan ausarbeiten und innerhalb von knappen zwölf Monaten war die Einheit am 3. Oktober 1990 unter Dach und Fach. Auch wenn man an Kohl vieles zu Recht kritisiert, muss dies als eine außergewöhnliche staatsmännische Leistung gelten, die im Übrigen auch dadurch ermöglicht wurde, dass Kohl zu jeder Zeit überzeugter Europäer war.



Helmut Kohl am 22. Februar 1990 in Erfurt.

Insbesondere François Mitterrand schenkte ihm daher letztendlich Glauben, dass das wiedervereinigte Deutschland keine machtpolitischen Alleingänge anstreben, sondern die europäische Integration weiter vorantreiben würde, was dann im Vertrag von Maastricht mündete.

Auf der anderen Seite bleibt die Art und Weise, wie die Einheit finanziert wurde, ein bleibender Makel der Bilanz der Ära Kohl. Anstatt in bester konservativer Weise von seinen Landsleuten Opfer und Solidarität für den Osten einzufordern, versprach Kohl „blühende Landschaften“ und ließ die Einheit nicht über Steuererhöhungen, sondern heimlich, still und leise über die Sozialkassen (mit-)finanzieren. Damit begann eine Phase des „Einheitskaters“, der sowohl wirtschaftliche als auch kulturelle Dimensionen hatte. Fremdenfeindliche Angriffe und Anschläge griffen Anfang der 1990er Jahre um sich, die CDU gab sich unter Kohl bedeckt, hielt an der Illusion fest, Deutschland sei kein Einwanderungsland, und ließ sich auch vom rechten Trommeln zum sogenannten Asylkompromiss von 1993 treiben, der – verabschiedet mit den

Stimmen der SPD – den Druck aus den politischen Kesseln nahm. Wirtschaftlich stellte sich heraus, dass der Wiederaufbau Ost länger und teurer als behauptet werden würde. Die Sozialversicherungssysteme standen seit der Wiedervereinigung unter Druck. Gleichzeitig wurde in einer immer weiter anschwellenden Standortdebatte darauf gedrängt, gerade die Lohnnebenkosten endlich zu senken, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhöhen. Bisweilen ist mit Blick auf diese Zeit von einer „Sozialdemokratisierung“ der CDU die Rede, doch eigentlich war es eher eine schleichende „Freidemokratisierung“, die sich hier anbahnte: Jedenfalls zeigten sich nach dem Wegfall der einenden Klammer des Anti-Kommunismus, für den es nun nur noch das Surrogat der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und die entsprechenden Rote-Socken-Kampagnen gab, nun Risse innerhalb der Union zwischen dem stärker marktliberal orientierten Flügel und den Christdemokraten, für die bei der Sozialen Marktwirtschaft eher das Soziale im Vordergrund stand.

Kohl war zu jener Zeit innerhalb der Partei als Kanzler der Einheit unantastbar, doch bereits im Vorfeld der Wahlen 1994 galt der Weiterbestand der schwarz-gelben Regierung als extrem gefährdet – und wurde dann doch gerettet durch eben jene Rote-Socken-Kampagne und einen glücklich agierenden SPD-Kandidaten Rudolf Scharping. Doch spätestens in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde offenkundig, dass die CDU sich als Regierungspartei verbraucht hatte und auch Kohl nicht mehr in der Lage war, innenpolitische Initiativen zu entwickeln, von zündenden Ideen ganz zu schweigen.

Den Eindruck, dass sich Mehltau über das Land gelegt hatte, verbreitete nicht nur Bundespräsident Roman Herzog in seiner berühmten Ruck-Rede 1997, es herrschte weitgehender politischer Stillstand, was im Übrigen auch daran lag, dass Oskar Lafontaine zu jener Zeit den SPD-dominierten Bundesrat zu einem reinen Blockadeinstrument zweckentfremdete.

Von da an machte Kohl einige schwerwiegende Fehler, die sein Erbe nachhaltig belasten sollten. Erstens verweigerte er Wolfgang Schäuble die bereits versprochene Kanzlerkandidatur 1998 und trug damit auch persönlich zum schlechten Abschneiden der Union bei, weil außerhalb des Kanzleramts jeder wusste, dass Kohl seinen Zenit längst überschritten hatte und er kein Zugpferd mehr war, sondern der Partei im Wahlkampf mehr schadete als nützte. Danach kam es noch schlimmer. Die Partei wurde 1999 vom Spendenskandal erschüttert, aber der neue Ehrenvorsitzende weigerte sich, die Namen derer zu nennen, deren Geld den Weg in – in doppeltem Sinne – schwarze Kassen gefunden hatte. Die neue Generalsekretärin Angela Merkel brach im Namen der Partei öffentlich mit ihm. Kohl legte seinen Ehrenvorsitz nieder und zog sich weitgehend aus dem öffentlichen Leben zurück.

Weiterführende Literatur

Bahners, Patrick: Helmut Kohl. Der Charakter der Macht, München 2017.

Bannas, Günter: Helmut Kohl – der CDU-Vorsitzende, in: Norbert Lammert (Hrsg.): Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU, München 2020.

Biebricher, Thomas: Geistig-moralische Wende: Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus. 2. erweiterte Auflage, Berlin 2022.

Schwarz, Hans-Peter: Helmut Kohl. Eine politische Biographie, 2. Auflage, München 2012.

Vom Kanzlerwahlverein zur
Programmpartei?

Die Ära Merkel

Ursula Weidenfeld

Ursula Weidenfeld ist Wirtschaftsjournalistin und schreibt unter anderem für *t-online* und den *Tagesspiegel*. 2021 erschien ihre Merkel-Biografie *Die Kanzlerin. Porträt einer Epoche*.

Wir sehen gerade in diesen Tagen, wie schnell sich Regierungsparteien in Krisen von identitätsstiftenden Merkmalen verabschieden müssen. Das betrifft in diesem Jahr vor allem die Grünen, es trifft die Sozialdemokraten, und es wird in der näheren Zukunft auch den Liberalen so gehen. Das relativiert das Apodiktische, das Charakterisierungen der Rolle Angela Merkels als Parteivorsitzende zurzeit oft umgibt. Dennoch muss man sagen, dass die Kanzlerin und ihre Partei sich in besonderer Weise aneinander gerieben und abgearbeitet haben. Angela Merkel und die CDU haben eine eigene und auch eine eigenartige gemeinsame Geschichte, weil die Kanzlerin immer Gast auf der eigenen Party geblieben ist.

Ich will meine Bemerkungen in drei Punkte gliedern. Zuerst will ich schildern, wie Angela Merkel und die CDU zueinander gefunden haben, und warum ausgerechnet eine Politikerin Vorsitzende der Christdemokraten werden konnte, deren Fremdsein mit der Partei Teil ihrer Legende ist. In einem zweiten Punkt will ich den Wandel der Partei und ihrer Vorsitzenden beschreiben, als die CDU im Jahr 2005 Regierungspartei wurde. In einem dritten Kapitel soll die Bedeutung von Krisen und Krisenmomenten in der Regierungszeit Angela Merkels beleuchtet werden.

Gast auf der eigenen Party

Es ist bekannt, durch welche Zufälle die Kanzlerin in die CDU geraten ist. Sie hatte 1989 nicht vor, sich der DDR-Blockpartei CDU anzuschließen. Sie engagierte sich im Demokratischen Aufbruch, der dann gemeinsam mit CDU und CSU in der Allianz für Deutschland zu den ersten freien Volkskammerwahlen antrat und danach in der CDU aufging. So stolperte die spätere Kanzlerin in



Angela Merkel am 1. Dezember 2003 auf dem Bundesparteitag der CDU in Leipzig.

das christdemokratische Milieu. Es gibt ähnlich wie bei Ludwig Erhard immer noch die große Frage, wann sie tatsächlich in die Partei eingetreten ist. Bei ihr kann es immerhin als gesichert gelten, dass sie eingetreten ist. Angela Merkel ist der CDU dennoch in einer bestimmten Weise fremd geblieben.

Es gibt ein Schlüsselmoment aus ihren ersten Jahren als Frauenministerin, das sehr deutlich zeigt: Sie war bei der Frauenunion in Pulheim zu Gast. Die Westfrauen der Partei beschwerten sich darüber, dass ihre Renten niedriger seien als die der Ostfrauen. Merkel platzte heraus: „Na ja, die haben eben gearbeitet.“ Die Empörung darüber, dass man das damalige Standard-Lebensmodell vieler konservativer Frauen, in der und für die Familie zu Hause zu arbeiten, so abwerten konnte, hat Angela Merkel so verblüfft, dass sie die Geschichte später immer wieder erzählt hat. Sie zeigt sehr deutlich, wie fremd der Ministerin das Denken und die Lebensentwürfe der Mehrheit der Anhängerinnen ihrer Partei zumindest in den Neunzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts waren und wahrscheinlich weit darüber hinaus geblieben sind.

Angela Merkel wäre als Vorsitzende der CDU nicht denkbar gewesen ohne die



Der Kanzlerkandidat der Union Edmund Stoiber mit der CDU-Bundesvorsitzenden Angela Merkel am 22. September 2002 in Berlin.

Parteispendenaffäre, die das System Helmut Kohls in wenigen Wochen zum Einsturz gebracht und den neuen Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble gleich mit in den Abgrund gerissen hat. Angela Merkel war diejenige, die am 22. Dezember 1999 den Bruch zwischen der Partei und ihrem Ehrenvorsitzenden Helmut Kohl verlangte, sie war im Frühjahr 2000 die einzige unter den Führungspersonen der Partei, die ganz sicher nicht in die Spendenaffäre verwickelt war – weil sie ja erst seit zehn Jahren dabei war. Alles lief auf sie, die Generalsekretärin, zu, die nun Vorsitzende wurde.

Es war eine Zeit, in der die Mehrheit der ehrgeizigen jungen Männer in der CDU sie für ein vorübergehendes Phänomen hielt. Auf der anderen Seite war sie die Erste, die ein modernes Verhältnis zur Basis entwickelte. Helmut Kohls Paternalismus wurde durch einen direkten Kontakt zu den Parteimitgliedern ersetzt. Seine Strategie, die Partei mit kleinen und größeren (Geld-) Geschenken an sich zu binden, verbot sich nach der Spendenaffäre selbstverständlich. Als Generalsekretärin hat Merkel bei den

Mitgliedern auf den Regionalkonferenzen enormen Eindruck gemacht – diese Präsenz verschliff sich später im „Kanzlerinhaften“. In den ersten Jahren konnte man auch nicht behaupten, sie sei eine schlechte Rednerin oder habe keinen Kontakt zum Saal.

Die Basis fand sie gut, die Parteispitze nicht: 2002 verzichtete sie nur unter enormem Druck ihrer Parteikollegen zugunsten von Edmund Stoiber auf die Kanzlerkandidatur. Im Wahlkampf für die Bundestagswahl 2002 machte sie es anders als Politiker der jüngsten Vergangenheit. Sie stellte die CDU loyal in den Dienst der CSU. Nach der knappen Niederlage Stoibers war sie wieder diejenige, die übrigblieb.

In dieser Zeit richtete sie die CDU wirtschaftsliberal aus. Ob aus Überzeugung oder aus taktischen Gründen, sei dahingestellt. Auf dem Leipziger Parteitag im Dezember 2003 überholte die CDU jedenfalls selbst die Agenda-2010-Sozialdemokratie als Reformpartei. Die Krankenversicherung sollte von einem paritätisch finanzierten zu einem einkommensunabhängigen Prämienmodell umgebaut werden, das Rentenalter auf 67 Jahre steigen, ein einfaches Stufenmodell für die Einkommensteuer eingeführt werden. Innerparteilich zahlte die Vorsitzende für diesen Kurswechsel schon 2003 einen hohen Preis: Sie entfremdete sich den „Herz-Jesu-Flügel“, sie entzweite sich mit der CSU, jedenfalls mit Horst Seehofer, und sie schürte den Verdacht, die CDU nach dem Vorbild Margaret Thatchers und der britischen Konservativen umkrempeln zu wollen.

Die CDU als Regierungspartei

Angela Merkel gewann die vorgezogenen Wahlen des Jahres 2005 nicht, aber sie verlor sie eben auch nicht. Sie wurde Bundeskanzlerin. Die CDU verabschiedete sich in den ersten Jahren nach der Wahl nicht ohne Schmerzen, aber doch zügig vom Leipziger Programm. Angela Merkel hatte erkannt, dass die CDU mit einem radikalen Wirtschaftsreformprogramm keine Regierungsmehrheiten mehr bekommen würde, schon wegen der sich abzeichnenden wechselnden Koalitionsoptionen.

Der erste Schritt zur CDU als zentraler Regierungs- und Machtpartei in Deutschland wurde in der Nacht der Bundestagswahl am 18. September 2005 getan. Positiv formuliert, nahm hier der Weg in die gesellschaftliche Mitte, zur Ankerposition für alle möglichen Regierungskonstellationen Fahrt auf. Vor allem innerparteiliche Kritiker formulierten es anders: Hier begann die inhaltliche Entleerung der Partei.

Der Streit um die Gesundheitsreform war symptomatisch für diesen Prozess. In der Großen Koalition mit der SPD müsse man eben Kompromisse machen, man könne nicht alles durchsetzen, was man sich wünsche. Die Reformarbeit landete ausgerechnet im Haus des Vizekanzlers Franz Müntefering (SPD), der federführend für die Rentenreform und die schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre zuständig war. Die CDU machte mit, übernahm aber keineswegs die Führung, die sie als Oppositionspartei versprochen hatte.



Angela Merkel wurde am 22. November 2005 im Deutschen Bundestag in Berlin durch Bundestagspräsident Norbert Lammert vereidigt.

Die Krise als Bestimmungsmerkmal

Das Versprechen, „Wählt mich, dann werdet Ihr gut regiert“, trat nach und nach an die Stelle eines Parteiprogramms, das sich konservativ, sozial und wirtschaftsliberal positioniert. „Sie kennen mich“, der Wahlslogan des Jahres 2013, stand für die Anschlussfähigkeit nach allen Seiten, für pragmatische Reaktionsfähigkeit in Krisen.

Der Preis dazu war zunächst die Distanz zum „C“, zum katholischen Milieu der Partei. Angela Merkel forderte im Jahr 2009 von Papst Benedikt XVI., er müsse seine Haltung zu den Holocaust-Leugnern im Episkopat klären. Der Aufschrei unter den Katholiken, die die Familien- und Frauenpolitik ihrer Partei ohnehin mit wachsender Skepsis begleiteten, richtete sich nicht nur gegen die Kanzlerin, sondern vor allem gegen die Parteivorsitzende – die aus ihrer Sicht offensichtlich nicht verstanden hatte, welche Rolle der Katholizismus in der CDU spiele und was der Respekt vor dem Papst gebiete.

In der zweiten Legislaturperiode entfernte sich die Partei noch deutlicher als zuvor von den Konservativen im eigenen Lager. Die Aussetzung der Wehrpflicht, der zweite Atomausstieg nach dem Reaktorunglück von Fukushima und das Ringen um die Einheit des Euroraums standen für die wachsende Distanz zum konservativen und wirtschaftsnahen Flügel der Partei. Die CDU verlor spätestens mit der Migrationskrise 2015 den Charakter der Partei der inneren und äußeren Sicherheit, mit dem Ausstieg aus der Kernenergie das Selbstverständnis als Partei des technischen Fortschritts. Auch dafür bezahlte sie: Dass sich rechts von CDU und CSU keine politische Partei in Deutschland etablieren dürfe, wurde mit der Gründung der AfD (Alternative für Deutschland) im Jahr 2013 eine Leerformel. In der dritten Legislaturperiode nahm die Parteivorsitzende die „Ehe für alle“ hin, die volle Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der traditionellen Ehe.

Die Parteivorsitzende schien ihre Partei nicht mehr zu brauchen: Angela Merkels Ruf, in Krisen umsichtig und klug zu reagieren, überstrahlte die Frage nach inhaltlichen Positionen. Ihre Geduld und Hartnäckigkeit in Verhandlungen traten auch innerparteilich an die Stelle von Grundsatzauseinandersetzungen – bis zur Migrationskrise des Jahres 2015. Umgekehrt brauchte die CDU bis zu diesem Jahr offensichtlich Angela Merkel. In einer politischen Landschaft, die Koalitionsregierungen jenseits der politischen Lager erfordert, ist das zwar vernünftig. Doch in der Migrationskrise offenbarte sich – stärker noch als in der Auseinandersetzung um die Eurozone – die Schwäche dieses Modells. Die CDU ließ sich nur noch mit wachsendem Druck auf den Kurs der Kanzlerin zwingen.

Die CDU haderte. Sie war eine reine Regierungspartei geworden, wo sie doch eigentlich die letzte verbliebene Volkspartei sein wollte. Dass die Beziehung zwischen der Parteivorsitzenden und ihrer Partei früher zu Ende ging als die zwischen der Kanzlerin und ihrer Fraktion, war da nur folgerichtig.

Weiterführende Literatur

- Bollmann, Ralph: Angela Merkel. Die Kanzlerin und ihre Zeit, München 2021.
- Brechenmacher, Thomas: Die CDU unter Angela Merkel, in: Norbert Lammert (Hrsg.): Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU, München 2020, S. 81–135.
- Röder, Andreas: Opposition und Regierungsverantwortung unter Schäuble und Merkel, in: Norbert Lammert (Hrsg.): Handbuch zur Geschichte der CDU. Grundlagen, Entwicklungen, Positionen, Darmstadt 2022, S. 193–206.
- Weidenfeld, Ursula: Die Kanzlerin. Porträt einer Epoche, Berlin 2021.

Die CDU von morgen – schon heute?

Podiumsdiskussion mit

Dr. Carsten Linnemann MdB

Stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands und Vorsitzender der Grundsatzkommission der CDU Deutschlands,

Nadine Schön MdB

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

Dr. Jan Redmann MdL

CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag Brandenburg,

Emine Demirbüken-Wegner

Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Berlin-Reinickendorf, Staatssekretärin a. D.

Das Gespräch wurde moderiert von **Mariam Lau**, Redakteurin im Politikressort der *Zeit*.



V. l. n. r.: Emine Demirbüken-Wegner, Dr. Jan Redmann, Mariam Lau (Moderation, *Die Zeit*), Nadine Schön, Dr. Carsten Linnemann.

Mariam Lau: Herzlich willkommen zu unserem letzten Panel heute. Wir wollen jetzt mit den Praktikern über die Grundlagen der CDU sprechen. Bei der Vorbereitung zur Veranstaltung ist mir noch mal ein Text in die Hände gefallen, den die früheren Grünen-Vorsitzenden, Robert Habeck und Annalena Baerbock, der CDU zum 75. Geburtstag geschrieben haben, und da stand drin: „Euer Pragmatismus ist Legende.“ Im Nachhinein weiß man nicht mehr so genau, ob das ein Kompliment war oder eine Kritik? Jedenfalls kommt aus der CDU selbst inzwischen sehr breit das Gefühl, dass dieser Pragmatismus nicht nur geholfen hat, sondern – das war bei dieser Veranstaltung schon Thema – die Partei zum Teil auch etwas unkenntlich gemacht hat. Nicht zuletzt deshalb stellt man sich die Frage: Wofür steht die CDU heute? Wozu wird sie eigentlich gebraucht?

Bevor wir zu diesen Themen hier auf dem Podium sprechen, wird uns ein Mann ins Thema einführen, der aktuell mit dafür verantwortlich ist, dass die Partei – jedenfalls nach meinem Eindruck – so kontrovers über ihr Selbstbild debattiert, wie zuletzt vielleicht 1994 oder 1978. Sie sind sozusagen der Nachfolger von Richard von Weizsäcker. Herzlich willkommen, Carsten Linnemann. Herr Linnemann ist „Mittelstandskind“. Ihre Eltern hatten eine Buchhandlung, Sie sind gelernter Volkswirt, Parteivize, seit 2009 für die CDU im Bundestag und leiten nun die Programm- und Grundsatzkommission. Herr Linnemann, Sie haben das Wort, und danach steigen wir in die Diskussion ein.

Dr. Carsten Linnemann: Ja, vielen Dank, Frau Lau. Ich mache es kurz. Wir standen am Abgrund. Der 26. September vergangenen Jahres war für uns eine Zäsur, und wir haben zum ersten Mal seit zehn, 15 Jahren eine

Wahlanalyse gemacht, die sich gewaschen hat. Das hat Paul Ziemiak richtig, richtig gut gemacht, er war der Antreiber, und da waren auch Kolleginnen und Kollegen der Konrad-Adenauer-Stiftung dabei, die auf rund 60 Seiten zusammengeschrieben haben, was zu diesem Wahlergebnis führte. Daraus kann ich Ihnen drei Punkte nennen, die zum Teil durch Umfragen von der Adenauer-Stiftung bestätigt wurden. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: „Die CDU ist so zerstritten, da weiß ich nicht mehr, woran ich bin. Deshalb habe ich sie nicht gewählt.“ Das haben laut Umfrage 70 Prozent der Wähler gesagt. Das heißt, die fehlende Geschlossenheit, dieses Querschließen in der CSU/CDU hat uns geschadet. Die Wähler haben gesagt: Warum sollen wir eine Partei wählen, die völlig zerstritten ist? Da würde ich sagen, dass wir das jetzt aufgefangen haben. Was die Geschlossenheit in der Union angeht, stehen wir sehr gut da. Und man muss sagen, dass wir es Friedrich Merz zu verdanken haben, dass zwischen CDU und CSU wieder ein Verhältnis besteht, das sauber, fair und konstruktiv ist.

Der zweite Punkt war, dass wir erst sechs Wochen vor der Wahl ein Zukunftsteam aufgestellt haben. Selbst ich als Bundestagsabgeordneter, der seit 2009 im Bundestag ist, musste zum Teil die Leute googeln, um zu wissen, um wen es sich handelt. Ich kann mir vorstellen, dass auch Frau Lau den einen oder anderen gegoogelt hat. Und wenn selbst Journalisten und die eigenen Leute das nicht wissen, dann kannst du keine Wahl gewinnen. Dazu braucht man einfach bekannte Köpfe. Natürlich kann man auch neue Leute aufbauen, aber das braucht Zeit. Und wir haben ja auch schon personell einiges vorzuweisen. Jetzt haben wir zum Beispiel zwei Wahlen gehabt mit Daniel Günther und Hendrik Wüst, die das sehr gut machen, das sind junge, talentierte Köpfe. Neben



Dr. Carsten Linnemann, stv. Vorsitzender der CDU Deutschlands und Vorsitzender der Grundsatzprogrammkommission.

mir sitzt Nadine Schön. Sie müsste meines Erachtens noch viel prominenter nach vorne. Wir haben Karin Prien, die auch mal eine andere Meinung hat als ich. Das zeigt, dass die CDU eine breite Volkspartei ist, und da müssen wir noch mehr machen.

Dritter Punkt, ganz interessant, betrifft das Thema Inhalte: Rund 80 Prozent der Wähler sagen: „Für mich ist es wichtig, dass die Partei, die ich wähle, in der Lage ist, aktuelle Probleme zu lösen. Das kann ich bei der CDU nicht erkennen.“ Ja, wie willst du das auch erkennen, wenn du gar nicht sagst, wofür du stehst. Dann kannst du ja auch nichts lösen.

Das heißt, diese drei Themen waren die Hauptgründe für unsere Niederlage, und den letzten und dritten Punkt gehen wir jetzt mit dem Grundsatzprogramm an. Darin werden wir wieder deutlich machen, wofür wir eigentlich stehen. Und da haben wir jetzt den ersten Schritt gemacht. Wir haben vor einigen Tagen die so genannte Grundwertecharta verabschiedet. Darin steckt eigentlich das, was Sie heute diskutiert haben. Sie haben unter anderem Begriffe wie Freiheit,

liberal, konservativ, christlich-sozial aufgegriffen. In der Grundwertecharta finden sich diese ebenfalls. Aber lassen Sie mich erneut drei Punkte nennen, die deutlich machen, was uns als CDU ausmacht.

Der erste Punkt ist, dass wir nicht wie die linken Parteien vom Kollektiv ausgehen. Wir gehen vom Einzelnen aus. Der Mensch ist für uns ein Unikat. Er ist einzigartig, und deswegen definieren wir auch Menschen nicht nach irgendwelchen äußerlichen Merkmalen, sondern sehen ihn mit seinen Stärken und Schwächen. Wir stecken die Menschen also nicht in Schubladen, wir wollen den Einzelnen fördern.

Der zweite Punkt ist: Wir geben nur die vorletzte Antwort, nie die letzte. Das macht uns – und das sollten wir in Zukunft wieder lernen – demütig. Übrigens wird das Thema „vorletzte Antwort“ unterschiedlich interpretiert. Einige sagen, sie verstehen das vom Glauben her, wonach die letzte Antwort immer bei Gott liege. Andere sagen, du kannst es auch in dem Sinne interpretieren, dass wir nicht allwissend sind, dass wir nicht wissen, was in fünf oder zehn Jahren ist. Wir wissen beispielsweise nicht, ob es in fünf Jahren eine Technologie gibt, die CO₂ aus der Atmosphäre zieht. Und deswegen müssen wir in der CDU diejenigen sein, die offen für neue Technologien sind. Deswegen müssen wir die Partei sein, die voll in die Grundlagenforschung investiert, damit die Forschung im Kampf gegen den Klimawandel weiterkommt. Ob es ausreicht, dass wir jetzt einen CO₂-Preis einführen, ist fraglich. Jedenfalls glaube ich nicht, dass wir den CO₂-Preis weltweit so schnell ausrollen können, dass wir damit das Klimaproblem in den Griff kriegen. Die Wahrscheinlichkeit ist also nennenswert, dass wir neue Technologien brauchen, um hier weiterzukommen.

Der dritte und letzte Punkt ist, dass wir der Überzeugung sind, dass der Mensch zur Freiheit bestimmt ist, aber gleichzeitig auch die Verantwortung für sein Handeln wie auch für andere trägt. Daraus leite ich das Prinzip Subsidiarität und Solidarität ab, das gemäß Wilhelm Röpke oder Alfred Müller-Armack mit der Freiburger Schule und der Sozialen Marktwirtschaft besagt: Versuche erst einmal, alleine klarzukommen! Nimm dein Leben selbst in die Hand! Aber für diejenigen, die das nicht können, muss die Gemeinschaft mit voller Wucht da sein und sie voll unterstützen. Und jetzt kommt das Schwierige: Christdemokratische Politik muss es schaffen, sich genau auf diese Gruppe zu konzentrieren. Wenn eine Mütterrente umgesetzt wird, die aber bei den Witwen, die in der Grundsicherung sind, nicht ankommt, weil das Geld angerechnet wird, haben wir nicht zielgerichtet Politik gemacht. Anders herum kann ich sagen, 300 Euro als Energiepauschale für alle zu fordern, ist totaler Quatsch. Das sage ich auch mit Blick auf Rentner, denn es gibt Rentner, die haben Aktiendepots und Immobilien. Die brauchen die 300 Euro nicht. Aber der Rentner, der in der Grundsicherung ist, der braucht nicht 300, sondern der sollte dann am besten 600 Euro haben. Das ist CDU-Politik.

Ich habe jetzt drei Punkte genannt, und das Schwierige ist nun, das in der Praxis umzusetzen, weil wir – zumindest die CDUler – wahrscheinlich in der Theorie alle einer Meinung sind, aber wenn es konkret werden soll, wird es schwierig. Wir erarbeiten jetzt in den nächsten anderthalb Jahren bis 2024 unser Grundsatzprogramm, um auf Grundlage dessen, was ich gerade skizziert habe, konkrete Punkte für die Zukunft zu formulieren wie etwa in Sachen Digitalisierung, in Sachen Rente, aber auch was den Umgang mit China angeht. Ein Ziel ist es, dass wir – natürlich

gibt es ein Abstraktionsniveau, dass wir beim Grundsatzprogramm im Grundsätzlichen zunächst bleiben – am Ende anhand von Beispielen deutlich machen, was wir konkret damit meinen. Und da möchte ich gerne fünf bis zehn Punkte haben, die uns von anderen unterscheiden. Am Ende möchte ich, dass jeder hier, den man nachts um drei Uhr weckt und fragt: „Sag mir mal, wofür steht die CDU?“, sofort drei Themen nennen kann. Das wäre das Ziel. Und wenn wir dann noch eine packende Erzählung dazu haben, eine Zukunftserzählung, die Aufbruch und Hoffnung vermittelt, dann brauchen wir uns keine Sorgen mehr zu machen, dann gehen wir als CDU wieder in Richtung 40 Prozent.

Mariam Lau: Vielen Dank, Herr Linnemann. Sie haben jetzt schon einige Bälle in die Luft geworfen. Ich nehme an, dass Sie alle hier kennen, die hier sitzen. Trotzdem möchte ich noch einmal Frau Schön begrüßen, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Co-Autorin eines sehr interessanten Buchs mit dem Titel *Neustaat*, in dem sie sich mit ihrem Co-Herausgeber darüber Gedanken gemacht hat, wie eigentlich der Staat der Zukunft aus der Sicht der CDU aussehen kann. Neben mir sitzt Jan Redmann, der Fraktionschef der CDU Brandenburg, der, glaube ich, uns hier auch um die ostdeutsche Perspektive bereichern kann. Ganz außen Frau Emine Demirbükten-Wegner, die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin aus Berlin-Reinickendorf, die also eine Berliner Perspektive, die Lokalpolitik und auch der Integrationspolitik hier einbringen kann. Herzlich willkommen.

Ich würde gerne eine „Wünsch-dir-was“-Runde machen, in der jeder von Ihnen, jede von Ihnen einmal kurz sagen darf, was ist mir wichtig, was muss im neuen Programm stehen, was vielleicht im alten, wenn man da jemals reingeschaut hat – das ist ja auch ein



Als künftige Schwerpunktthemen nannte die stv. Bürgermeisterin von Berlin-Reinickendorf, Emine Demirbükten-Wegner, die weitere Profilierung der CDU als Großstadtpartei und die Integrationspolitik.

Thema, wozu braucht man überhaupt Parteiprogramme –, noch nicht stand. Möchten Sie anfangen, Frau Demirbükten-Wegner?

Emine Demirbükten-Wegner: Politik muss erlebbar, fassbar, spürbar, verständlich sein. Alles andere ist schwierig. Die Inhalte müssen die Bürger berühren, die Bürger müssen sich zwischen den Zeilen wiederfinden. Ich finde unser Grundsatzprogramm sehr gut, aber ein Grundsatzprogramm aus Sicht einer Großstädterin muss natürlich sehr breit aufgestellt sein. Das bedeutet, ich muss Bürgerinnen und Bürger aus Friedrichshain-Kreuzberg genauso erreichen wie aus Hermsdorf. Und diesen Spagat muss so ein Grundsatzprogramm für mich in Berlin schaffen, und wenn wir diesen Spagat nicht hinbekommen, dann werden wir es schwer haben. Das ist eine der größten Herausforderungen. Den Spagat kann man auf die Bundesländer übertragen, jedes Bundesland ist anders in der Infrastruktur und muss sich auch anders aufstellen bei Wahlen. Sie haben es ja angesprochen, das Trauma auf Bundesebene. Dieses Trauma haben wir auf Berliner

Ebene gehabt, wir haben am gleichen Tag Bund, Land und Kommune gewählt, das war ein sehr schwieriges Unterfangen. Die Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sind aus meiner Sicht sehr personenbezogene Wahlen gewesen, und die Gewinner waren zunächst einmal zwei Herren, Günther und Wüst, und danach kam die Partei. Das ist meine Wahrnehmung, meine Beobachtung. Die Personen haben das für die Partei „gerockt“. Insofern müssen die Personen stimmig sein mit den Inhalten, aber nochmals: Die Inhalte müssen für den Bürger verständlich sein. Die Bürger müssen sich zwischen jeder Zeile wiederfinden und dürfen nicht das Gefühl haben: Die Sätze kenne ich doch von irgendwo her. Denn dann werden Sie immer diesen Wiedererkennungswert der letzten Jahre Grundsatzprogramm haben, und das macht einen Neustart, Neuaufbruch und auch Ansprache nicht glaubwürdig.

Mariam Lau: Vielen Dank. Herr Redmann, was würden Sie sagen, was vermissen Sie programmatisch an der CDU?

Dr. Jan Redmann: Ich würde mir wünschen, dass aus dem Grundsatzprogramm hervorgeht, dass die Union einen wirklich starken Gestaltungsanspruch hat. Bislang stand die Union besonders im letzten Bundestagswahlkampf zu häufig im Raum wie „Opas alter Eichenschrank“, den man irgendwie lieb gewonnen hat und auch ganz gut kannte, aber eigentlich nicht ganz genau weiß, ob er noch passt zur übrigen Einrichtung, die man sich vielleicht vor ein paar Jahren erst gekauft hat, und ob man ihn vielleicht bald in den Keller räumt oder Schlimmeres damit vorhat.

Wenn Carsten Linnemann davon spricht, dass rund 80 Prozent meinen, die CDU habe keine richtigen Antworten auf die

Herausforderungen der Gegenwart, dann ist der Gestaltungsanspruch abhandelt gekommen. Um ihn zurückzugewinnen, müssen wir zunächst die Herausforderungen und die Konfliktlagen auch der Gegenwart benennen. Wir müssen also Vorschläge machen, wie wir diejenigen stärken, die sich in Deutschland besonders anstrengen, und daraus eine Konsequenz ableiten, nämlich in Bezug auf die, die beispielsweise Hartz IV als Beruf betrachten oder die von leistungslosem Einkommen leben. Also in beiden Richtungen gibt es Themen, bei denen die Union ihre Stimmigkeit bei der Positionierung überprüfen muss.

Die Union muss in der Gegenwart sein. Wir reden immer von der CDU von morgen. Mich interessiert sehr die CDU von heute. Zum Beispiel, ob sie überhaupt den Herausforderungen der Gegenwart bei allem gewachsen ist, was mit Digitalisierung zusammenhängt. Da müssen wir an der einen oder anderen Stelle auch mit unserer kommunalen Basis reden, auch mit dem einen oder anderen Bürgermeister oder Amtsdirektor, der meint, die fünf Jahre bis zur Rente kriegt er schon hin, ohne die Verwaltungsdienstleistungen vor Ort digitalisiert zu haben. Das kann nicht Anspruch der CDU sein.

Ein weiteres Beispiel für einen gegenwartsbezogenen Gestaltungsanspruch bietet das Thema Innere Sicherheit. Wir müssen die Frage stellen, ob der stete Ruf nach mehr Streifenpolizisten heute noch reicht, wo doch Kriminalität zunehmend im Internet stattfindet. Kriminalität im Zusammenhang mit Kryptowährungen, Betrug und Gewaltaufrufen müssen wir auch im Internet verfolgen können. Erste Ansätze gibt es, wo die CDU den Innenminister stellt. In Nordrhein-Westfalen hat Herbert Reul vorgemacht, wie das

gut funktionieren kann, wie man als Union auch da Punkte sammeln kann. Hier müssen wir weitermachen.

Zu den weiteren Zukunftsthemen und Herausforderungen, die wir angehen müssen, gehört auch der Klimawandel. Ich komme aus einem Land, wo im Juni beinahe eine Kleinstadt abgebrannt wäre, weil dort ein Kiefernforst einen Kronenbrand hatte, der sich innerhalb von zwölf Stunden auf über 100 Hektar ausgebreitet hat, ohne dass man überhaupt irgendeine Chance hatte, mit Feuerwehrmitteln dagegenzuhalten. Und das hat natürlich auch etwas damit zu tun, dass es wärmer und trockener geworden ist in Brandenburg und dass die Wahrscheinlichkeit weiterer Dürreperioden und damit einhergehender Waldbrände steigt.

Das Thema Klimaschutz dürfen wir deswegen nicht den Grünen überlassen – aber wir sollten einen eigenen Akzent setzen. Die Reduktion von CO₂ und den Waldumbau müssen wir in Angriff nehmen, um langfristig Schlimmeres zu verhüten. Aber wir müssen auch Antworten darauf geben, wie wir unsere Gesellschaft auf das einstellen, was gerade jetzt schon vor uns liegt und was wir auch gar nicht mehr beeinflussen können. Diese pragmatischen Antworten, für die die Grünen die CDU gelobt haben, fehlen – finde ich – in der Gegenwart gerade im Bereich der Energie- und der Klimapolitik.

Mariam Lau: Frau Schön, was sind Ihre Wünsche an das neue Programm?

Nadine Schön: Ich komme gerade von einer großen digitalpolitischen Veranstaltung, und die Analyse quer durch die Bank war, dass in Deutschland eine Vision fehlt: Wo wollen wir überhaupt hin als Land und auch in Europa? Wie wollen wir denn in zehn,



Zu den zentralen Zukunftsaufgaben zählte die stv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Nadine Schön (r.), die Digitalisierung.

15 Jahren leben? Auch angesichts dessen, dass die Welt sich verändert, dass gerade im technologischen Bereich die USA die Standards setzen und zunehmend auch eine internationale neue Konkurrenz vor allem aus dem asiatischen Raum kommt mit einem ganz anderen Wertefundament, das wir ablehnen. Was ist eigentlich unser Gegenmodell dazu? Schaffen wir es, unser Land so zu gestalten, dass die Menschen nach wie vor zufrieden sind, wo wir doch sehen, dass Menschen hadern, dass sie das Zutrauen in demokratische Strukturen verlieren? Deshalb ist mein Wunsch zum einen, dass wir diese Vision beschreiben, wo wir Deutschland, wo wir Europa sehen in zehn, 15 Jahren, auch angesichts der technologischen Entwicklung. Und dass wir zum zweiten das Thema, wie wir das Vertrauen der Menschen in unser demokratisches System stärken, ins Auge fassen und beantworten. Beide Themen hängen sehr stark miteinander zusammen, bedingen sich gegenseitig, und in unserer Facharbeitsgruppe „Humane Digitalisierung“ beschäftigen wir uns im Rahmen des Grundsatzzprogramms intensiv mit diesen Themen.

Ich komme aus dem ländlichen Raum und nehme jetzt diese Perspektive ein. Hier punktet die CDU vor allem damit, dass sie den Menschen, den einzelnen Menschen mit seinen Fähigkeiten sieht und stärkt. Deshalb ist mir wichtig, dass wir uns um das Ehrenamt kümmern, um Menschen, die sich engagieren für die Gemeinschaft und für andere. Da grenzen wir uns auch ab von anderen Parteien. Und zwar dann, wenn es darum geht, das dauerhafte, regelmäßige Engagement zu stärken. Das unterscheidet sich von kurzfristigen und teilweise aktivistischen Initiativen, die von den politischen Gegnern so „gehypht“ werden. Mich ärgert es, wenn in Berlin darüber diskutiert wird, dass man ein Antidiskriminierungsgesetz bräuchte, um jede Initiative, die sich gegen Rechts einsetzt, für die nächsten 30 Jahren finanziell abzusichern, aber die Feuerwehr und der Sportverein müssen sich jedes Jahr aufs Neue selbst um ihre Finanzierung bemühen. Ich glaube, da haben wir Differenzierungspunkte auch in unserer Weltsicht, und das können wir durchaus auch für den ländlichen Raum stärker nach außen kehren.

Mariam Lau: Herr Linnemann, während der Pandemie und auch während des Krieges hat man viele Dinge gesehen, viele Schwächen der deutschen Gesellschaft, die jetzt auch mit den 16 Jahren der Ära Merkel verbunden werden. Digitalisierung, das Stichwort ist schon gefallen, oder die Abhängigkeit vom russischen Gas. Findet das jetzt eigentlich im Rahmen dieser Programmdiskussion auch statt, dass man sagt: Welche Fehler kann man mit der CDU verbinden, was müssen wir daraus lernen, oder sagt man Tabula rasa, jetzt geht es in die Zukunft?

Dr. Carsten Linnemann: Es geht schon in die Zukunft, ganz klar. Aber neben der Wahlanalyse, die wir bereits gemacht haben, gibt

es eine Sache, die mir extrem wichtig ist. Als ich in die Politik ging 2009, da wollte ich Bundesländer zusammenlegen. Ich fand das viel zu kompliziert, so viele Bundesländer. Ich dachte, Stadtstaaten wie Bremen, Berlin, die ganze Verwaltung, was das alles kostet – muss das alles sein? Dann wollte ich den Bierdeckel umsetzen von Friedrich Merz, und ich wollte die Bürokratie abschaffen. Beides habe ich nicht geschafft. Und ich habe mich gefragt, warum eigentlich? Dann habe ich an mir selbst beobachtet, wie getrieben ich war. Durch die Medien, aber auch, weil wir als Politiker voll in der Tagespolitik verhaftet sind. Auf einmal passierte Fukushima, und das kurz vor den Landtagswahlen, da gab es viel Druck. Dann kam plötzlich die Energiewende, danach die Finanzkrise mit den Subprime-Krediten aus Amerika, dann die Eurokrise und auf einmal ging es nur noch um den Euro. In allen Fraktionssitzungen wurde nur noch über den Euro diskutiert, oftmals fünf Stunden lang. Und dann kam die Flüchtlingskrise, und es ging in den Sitzungen fünf Stunden lang nur um das Thema Flüchtlinge. Dann kam Corona. Wahnsinn. Auf einmal gab es nur noch das Thema Corona. Jetzt die Ukraine.

Was ich damit sagen will, ist, dass die Politik eigentlich nur auf die Tagespolitik konzentriert ist. Man steht morgens auf, man bearbeitet die E-Mails, die sich in der Regel auch nur um die aktuelle Tagespolitik drehen. Klar, die Bürger sind ja auch getrieben durch die vierte Gewalt, durch die Medien. Aber letztlich bleibt die Verantwortung bei mir, beim Politiker. Deswegen will ich jetzt noch einmal den Versuch machen mit diesem Grundsatzprogramm, dass wir jenseits der Getriebenheit, jenseits des Kanzleramtes unsere politischen Ziele definieren. Wir brauchen auf niemanden mehr Rücksicht zu nehmen, wir brauchen auch nicht mehr auf den

Zeitgeist Rücksicht zu nehmen. Wir nehmen nur Rücksicht auf unser Fundament, das ich eben skizziert habe. Auf diesem Fundament und fernab der Krisen erarbeiten wir unsere Punkte, die wir konkret umsetzen wollen.

Als ich den Koalitionsvertrag der Ampel erstmals gelesen habe, dachte ich, die wollen die Genehmigungsverfahren halbieren, und das wäre super. Aber dann gab es eine Woche später auf einmal zehn Staatssekretäre im Wirtschaftsministerium, immer mehr Beamte, immer mehr Aufblähung. Damit kann doch kein Aufbruch gelingen! Man redet von Digitalisierung und bläht dann alles auf. Deshalb haben wir in unserem Grundsatzprogrammprozess eine Fachkommission „Moderner Staat“ einberufen, wo das alles thematisiert und hinterfragt wird, wie unser Staat für die Zukunft fit gemacht werden soll.

Ich möchte, dass wir, wenn wir 2025 vielleicht wieder ins Kanzleramt kommen, nicht mehr mit dieser Tagesgetriebenheit Politik machen, sondern dass wir dann auf der Grundlage unseres Grundsatzprogramms sagen, wie wir in zehn, 15 Jahren leben wollen und wie die Schritte dahin aussehen. Ich möchte gerne, dass wir drei, vier, fünf Punkte benennen und auch umsetzen. Und das sind dann Punkte fernab der Tagespolitik, zum Beispiel eine große Staatsreform, mit der sich die verkrusteten Strukturen in Deutschland aufbrechen lassen.

Mariam Lau: Was ich interessant finde, Hendrik Wüst und Daniel Günther, die Sie erwähnt haben, haben in ihrer politischen Vitae eine gewisse Kurve durchlaufen von „neoliberal“ und „konservativ“ – beide waren Exponenten dieses Flügels, ganz ähnlich wie Sie eigentlich –, und beide beschreiben, dass sie eine gewisse Entwicklung gemacht haben, die sie woanders hinführt, zum Beispiel zur

Forderung nach einer Frauenquote. Und mich würde interessieren – Sie sind jetzt der Kopf dieses Prozesses und gleichzeitig ja aber auch Exponent dieses traditionell wirtschaftsliberalen, konservativen Flügels, wenn ich das richtig sehe. Damit haben diese beiden jetzt Wahlen gewonnen, und zwar so beeindruckend, dass Markus Söder wirklich sehr, sehr, sehr nervös ist. Würden Sie sagen, das hat auch politisch einen orientierenden Charakter, daran kann sich die CDU orientieren, was die beiden gemacht haben, oder sind das einfach diese Einzelpersonen?

Dr. Carsten Linnemann: Ich werde jedenfalls nie aus strategischen Gründen Politik machen, weil etwas „In“ ist oder dem Zeitgeist entspricht, sondern ich mache Politik nach meiner Überzeugung. Ich könnte auch ein Gegenargument bringen. In Nordrhein-Westfalen haben wir bei der letzten Landtagswahl 2,6 Millionen Stimmen geholt, vor vier Jahren, fünf Jahren aber noch 2,8 Millionen. Prozentual haben wir also gewonnen, aber an absoluten Stimmen verloren.

Mariam Lau: 200.000 Stimmen hat die CDU verloren.

Dr. Carsten Linnemann: Ja, leider. Das ändert aber nichts daran, dass Hendrik Wüst ein Glücksfall in Nordrhein-Westfalen ist. Das gilt auch für Daniel Günther in Schleswig-Holstein, auch wenn ich manchmal nicht seiner Meinung bin. Entscheidend ist Authentizität. Ich habe mich beispielsweise immer fremd gefühlt, wenn in der Zeitung stand, dass ich der Vorsitzende des Flügels der deutschen Wirtschaft sei. Ich war Vorsitzender des Flügels der Sozialen Marktwirtschaft und nicht der verlängerte Arm der Wirtschaft. Soziale Marktwirtschaft beinhaltet – ich habe es ja eben gesagt – Solidarität und Subsidiarität. Und Ihre Frage zur Frauenquote ist jetzt nicht

mein Hauptthema, das sage ich ganz offen als Vorsitzender der Grundsatzkommission. Ich sehe es nur so: Wenn man es wirklich ernst meint mit der Aussage, dass man vom Einzelnen ausgeht, dass dieser einzigartig ist und dass man versucht, ihn zu fördern so gut es geht und nicht in Kategorien wie „schwarz“, „weiß“, jung, alt, Frau, Mann etc. einteilt, dann ist Quotenpolitik damit grundsätzlich nicht vereinbar. Gleichwohl weiß ich, dass es in meiner Partei dazu eine große Diskussion gibt.

Aber das Schöne ist, dass wir uns in der CDU im Ziel einig sind. Denn wir sagen: Wir müssen attraktiver werden für Frauen und für junge Menschen. Wenn ein Kreisverband in Deutschland von den letzten sieben Veranstaltungen sechs Veranstaltungen in der Kneipe macht, dann noch zum Fröhschoppen einlädt und beim Weltfrauentag eine Brauereibesichtigung macht, dann können wir noch so viele Quoten einführen, dann werden wir keine Frauen begeistern, in die CDU zu kommen. Zudem sagen mir Frauen: „Ich würde gerne in die CDU eintreten, aber bitte hört auf, euch sonntagsmorgens um 11.00 Uhr in der Kneipe zu treffen.“ Das sind Debatten, die wir führen müssen: dass nach 20.00 Uhr keine Entscheidungen mehr getroffen werden in den Räten; dass wir hybride Sitzungen verbindlich machen, damit jemand, der im Ausland studiert und im Rat in Buxtehude ist, trotzdem teilnehmen kann; dass wir bei Terminen feste Anfangszeiten und Endzeiten haben; dass wir eine Elternzeit für Politiker haben. Mit solchen Regelungen können wir doch unsere Partei attraktiver machen. Meine Sorge ist, wenn wir jetzt die Quote verabschieden, dass wir uns in drei Jahren wiedersehen und feststellen müssen, dass wir nicht viel erreicht haben. Dann haben wir die Quote, sind aber für Frauen nicht attraktiver geworden.

Mariam Lau: Wie sehen Sie das, Frau Schön? Passt die Quote nicht zur CDU, braucht man sie nicht, kann man andere Wege finden?

Nadine Schön: Der Ansatz, dass jeder und jede seine Fähigkeiten und Potenziale hat und diese gleichberechtigt einbringen kann, ist ja total richtig. Und das ist auch unser gemeinsames Verständnis und unser Wertefundament. Fakt ist aber auch, dass wir in Strukturen arbeiten, die kulturell von Männern geprägt worden sind. Das ist die Realität in der Partei, das ist auch in vielen Wirtschaftsbereichen die Realität. Und das führt dazu, dass wir in unserer Partei – wie auch in den Führungspositionen der Wirtschaft – nach wie vor mehr Männer als Frauen haben und dass wir nicht besonders attraktiv für Frauen sind. Und deshalb ist die Frage: Wie ändere ich die Strukturen? Was sind die Instrumente, die überhaupt dieses *Level Playing Field* schaffen, damit jeder sich nach dem Ansatz von Carsten Linnemann, den ich total teile, mit seinen Fähigkeiten, seinen Vorlieben, seinen Schwerpunkten in unsere Politik einbringen kann? Auf dem Weg dahin ist die Quote ein Instrument. Wir haben bereits andere probiert: Wir haben ein Quorum, wir haben schon oft gesagt, wir müssen andere Sitzungen machen oder die Sitzungen anders machen. Das hat bislang nicht zum Ziel geführt und das allein wird nicht reichen. Ich glaube, man muss manche Sachen disruptiv durchbrechen, und mit der Quote machen wir genau das.

Mariam Lau: Frau Demirbükten-Wegner, ich wollte Sie noch mal fragen: Die Flüchtlingskrise hat die Partei 2015 und in den Folgejahren fast an den Rand der Spaltung gebracht. Hat sie daraus schon die richtigen programmatischen Konsequenzen gezogen oder noch nicht?



Dr. Carsten Linnemann (r.) gab Einblick in die Arbeit der Grundsatzprogrammkommission. Über die Frage der Frauenquote in der CDU diskutierte er mit Nadine Schön (l.).

Emine Demirbükten-Wegner: In der Tat, das Jahr 2015 war für uns sehr schwierig, und wir haben schon Konsequenzen daraus gezogen, indem wir mit Blick auf heute sehen, dass gewisse Dinge atmosphärisch-strukturell anders ablaufen, nämlich bei den Flüchtlingen, die aus der Ukraine zu uns kommen: Wie integrieren wir sie, wie nehmen wir sie in unsere Sozialsysteme auf, wie bringen wir sie unter. Das alles verläuft wesentlich ruhiger als 2015. Die Bürger sind auch ganz anders aufgestellt, weil die Politik auch anders aufgestellt ist. Und ich muss aber auch offen gestehen: weil auch die Medienlandschaft anders aufgestellt ist. Es ist so, als ob es Hand-in-Hand geht, und alle ziehen wirklich an einem großen Strang, leisten Hilfe, zeigen Solidarität für Menschen, die in Not und in einer schwierigen Situation sind, sie geben Ihnen ein Stück Heimat. Das ist uns mit Blick auf die syrischen Flüchtlinge leider nicht gelungen. Diese Zeit habe ich nicht vergessen.

Mariam Lau: Und hat die Partei das schon vergessen?

Emine Demirbükten-Wegner: Ich glaube, da brauchen wir einfach noch eine ehrliche

innerparteiliche Diskussion miteinander, warum wir so unterschiedlich verfahren in der Haltung und in der Kommunikation. 2015 hatten wir die syrischen Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten. Als ich unterwegs war in meinem ehemaligen Wahlkreis, war die Atmosphäre in Bezug auf die gesamte Gesellschaft sehr schwierig, eine ungünstige Konstellation für das friedliche Miteinander, die wir jetzt mit Blick auf die ukrainischen Flüchtlinge nicht haben, es läuft gut. Ich führe bis zum heutigen Tage noch die Diskussion, warum sich meine Partei so unterschiedlich verhalten hat.

Was ich noch ein wenig in der Öffentlichkeit vermisse in unseren politischen Debatten, ist die Internationalität von Berlin. Berlin ist international, gar keine Frage, dank der vielen Menschen. Berlin hat vielleicht noch, wenn wir Glück haben, eine Million „Urberliner“ und zwei Millionen oder 2,5 Millionen „Neuberliner“. Die Internationalität, das wird gelebt zwischen den Menschen. Dass man mit 192 Nationalitäten nebeneinander, miteinander leben kann, kommunizieren kann, Mehrsprachigkeit – und mit der Mehrsprachigkeit meine ich nicht nur, dass man mit einer Selbstverständlichkeit die Sprachen Englisch und Französisch gutheißt, sondern auch die so genannten Gastarbeitersprachen wie Vietnamesisch, Türkisch und Arabisch.

Mariam Lau: Da, würden Sie sagen, hat es die CDU an Gesten fehlen lassen.

Emine Demirbükten-Wegner: Da müssen wir noch stärker in der Öffentlichkeit auftreten und uns dazu bekennen. Ich befinde mich sehr oft in den Diskussionen, was Mehrsprachigkeit für mich in Europa bedeutet. Natürlich die Tür nach Europa. Und innerhalb der Europäischen

Gemeinschaft ist Mehrsprachigkeit eine Selbstverständlichkeit, die auch gelebt wird. Und hier haben wir, was die Mehrsprachigkeit der Gastarbeitergeneration angeht, eine unterschiedliche Haltung. An unserer Haltung, dass der Mehrsprachigkeit der Gastarbeitergeneration auf gleicher Augenhöhe, Akzeptanz und Respekt begegnet werden müsste, müssen wir noch ein wenig arbeiten. In einer Großstadt wie Berlin fehlt uns das noch. Ich kann das nicht für das „Ländle“ beurteilen, aber für Berlin ist das wirklich eine schwierige Angelegenheit. Ich glaube, dass wir das internationale Auftreten sicherlich auf der EU-Ebene schaffen, aber in den Städten diesen Spagat hinzubekommen, ist eine Herausforderung.

Mariam Lau: Herr Redmann, die CDU ist in der Situation, sich einerseits im Osten gegen die AfD behaupten zu müssen, auf der westlichen Seite aber mit den Grünen zu koalieren und aber gleichzeitig auch mit ihnen konkurrieren zu müssen – wie wird das bei Ihnen diskutiert?

Dr. Jan Redmann: Ich glaube, man muss erst einmal anerkennen, dass der Osten nicht grundsätzlich anders tickt als der Westen. Es stellen sich nur verschiedene Probleme im Osten extremer dar. Das hat möglicherweise damit zu tun, dass es einen größeren Anteil von Menschen gibt, die frustriert sind in Bezug auf das Funktionieren der Demokratie und die Politik. Im Osten gibt es mehr Menschen, die einfach nicht daran glauben, dass sie etwas aus ihrem eigenen Leben machen können – und das spiegelt sich dann auch in der Parteienlandschaft wider. Wir haben eine Partei, die das bewirtschaftet. Der Kern der AfD ist Frustrationsbewirtschaftung. Insofern ist das nichts, wovon die CDU etwas lernen kann, weil das Bewirtschaften von Frustration noch nie Kern der CDU war.

Es gibt daneben eine ganze Reihe von Parteien in Ostdeutschland, die den Menschen über den Kopf streicheln und sagen: Wir machen das schon für euch, eure Probleme lösen wir für Euch, ihr könnt Euch zurücklehnen, macht Euch keine Sorgen. Das ist Paternalismus. Auch das ist nicht Kern der CDU und wird auch nicht Kern der CDU werden, wenn ich da Herrn Linnemann richtig verstanden habe, sondern wir müssen im Osten gerade die Partei sein, die Mut macht. Wir müssen die Partei sein, die die Leute darauf hinweist, dass wir in Ostdeutschland große Chancen haben, dass hier viel passieren kann. Ich meine damit die Anzeichen einer Reindustrialisierung, die wir gerade erleben. Zu nennen ist hier nicht nur Tesla in Brandenburg, sondern auch die Ansiedelung einer Chipfabrik in Sachsen-Anhalt. Man findet das gerade überall. Das hängt häufig auch zusammen mit erneuerbaren Energien als Standortvorteil, aber sicherlich auch mit den zur Verfügung stehenden Flächen und – gar keine Frage – auch mit Fördergeldern.

Wir sehen gerade, dass sich im Osten eine neue industrielle Landschaft entwickelt und global betrachtet scheint sich der industrielle Kuchen durch Klimaschutzmaßnahmen und Energiewende global neu zu verteilen. Bislang hat der Osten vom industriellen Kuchen fast nichts abbekommen, aber bei der Neuverteilung bleibt mehr auf dem Teller liegen. In anderen Teilen Deutschlands wird das weniger der Fall sein. Das liegt natürlich auch daran, dass andere Regionen in Deutschland – Baden-Württemberg oder Bayern – bereits ein sehr hohes industrielles Niveau haben. Dieses angesichts des Transformationsprozesses weiterhin zu halten oder vielleicht sogar noch auszubauen, ist sicherlich schwieriger als im Osten, wo wir von einem niedrigen Niveau kommen und eine Verbesserung positiv und



Die Bedeutung einer zukunftsfähigen Klimapolitik betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende im Brandenburger Landtag Dr. Jan Redmann (l.).

nicht gleich als ökologische Bedrohung wahrgenommen wird.

Da sehe ich eine Chance für die CDU, sich das mit auf die Fahnen zu schreiben und deutlich zu machen: Hier – in Ostdeutschland – kann man wirklich etwas erreichen. Dabei müssen wir allerdings die Brille westdeutscher Durchschnittlichkeit ablegen. Mich ärgert immer diese Statistik, mit der regelmäßig mitgeteilt wird, das brandenburgische Durchschnittseinkommen liege 10 oder 20 Prozent unterhalb des westdeutschen Durchschnitts. Warum soll ich mich eigentlich mit dem westdeutschen Durchschnitt vergleichen? Brandenburg ist eine Metropolregion um Berlin herum. Brandenburg muss sich vergleichen mit anderen Metropolregionen, mit Greater London, mit der Île de France, mit der Lombardei. Das muss doch der Maßstab sein und nicht irgendein westdeutscher Durchschnitt. Warum soll ich Brandenburg mit Schleswig-Holstein vergleichen? Aber das ist eine Sichtweise, die in Ostdeutschland nicht sehr weit verbreitet ist. Ich glaube, dass die CDU die Partei sein kann, die genau diese realistische und Mut machende Perspektive mitbringt.

Wie christlich ist die CDU?

Konrad Adenauer auf dem CDU-Bundesparteitag 1962 in Dortmund

Mit der Gründung der CDU verband sich das Ziel, die Konfessionsgrenzen zwischen den Deutschen zu überbrücken. Außerdem führte die Union als Weltanschauungspartei verschiedene soziale Schichten zusammen und schaffte damit die Zersplitterung des bürgerlichen Lagers in verschiedene, sich oft scharf voneinander abgrenzende Parteien aus der Welt. Das „christliche Fundament“, auf dem die CDU beruhte, sollte nach der nationalsozialistischen Tyrannei Grundlage für den moralischen Wiederaufbau sein. Eine „kirchliche Partei“ war die CDU hingegen nie. Dazu nahm auch der erste Bundesvorsitzende Konrad Adenauer auf dem Bundesparteitag 1962 in Dortmund Stellung.

Quelle:

Protokoll zum 11. CDU-Bundesparteitag in Dortmund, 2. bis 5. Juni 1962, S. 204–206, online: https://www.kas.de/documents/252038/253252/1962-06-02-05_Protokoll_11.Bundesparteitag_Dortmund.pdf/71e5e6c1-101a-ea75-776a-772011cedb37 (letzter Zugriff: 14. November 2022).

[...] Ich betone, daß wir das Wort „Christlich“ gewählt haben nicht nur, um damit zu sagen, daß wir Antinationalsozialisten sind. Dazu hätten wir keine neue Partei zu gründen brauchen. Wir haben uns in erster Linie aus einem ganz anderen Grunde zusammengefunden. Sie wissen, daß ich mit zu den Gründern gehört habe. Wir haben uns gesagt: Wir können diese ganz auseinandergerissene Welt nur dann wieder in Ordnung bringen, wenn wir eine Partei gründen, die auf der dem großen Teil des Volkes gemeinsamen christlichen Weltanschauung steht. Das war der Grund, warum wir die Christlich Demokratische Union hier gegründet haben und warum die Christlich Soziale Union in Bayern gegründet worden ist. Ich glaube, das sollten wir nicht verwischen lassen. Das war der Urgrund, der uns zusammengeführt hat. [...]

Eine Partei muß einen Lebensinhalt haben. Alle, die zu uns kommen, sind willkommen! Ja, meine Damen und Herren, wer kommt denn zu uns, wenn wir ihnen nicht etwas zu bieten haben, was über Standesinteressen hinausgeht? Sehen Sie, wo sind die Parteien geblieben, die eben nur Stände vertraten? Denken Sie doch einmal zurück. Es hat eine Mittelstandspartei gegeben, es hat eine Bauernpartei gegeben, und die Sozialdemokratie ist doch als Arbeiterpartei gegründet worden. Und, meine Freunde, weil sie fühlt und sieht, daß ihr der Boden unter den Füßen fortgeht, will sie ja jetzt sich an möglichst viele Wähler wenden, die nicht in dem althergebrachten Sinne mehr Arbeiter sind. Nein, eine Partei muß einen weltanschaulichen Boden haben, auf dem sie steht!

Es ist selbstverständlich: Wir wollen keine kirchliche Partei sein, aber einem großen Teil des Volkes ist die Tradition des Christentums, ist der Geist des Christentums noch dasjenige, was ihn auch im täglichen Leben

erfüllt – selbst wenn er sich nicht immer darüber klar wird, was er fühlt und wonach er handelt. Und die Leute, die so dem Geiste nach Christen sind und auf christlichem Boden stehen, das sind diejenigen, die wir in unserer Partei vereinigen wollen.

Warum wollen wir sie vereinigen? Weil wir – und ich wiederhole noch einmal, was ich, glaube ich, gestern gesagt habe – namentlich in einer so zerrütteten und zerrissenen Zeit wie der unsrigen die Welt nur wiederaufbauen können, wenn wir sie, getragen von christlichem Empfinden, wieder aufbauen. Und nur dieser gemeinsame Boden trägt unsere Mitglieder hinweg über Gegensätze, die aus ihren verschiedenen Ständen, aus ihren verschiedenen Berufen, aus ihrer Herkunft aus verschiedenen Gegenden unseres Vaterlandes ganz selbstverständlich kommen. Daher meine ich: Dieses „C“ hat einen Kampfwert und hat einen Wert. Aber lassen Sie es mich so ausdrücken: Es hat eine ganz große Anziehungskraft auf viele Wähler und Wählerinnen. [...]

So ist es bei vielen von uns. Ja, ich glaube, ich kann fast sagen: in uns allen; es ist ein überliefertes, auf christlichen Grundsätzen beruhendes Empfinden, eine Beurteilung unseres Tun und Lassens, lebendig. Deswegen wollen wir eine christliche Partei sein, um alle diejenigen, in denen die Grundlage des Christentums lebendig und wirksam ist, in unserer Partei zusammenzufassen und einzusetzen zum Wohle des Staates und des Volkes. [...]

Die Möglichkeiten einer christlichen Politik

Hermann Ehlers 1954 in der Zeitschrift *Evangelische Verantwortung. Politische Briefe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU*

Gibt es eine „christliche“ Politik? Und welche Rolle spielen die Konfessionen in der CDU? Mit diesen Fragen befasste sich Bundestagspräsident Hermann Ehlers. Als Stimme des protestantischen Flügels in der Union und erster Vorsitzender des 1952 gegründeten Evangelischen Arbeitskreises setzte er sich in der CDU für den konfessionellen Ausgleich ein und plädierte für eine „Politik aus christlicher Verantwortung“.

Quelle:

Hermann Ehlers/Robert Tillmanns (Hrsg.): Evangelische Verantwortung. Politische Briefe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bonn, 2. Jahrgang, Februar 1954, S. 1–5.

Offenbar kommen wir in eine Auseinandersetzung über die Möglichkeit einer christlichen Politik hinein. [...] Wir leben in einer Zeit der Proklamation der Kollektivschuld und wir leben in einer Epoche der politischen Restauration, daß einem grauen kann.

Zu dieser Entwicklung gehört natürlich auch, daß man gegen jede christliche Fundierung der Politik Sturm läuft. Selbstverständlich spielt der Wahlerfolg der CDU/CSU vom 6. September dabei eine erhebliche Rolle. Wenn auch niemand die gewagte Behauptung aufstellen wird, dieser Wahlsieg schließe ein, daß alle CDU/CSU-Wähler nun plötzlich nicht mehr laue, sondern überzeugte Christen seien, so kann man doch immerhin feststellen, daß die Herausstellung der christlichen Fundierung ihrer Politik durch eine große Partei auch in kirchlich labilen Gegenden die Wähler nicht vertrieben, sondern angezogen hat. Daß nun politische Gegner hier ansetzen und sich bemühen, dieses offensichtlich populäre Fundament der CDU/CSU zu beseitigen oder es jedenfalls in Frage zu stellen, ist nur natürlich. Wir werden uns auch in Zukunft damit noch oft auseinanderzusetzen haben.

Heute soll nicht gesprochen werden von der in der Theologie üblich gewordenen Formulierung, daß es zwar christliche Politiker, jedoch keine christliche Politik geben könne. Es dürfte empfehlenswert sein, in dieser Auseinandersetzung nicht gar zu theoretisch zu verfahren. Wenn christliche Politiker, deren Möglichkeit nicht bestritten wird, Politik treiben, scheint mir das christliche Politik zu sein. Hier soll gern angemerkt werden, daß wir, im evangelischen Raum jedenfalls, daraus nicht die Folgerung zu ziehen beabsichtigen: nur unsere Entscheidung sei die christliche Politik. Wenn andere Politiker ihren Glauben ernst nehmen und bei der

Beurteilung der politischen Gegebenheiten und Aufgaben zu anderen Ergebnissen kommen, so werden wir sie nicht als unchristliche Politiker brandmarken und sie damit zu überwinden trachten. Vielmehr werden wir alle Kräfte der Vernunft und der politischen Einsicht anwenden, um sie von der Richtigkeit unseres Weges zu überzeugen – oder uns sogar von ihnen überzeugen zu lassen, in bestimmten politischen Fragen darauf hinzuweisen, daß unser Verständnis des Wortes Gottes ganz bestimmte Entscheidungen von uns fordert und daß wir andere Entscheidungen für eine Gefährdung der Geltung der Gebote Gottes auf dieser Erde halten. Aber auch das wird ein sachliches politisches und christliches Gespräch sein und keine Diffamierung Andersdenkender.

Nun ist jedoch die Auseinandersetzung in mannigfacher Form entbrannt. In den letzten Wochen hat hierbei die Frage des Botschafterpostens beim Vatikan eine erhebliche Rolle gespielt. [...]

Der Sozialdemokratische Pressedienst und, ihm folgend, die sozialdemokratische Tagespresse sprechen in diesem Zusammenhang von einem peinlichen Tauziehen. So heißt es z. B.: „Die Frage der Besetzung dieses wichtigen Postens wurde zu einem für die deutsche Bevölkerung unverständlichem und im Ausland peinlich wirkenden Streit darüber, ob ein Katholik oder ein Evangelischer die Bundesrepublik beim Vatikan vertreten solle. Vom Bundeskanzler und Außenminister bis zu den Fraktionsvorsitzenden und Abgeordneten der Koalitionsparteien, vom Kardinal bis zum Prälaten und vom Bischof bis zum Oberkirchenrat dominierte der Wille, aus einer personalpolitischen Entscheidung eine konfessionelle Frage zu machen... Der Bevölkerung fehlt das Verständnis dafür, wenn von der Regierung in

zunehmendem Maße personalpolitische Entscheidungen nach konfessionellen Gesichtspunkten gesucht werden und durch das dauernde Erfragen und Herausstellen der Konfession dieses oder jenes Mannes im politischen Bereich der Eindruck entstehen muß, als ob sich die beiden christlichen Konfessionen in der Bundesrepublik mit tiefem Mißtrauen, wenn nicht in Feindschaft gegenüberstünden.“

Wir lesen das mit Erstaunen. Bisher hatten wir den Eindruck, daß in dem politischen Raum, den die SPD beherrscht, Fragen, wenn nicht der Konfession, so aber doch sonstiger Mitgliedschaften, etwa in politischen Parteien, eine erhebliche Rolle spielen. Man soll nicht mit Steinen werfen, wenn... [...]

Doch hinter dieser ganzen Polemik steht ein viel grundsätzlicheres Problem. Es ist in einem Aufsatz von Willi Eichler: „Der Streit der Konfessionen“ in „Geist und Tat – Monatsschrift für Recht, Freiheit, Kultur“ klar zum Ausdruck gekommen. Eichler fragt u. a.: „Kann es vom christlichen Standpunkt aus überhaupt bedeutsam sein, welcher Konfession die Funktionäre eines Staates angehören?“ Weiter heißt es: „Das Verkehrteste aber wäre zu glauben, mit diesem politischen Katholizismus eine Ehe eingehen zu können, um in politischer Gütergemeinschaft unter allgemein christlichem Vorzeichen mit ihm gleichmäßig an politischen Erfolgen zu partizipieren. Die Spekulation muß schiefgehen. Dazu ist der andere Partner viel zu beharrlich und erfahren im Erreichen und Festhalten politischer Vorteile; wobei hinzukommt, daß es für ihn grundsätzlich keine allgemein christliche Auffassung gibt, wie er z. B. in Spanien beweist.“ Und schließlich sei noch folgendes zitiert: „Eine christliche Politik wird für das Christentum nur werben können durch

Taten, die christlichen Geist zeigen, die Mühseligen und Beladenen aufrichten und soziale Gerechtigkeit und Menschlichkeit verwirklichen. Der Streit um politische Posten nach konfessioneller Aufgliederung wird das Gegenteil hervorrufen. Er wird nur den Eindruck erwecken, daß die Argumente einer ‚christlichen Politik‘ in sich unecht geworden sind. Das aber wäre der schlechteste Dienst, den ein politischer Katholizismus oder Protestantismus der Sache der Menschlichkeit erweisen könnte.“

Hier sind sie also wieder, die guten alten Parolen der sozialdemokratischen Vergangenheit: Politik aus katholischer Glaubensüberzeugung ist natürlich „politischer Katholizismus“ mit dem alleinigen Ziel der Erringung von Machtpositionen. Politik aus evangelischer Verantwortung, die den ihr gewiesenen Raum einzunehmen sich bemüht, ist der aussichtslose Versuch, den politischen Katholizismus in einem politischen Protestantismus zu kopieren. Die Bedeutung des Christlichen in der Politik – Eichler versteht seine Aufgabe als Werbung für das Christentum! – wird auf den Bereich des Sozialen und unmittelbar Menschlichen abgedrängt, ohne daß man irgendeine Beziehung zum Gesamtbereich des Politischen anerkennt. Ich kann mir nicht ganz versagen, darauf hinzuweisen, daß, als ich bei der Eröffnung des Hamburger Parteitages der CDU forderte, die Liebe zum Nächsten müsse das beherrschende Leitmotiv unserer Politik werden – also genau das aussprach, was Eichler als Inhalt christlicher Politik umschreibt –, das „Hamburger Echo“ antwortete: „Da hören wir es also wieder, das Wort von der ‚Liebe zum Nächsten‘, ein Wort, das mittlerweile zur abgestandenen Phrase geworden ist.“ Man könnte also beinahe auf den Gedanken kommen, daß es nicht nur um die Ablehnung eines politischen

Katholizismus und Protestantismus geht, sondern weiterhin, wie einst, um die Verneinung einer Beziehung zwischen dem Glauben und der Politik überhaupt.

Wir sind demgegenüber von der uns aufgegebenen Verpflichtung überzeugt, in allen Fragen des politischen Lebens unseren Glauben nicht zu eliminieren und nach irgend welchen säkularen Prinzipien Politik zu treiben, sondern ihn auch und gerade in der Praxis der politischen Tagesentscheidungen zu bewähren. [...]

Wir meinen eben, daß es keine saubere Auseinanderteilung von kirchlichem und staatlichem Bereich gibt. Auch wenn niemand wünscht, daß der Staat die Kirche oder die Kirche den Staat regiert, ist damit noch nicht ausgesagt, daß sie, die beide in ihrem besonderen Amt Träger öffentlicher Gewalt und beide an die gleichen Menschen gewiesen sind, so tun könnten, als ob sie nicht im engsten Miteinander und Durcheinander auf dieser Erde zu arbeiten hätten. Das gilt etwa für den ganzen Sektor der Erziehung, es gilt für die Gestaltung der sozialen Verhältnisse, es gilt schließlich für den Gesamtbereich des Politischen überhaupt.

Die Forderung einer reinlichen Scheidung von Kirche und Staat, die Dr. Dehler in der Haushaltsdebatte des Bundestages aufgestellt hat, löst das Problem nicht. Denn dahinter steht die Vorstellung – die immer aus Ideologien wächst –, daß es auf allen Gebieten staatlichen und politischen Lebens die richtige Politik gäbe, die man nur zu finden brauche, um die Probleme dieser Erde zufriedenstellend zu lösen. Im Bild einer solchen Ideologie, sei sie nun liberalistischer oder marxistischer Herkunft, wird der Glaube zu einer nur die Privatperson angehenden,

vielleicht auch organisatorische Frage zwischen Staat und kirchlicher Organisation aufwerfenden Angelegenheit, natürlich aber nicht zu einer das Leben des Staates durchdringenden und bestimmenden Größe.

Wenn wir von christlicher Politik reden, geht es uns weder um die „Werbung“ für eine Religion, noch um die Erringung von Einfluß und Machtpositionen für eine Organisation, sondern um die schlichte Umsetzung dessen, was wir als Christen von Gott aufgegeben bekommen haben, in die Praxis unserer staatlichen Gemeinschaft. Wir sind der vermessenen Ansicht, daß dies nicht ein Privatvergnügen einzelner, sondern die entscheidende Lebensgrundlage für die staatliche und politische Gemeinschaft überhaupt ist.

Es ist mißlich, daran von außen her herumzukritisieren. Wir meinen, daß die Zeit einer Politik aus christlicher Verantwortung nicht vergangen ist, sondern nach den Irrungen und Wirrungen von fast zwei Jahrhunderten wieder heranreift.

Leitideen für eine Politik, die sich am „C“ orientiert

Volker Kauder in seiner 2020 erschienenen Publikation *Das hohe C. Politik aus dem Christlichen Menschenbild*

In seinem Buch geht der langjährige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder der Frage nach, welche Bedeutung das „C“ im Namen der CDU hat. In dem hier abgedruckten Auszug beschreibt er die Grundprinzipien der katholischen Soziallehre: Personalität, Solidarität und Subsidiarität. Er erläutert, wie sich diese gegenseitig bedingen und was sie aus seiner Sicht für Gesellschaft und Politik bedeuten.

Quelle:

Volker Kauder: Das hohe C. Politik aus dem Christlichen Menschenbild, Freiburg i. Breisgau 2020, S. 87–99. Mit freundlicher Genehmigung der Verlag Herder GmbH, Freiburg i. Breisgau.

Personalität: Den Menschen als Individuum ernst nehmen

Wir hatten bereits gesehen, dass das Christliche Menschenbild den Menschen als Zweck an sich selbst betrachtet. Die Würde des Menschen wird immer dann tangiert, wenn der Mensch objektifiziert und darauf reduziert wird, Mittel vermeintlich höherer Zwecke zu sein. Das Personalitätsprinzip ist – als eines der Prinzipien der katholischen Soziallehre – ein Maßstab, an dem sich die Strukturen und Institutionen einer Gesellschaft darauf hin bemessen lassen müssen, ob sie dem Menschen als ihrem „Träger, Schöpfer und [...] Ziel“ gerecht werden. Das bedeutet vor allem, darauf bedacht zu sein, gesellschaftliche Strukturen so zu gestalten, dass die Entfaltungsbedingungen gesichert werden, unter denen der sich selbst aufgegebene Mensch die Möglichkeit hat, seine Freiheit und seine Verantwortung gegenüber sich selbst, seinen Mitmenschen und gegenüber Gott zu verwirklichen. Damit bildet das Personalitätsprinzip einen entscheidenden Bezugspunkt, auch für die weiteren Leitideen – Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl, Schöpfungsverantwortung, Korrigierbarkeit und Wahrhaftigkeit.

Alles, was wir als sozial bezeichnen, ist im Kern immer eine Interaktion zwischen Menschen. Wenn wir also fragen, wie wir diese Interaktionen gestalten sollen, müssen wir zuallererst die Frage nach dem Menschen stellen. Das Christliche Menschenbild betrachtet den Menschen als Person. [...]

Der Mensch ist als Beziehungswesen auf ein Mit-Sein angelegt. Er ist nicht nur bei sich, sondern immer auch Teil eines andere Menschen umfassenden familiären, gesellschaftlichen und ökonomischen Beziehungsgeflechts. Anders formuliert: „Der Mensch wird nur unter Menschen ein Mensch.“

Der Mensch ist als Person moralisches Subjekt. Menschen können sich entscheiden, in einer bestimmten Weise zu handeln, und Gründe hierfür angeben. Ihnen ist – anders als Tieren – nicht einfach durch Instinkte oder durch Lust und Unlust vorgegeben, wie sie sich verhalten. Der Mensch steht somit auch unter einem sittlichen Sollensanspruch. Er kann frei handeln, ist also sich selbst und seinen Mitmenschen Rechenschaft für sein Handeln schuldig. Menschen leben nicht einfach, sondern sollen ihr Leben auch wirklich selbst führen. Moralisches Subjekt zu sein, bedeutet, Verantwortung für das eigene Handeln und gegenüber seinen Mitmenschen zu haben. [...]

Zur Realität der menschlichen Person gehört schließlich auch das, was im Christentum als Sünde bezeichnet wird. Dieser Begriff wird dabei häufig so verstanden, als sei damit die Übertretung bestimmter göttlicher Gebote oder Ähnliches gemeint. Das Wort Sünde ist eigentlich mit dem deutschen „Sund“ verwandt, das so viel wie Abgrund oder Graben bezeichnet. Damit ist bereits treffender ausgedrückt, was eigentlich gemeint ist: Die Störung einer Beziehung, und zwar sowohl jene zu Gott als auch jene zu den Mitmenschen. Hier wird oft von Erb- oder Ursünde gesprochen. Damit ist gesagt, dass Menschen – so sehr sie sich auch bemühen – sich nicht gänzlich von strukturellen Verstrickungen in Schuld befreien können: Sei es, weil sie unfreiwillig Teil eines manchmal ungerechten Wirtschaftssystems sind oder weil Intransparenz es unmöglich macht, überhaupt sicher zu wissen, ob beispielsweise die Nahrungsmittel, die man isst, oder die Kleidung, die man trägt, unter fairen Bedingungen hergestellt wurden. Dass wir uns aus diesen grundsätzlichen Verstrickungen nicht selbst völlig lösen und erlösen können, bedeutet zugleich, dass es

den Himmel auf Erden nicht gibt. Diese Einsicht mahnt zu Demut: Politik kann und darf nicht den Anspruch erheben, eine perfekte Welt zu schaffen. Wo sie es doch tut, wird sie ideologisch und im schlimmsten Fall totalitär.

Das Wort Sünde ist darüber hinaus so zu verstehen, dass zwischenmenschliche Beziehungen immer auch von Gräben durchzogen sein können, weil Menschen dazu neigen, um sich selbst zu kreisen, ihren eigenen Vorteil im Blick zu haben, auch auf Kosten anderer. Die grundsätzliche Einsicht, dass sich Menschen oftmals auch ihrer gesellschaftlichen, sozialen oder familiären Verantwortung entziehen oder ihr zumindest nicht immer vollends gerecht werden, ist auch jenseits religiöser Weltanschauungen plausibel. Zum Christlichen Menschenbild gehört es auch, den Menschen im Negativen ernst zu nehmen. Er ist schwach, fehlbar und oftmals egoistisch: Von ihm zu erwarten oder zu verlangen, dass er sich selbst immer zurückstellt, dass er sich stets für seine Mitmenschen aufopfert und sich und seinen Besitz vollständig in den Dienst der Allgemeinheit stellt, überfordert ihn und ist illusorisch. Während das Christliche Bild vom Menschen um seine Befähigung zur Freiheit weiß und dieser mit höchster Achtung begegnet, ist es zugleich skeptisch gegenüber dem grenzenlosen Optimismus, dass der Mensch seine Freiheit immer zum Wohle aller gebrauchen wird. Es plädiert dafür, dies auch in der Gestaltung von Politik zu berücksichtigen. Christdemokraten beanspruchen gerade nicht, einen „neuen Menschen“ zu schaffen, sondern erkennen seine Beschränkungen und Schwächen an. Während Religionen Wege der Befreiung und Überwindung von Sünde aufzeigen, versucht eine christdemokratische Politik gerade nicht, den Menschen zu „erlösen“, sondern in Anerkennung seiner

Würde und im Wissen um seine Schwächen ernst zu nehmen.

Wir sahen bereits, dass sich aus dem Christlichen Menschenbild – und damit ebenso wenig aus den hier vorgeschlagenen Leitideen – keine ganz konkreten politischen Maßnahmen ableiten lassen. Gleichwohl dient das Personalitätsprinzip als Prüfstein solcher Maßnahmen. Gestalten wir Institutionen und Abläufe so, dass sie dem Menschen als selbstbestimmter Person und sozialem Wesen gerecht werden? Berücksichtigt unser Bildungssystem die Individualität von Schülern? Wie schützen wir das sich aus der Personalität und Würde eines Menschen ergebende Recht auf körperliche Unversehrtheit in Schwangerschaft, Krankheit und im Sterben? Wie gewährleisten wir, dass das sich ebenfalls aus der Personalität ergebende Selbstbestimmungsrecht des Menschen im Gesundheitswesen berücksichtigt wird? Gestalten wir das öffentliche Leben so, dass Menschen mit Behinderung daran partizipieren können? Trägt unsere Politik dazu bei, Handlungs- und Entfaltungsräume für Menschen zu schaffen?

Solidarität: Der Mensch zwischen Freiheit und Verantwortung

„Solidarität heißt füreinander dasein, weil der einzelne und die Gemeinschaft darauf angewiesen sind. Solidarität verbindet die Menschen untereinander und ist Grundlage jeder Gemeinschaft. Sie ist Ausdruck der sozialen Natur des Menschen.“ (Ludwigshafener Grundsatzzprogramm, 1978)

[...] In ihrem christlichen Verständnis zeichnet sich Solidarität dadurch aus, dass sie sich nicht auf bestimmte Gruppen beschränkt. Vielmehr ist sie hier grundsätzlich hingeordnet auf den

Menschen als Ebenbild Gottes. Solidarität gründet also zuallererst in der allen Menschen gleichermaßen zukommenden Würde. [...]

Dass der Mensch Ebenbild Gottes ist und ihm eine unverfügbare Würde zu eigen ist, heißt auch, dass wir als Einzelne und Gemeinschaft anderen Menschen gegenüber bestimmte Pflichten haben. Solidarität meint also auf der institutionellen Ebene, dass jeder in der Pflicht ist, daran mitzuwirken, dass der menschenrechtliche Status der Person für alle gewährleistet ist. Sie bildet damit beispielsweise das Fundament jeglicher Sozialgesetzgebung.

Solidarität bedeutet – so hat es Benedikt XVI. in der Enzyklika *Caritas in veritate* formuliert –, „dass sich alle für alle verantwortlich fühlen“. Natürlich sind politisch zu schaffende und zu gestaltende Strukturen notwendig, um Solidarität in unserer Gesellschaft zu verwirklichen und zu ordnen. Leistungen in der Form von Finanztransaktionen, die Menschen aufgrund ihrer besonderen Lebenssituation oder Bedürftigkeit zugeteilt werden, sind wichtig – und doch müssen wir dabei im Blick haben, dass Solidarität mehr bedeutet. Während die Politik durch entsprechende Sozialgesetze regeln kann, was wir einander als Solidargemeinschaft schulden, kann sie nicht festschreiben, was wir einander schenken. Als Gemeinwesen leben wir nicht nur davon, was wir einander gesetzlich schulden, sondern ganz wesentlich von dem, was wir in Freiheit bereit sind, füreinander zu geben. Verantwortete Freiheit wird gerade dort Wirklichkeit, wo Menschen geben, ohne geben zu müssen. Wo Menschen sich beispielsweise ehrenamtlich um Flüchtlinge kümmern, Schwerstkranken und Sterbenden durch ihr Engagement auf Palliativstationen ein würdevolles Sterben ermöglichen oder sich als Wertebotschafter an Schulen für die Stärkung unserer Demokratie einsetzen.

Hier wird deutlich, dass Solidarität weit mehr umfasst als das, was wir in Gesetze gießen können. Und selbst die staatlich geschaffenen Strukturen der Solidarität sind auf die freie Zustimmung der Bürger und Bürgerinnen angewiesen: Sie können die Freiheit des Menschen nicht ersetzen. Der Staat kann also durch Gesetze und Institutionen Ansprüche auf bestimmte Leistungen festschreiben, ihre Finanzierung durch das Gemeinwesen regeln und für eine faire und transparente Verteilung von Sozialleistungen sorgen. Er kann aber nicht aus sich selbst heraus das notwendige Minimum an Gemeinwohlorientierung gewährleisten. *Demokratie braucht Tugenden* – so der Titel eines Gemeinsamen Wortes der EKD und der DBK (2006), die darin formulieren:

„In einem freiheitlichen Gemeinwesen können die Institutionen den Akteuren die Verantwortung für das Gemeinwohl nicht abnehmen. Die Demokratie rechnet mit einer auf die demokratischen Institutionen ausgerichteten Ethik des politischen Handelns.“

Die Ethik politischen Handelns – und damit ist jedes Handeln eines Gemeinwesens gemeint – kann der Staat nicht erzeugen. Die Entscheidung, solidarisch sein zu wollen, vermag er nicht für seine Bürger zu treffen. Solidarität ist auf der persönlichen, individuellen Ebene eine Tugend, zu deren Kultivierung und Einübung auch persönliche Glaubensüberzeugungen einen entscheidenden Beitrag leisten können.

Politischer Ausdruck von Solidarität sind beispielsweise die sozialen Sicherungssysteme, das heißt die gesetzlichen Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherungen. Durch sie werden gemeinschaftlich jene Risiken abgesichert, die der Einzelne unmöglich alleine zu tragen vermag. Der Beitrag,

den der Einzelne hier zahlt, ist nicht abhängig vom persönlichen Risiko. Wer sich auf die Solidarität anderer verlässt, ist auch selbst in der Pflicht, Solidarität zu üben. Dieses System „demografiefest“ zu machen, ist eine der großen sozialpolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Solidarität ist heute zudem mehr denn je eine globale Frage. Hilfe und Unterstützung für Arme wird nicht durch den Markt reguliert, sondern ist auf eine Politik angewiesen, die sich einer globalen Solidarität verpflichtet weiß. Dabei kommt es darauf an, Menschen nicht einfach auf ihre Bedürftigkeit zu reduzieren und sie zu einer bloßen Versorgungsfrage zu machen. Entscheidend ist vielmehr, wie wir – und hier müssen wir Solidarität, Subsidiarität und Personalität zusammendenken – Hilfe nicht paternalistisch von oben herab zuteilen, sondern Strukturen schaffen, die Menschen dazu befähigen, sich selbst zu helfen.

Subsidiarität: Hilfe zur Selbsthilfe

„Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität.“ (Ludwigshafener Grundsatzprogramm, 1978)

Die Leitidee der Subsidiarität betrifft die Zuordnung von Zuständigkeiten und Aufgaben. [...] Der lateinische Begriff *subsidium* (Hilfestellung) deutet an, worum es geht: Kleinere Einheiten – der Einzelne, die Familie, gesellschaftliche Gruppen und Organisationen – sind grundsätzlich zunächst in ihrer Kompetenz und ihrer Selbstbestimmung zu achten. Übergeordnete Einheiten sollen erst dann durch Hilfestellungen tätig werden, wenn die Funktionsweise kleinerer Einheiten nicht mehr gewährleistet ist. Dabei muss es wirklich um Hilfeleistung und nicht etwa um die langfristige Umverteilung von

Kompetenzen gehen. Der Mensch steht als sich selbst aufgegebenes, freies und verantwortliches Wesen dabei im Mittelpunkt. Subsidiarität bedeutet, die Selbstentfaltung und Selbstverantwortung des Einzelnen nicht durch Bevormundung außer Kraft zu setzen, sondern im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe zu unterstützen. Sie beinhaltet auch, dass der Staat nicht im Sinne eines Rundum-Wohlfühlpaketes sich grundsätzlich um alles kümmert. Insofern drückt Subsidiarität auch eine Beschränkung staatlicher Zuständigkeit aus. Damit ist ein Schutzanspruch des Einzelnen gegenüber dem Staat ausgesagt. So sind für die Erziehung von Kindern beispielsweise primär die Eltern und nicht grundsätzlich der Staat zuständig. [...]

Maßgeblich für das Verständnis von Subsidiarität ist bis heute die Enzyklika *Quadragesima anno* (1931) von Pius XI., die wie folgt erläutert:

„[W]ie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es überaus nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung. Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen. Angelegenheiten von untergeordneter Bedeutung, die nur zur Abhaltung von wichtigeren Aufgaben führen müßten, soll die Staatsgewalt also den kleineren Gemeinwesen überlassen. Sie selbst steht dadurch nur um so freier, stärker und schlagfertiger da für diejenigen Aufgaben, die in ihre ausschließliche

Zuständigkeit fallen, weil sie allein ihnen gewachsen ist [...].“

Vier entscheidende Aspekte kommen hier zur Sprache:

- Jede Gesellschaftstätigkeit ist ihrem Wesen nach subsidiär, das heißt eine Hilfestellung im Dienst des einzelnen Menschen. Die Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung muss sich also am Wohl der Person orientieren, weil er Träger, Maßstab und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen ist. Damit knüpft das Subsidiaritätsprinzip unmittelbar an die Idee der Personalität an: Der Mensch ist frei und somit eigenverantwortlich. Ihm zu entreißen, was er aus eigener Kraft zu leisten vermag, verletzt seine Würde.
- Der Mensch ist frei, aber nicht autark, sondern ist auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen. Hier zeigt sich, dass Subsidiarität und Solidarität zusammengehören. Einerseits ist die Gemeinschaft in der Pflicht, Hilfe anzubieten, zugleich darf sie sich nicht einfach Kompetenzen anmaßen.
- Das Hilfestellungsangebot richtet sich von oben nach unten: Das je größere Sozialgebilde steht im Dienst des jeweils untergeordneten Sozialgebildes.
- Gleiches gilt für die Anmaßung von Kompetenzen: Dem je größeren Sozialgebilde ist es untersagt, dem je kleineren Aufgaben zu entziehen, die diese aus eigener Kraft bewältigen können.

Man könnte auch sagen: So viel Kompetenz für die kleinere Sozialeinheit wie möglich, so viel Kompetenz für die jeweils größere Einheit wie notwendig. Wo sich Konflikte im Hinblick auf die Zuordnung von Kompetenzen

auftun, ist immer zu fragen, was dem Wohl der Person am ehesten entspricht. Doch was bedeutet dies konkret?

Für die Sozialpolitik etwa bedeutet Subsidiarität im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe, dass es nicht nur darum geht, Menschen die Überbrückung akuter Notlagen (beispielsweise Arbeitslosigkeit) durch Transferleistungen zu ermöglichen, sondern auch an den Umständen anzusetzen, die solche Notlagen verursachen. Im Hinblick auf die Familienpolitik bedeutet Subsidiarität, das soziale Gebilde der Familie zu achten, zu stärken und ihr zu ermöglichen, ihre ureigene gesellschaftliche Funktion der Verantwortung und gegenseitigen Solidarität wahrzunehmen. Subsidiarität hat darüber hinaus eine zentrale Bedeutung für die Gestaltung internationaler Politik: Zu denken ist dabei etwa an die zahlreichen gewaltsamen Konflikte, für die es eine internationale Friedensordnung braucht, die die strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit ermöglicht. Entwicklungspolitik, die die Not armer Länder im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe wirksam bekämpfen will, muss ebenfalls subsidiär ansetzen und sowohl die politischen Rahmenbedingungen der betroffenen Länder als auch die globale Wirtschaftsordnung in den Blick nehmen. Dies gilt in ähnlicher Weise für eine zielführende Menschenrechtspolitik: Sie muss im Sinne der Subsidiarität ebenso die internationale wie auch die nationale Ebene integrieren.

Religion und Politik, Wahrheit und Interessen, Werte und Entscheidungen

Norbert Lammert 2010 in einem Beitrag zum
Ökumenischen Kirchentag

In seinem Beitrag schreibt der frühere Bundestagspräsident Norbert Lammert über Religion als unverzichtbare Quelle von Werten für unsere Gesellschaft und die Politik. Gerade für die CDU, die das „C“ im Namen trage, sei ein enger, auch durchaus kritischer Austausch mit der Kirche wichtig. Denn viele große Fragen seien im Kern religiöse Fragen. Das Spannungsfeld, das sich zwischen Kirche und Politik ergeben könne, müsse akzeptiert und ausgehalten werden.

Quelle:

Norbert Lammert: Religion und Politik, Wahrheit und Interessen, Werte und Entscheidungen, in: Hans-Gert Pöttering (Hrsg.): Damit ihr Hoffnung habt – Politik im Zeichen des „C“, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin/Berlin 2010, S.19–22.

„Seid immer bereit zu antworten, wenn euch jemand nach einer Erklärung für eure Hoffnung fragt. Aber tut es taktvoll und in Verantwortung vor Gott, als Leute, die ein gutes Gewissen haben.“ Dieser Rat aus dem 1. Brief des Petrus scheint mir auch eine Richtschnur für den Umgang christlicher Politiker mit ihrem Glauben zu sein. Denn das Verhältnis von Religion und Politik wird nicht nur von einigen Gemeinsamkeiten, sondern auch von Unterschieden geprägt.

Die Politik handelt von Interessen, die im strengen Wortsinn nicht wahrheitsfähig sind, der Glaube handelt von Wahrheiten, die nicht abstimmungsfähig sind. Politik ist etwas anderes als Religion und gewiss nicht die schlichte Verlängerung von Religion mit anderen Mitteln. Deshalb ist die Politisierung religiöser Überzeugungen ebenso sorgfältig zu vermeiden wie die theologische Überhöhung politischer Positionen.

Zweifellos sind christliche Werte eine ganz wesentliche Quelle jener gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen unserer Gesellschaft, ohne die auch die Regeln dieser Gesellschaft und ihre gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf Dauer keinen Bestand hätten. Ohne unser geistig-religiöses Erbe wären „Wert und Würde des Menschen als eine universell gültige Idee des Rechts“ (Kardinal Ratzinger) weder im Grundgesetz noch in der Grundrechtscharta der Europäischen Union kodifiziert worden. Die Religion ist nicht die einzige, aber wohl eine unverzichtbare Quelle von Werten in einer Gesellschaft, von Überzeugungen, die über die eigene Person hinaus Geltung beanspruchen. Dies muss ganz grundsätzlich auch für die Politik gelten. Politik ohne ein festes Fundament von Überzeugungen, aus denen heraus sich ein Gestaltungsanspruch herleiten lässt, ohne verbindliche

Orientierung also, ist die Selbstinszenierung von Macht.

Dieses Fundament von Überzeugungen und Werten bedarf freilich stetiger Pflege. Wie der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Marx, zu Recht festgestellt hat, gehört zu einer Politik, die das Adjektiv christlich für sich in Anspruch nimmt, die enge Beziehung zu den Kirchen und der intensive Dialog mit ihren Repräsentanten. Dabei sollte die Auseinandersetzung durchaus auch kritisch sein dürfen und auch von den Vertretern der Kirchen wie der Parteien gesucht werden. Mein Verständnis von der Rolle der Kirchen in einer modernen Welt und schon gar in einer demokratisch verfassten Gesellschaft ist nicht der Rückzug ins Spirituelle. Die Kirchen sollen ihre Botschaften einbringen in die Geschäftigkeit der Gesellschaft. Das muss knirschen – nicht ständig, aber es muss knirschen dürfen, auch und gerade innerhalb einer Partei, die das „C“ im Namen trägt. Damit war übrigens nie gemeint, dass die Partei die Glaubensdogmatik der Kirchen in Politik zu übersetzen hat. Das Wort „Christlich“ stellt vielmehr einen Bezug auf Werte und Normen dar, die sich auch vernunftrechtlich begründen lassen und nicht exklusiv christlich sind – der Schutz der Menschenwürde, die Menschenrechte, der Schutz von Ehe und Familie.

Auch heute sind die wirklich großen Fragen – jedem vordergründigen Eindruck zum Trotz – im Kern religiöse Fragen: Die Frage nach Leben und Tod, nach Gut und Böse, nach Schuld und Vergebung, nach Freiheit und Verantwortung, nach Frieden und Völkerverständigung. Sie sind in der säkularisierten Gesellschaft freilich von den Kirchen ebenso wenig alleine zu beantworten wie von den Regierungen oder Parlamenten. Die Politik handelt nur in ganz seltenen Fällen

von den letzten Dingen des Lebens, und die „vorletzten“ Angelegenheiten der Welt sind nicht das typische Aufgabenfeld der Kirchen, die sich gleichwohl in die Welt und ihre Probleme einmischen müssen, wenn sie die Menschen und ihren Auftrag ernst nehmen wollen. Aber die letzten wie die vorletzten Dinge müssen, wenn sie denn zur politischen Entscheidung vorliegen, in Parlamenten entschieden werden, in demokratischen Entscheidungsprozessen, an denen sich politisch engagierte Christen in persönlicher Verantwortung beteiligen. Wir haben gerade in der jüngeren Vergangenheit Erfahrungen gemacht, dass dieses Spannungsverhältnis nicht nur eine Herausforderung theoretischer Art ist, sondern eine sehr konkrete. Die Diskussion um die Beratung von Schwangeren im Zusammenhang mit dem Paragraphen 218 Strafgesetzbuch, die zu erheblichen Konflikten zwischen der katholischen Kirche und politisch engagierten Katholiken geführt hat, zeigt dies ebenso nachdrücklich wie das Ringen um ethisch vertretbare Nutzungen der modernen Gentechnologie.

Es hat in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder politische Fragen gegeben, in denen katholische Laien zu amtskirchlichen Vorgaben auf Abstand gegangen sind und amtskirchliche Forderungen als „Grenzüberschreitungen“ zurückgewiesen wurden. Zwischen kirchlicher Verkündigung, die aus christlicher Sicht ethische Grundfragen des Politischen anspricht, und der Autonomie politisch handelnder Laien (wie sie das apostolische Schreiben „Christifideles Laici“ von Papst Johannes Paul II. deutlich angesprochen und erkannt hatte), die in eigener Verantwortung und Sachkompetenz politische Entscheidungen treffen müssen, besteht ein Spannungsfeld, das zu akzeptieren und auszuhalten es gilt, wie jüngst zum Beispiel die Diskussion um die Bewertung des Einsatzes

der Bundeswehr in Afghanistan durch die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands gezeigt hat.

Für Christen bleibt indes Politik immer auch etwas Vorläufiges und Relatives. Christliche Politiker werden, bei allem notwendigen „Streben nach Macht als unvermeidlichem Mittel“, wie Max Weber zutreffend schrieb, immer auch eine letzte Distanz zu ihr wahren. Politik aus christlichem Engagement wird nie „die Macht lediglich um ihrer Selbstwillen, ohne inhaltlichen Zweck“ (Max Weber) anstreben. Politische Ideologien mit umfassendem Weltanschauungscharakter und eben solchen Erlösungsansprüchen weist das christliche Menschenbild zurück, denn es kennt die grundsätzliche Anfälligkeit des Menschen gegenüber moralischen und sachlichen Irrtümern.

Für den christlichen Politiker, der in der aufgeklärten Religion lebt und zugleich dem Gemeinwesen dient, ist die lebendige kulturelle Verbindlichkeit des christlichen Menschenbildes in der heutigen Gesellschaft alles andere als erschöpft. Es geht hierbei nicht etwa allein um die besondere Verantwortung für die Grundwerte des freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaates, es geht vor allem darum, den öffentlichen Diskurs offen zu halten für die Fragen, die den grundlegenden Stellungnahmen zu unserem Leben vorausliegen und die der Staat ebenso wenig beantworten kann, wie sie durch Mehrheitsentscheidungen beantwortet werden können. Für diese Fragen ist es gewiss notwendig, in Staat und Politik ein Bewusstsein dafür zu erhalten, dass moralische Letztbegründung und die Grundorientierungen für unser Leben, unsere Ethik, nicht in letzter Instanz allein durch gesellschaftliche Übereinkunft begründet werden können. Dieses „Offenhalten“ fundamentaler Fragen

ist im Übrigen auch ein Garant dafür, dass sich das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft und der Staat selbst weiterentwickeln; die richtige Balance zwischen Freiheit und Ordnung muss in modernen Gesellschaften immer wieder neu „vermessen“ werden.

Dass wir heute weltweit Formen der Wiederbelebung der Religion erleben, die auch Anlass zu großer Besorgnis geben, muss nicht näher erläutert werden. Aber es bestätigt zugleich die überragende Relevanz von Religion. Aufgeklärte Religionen als herausragende Vermittler ethischer Standards – wer anders als sie könnte für Prinzipien wie Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, Gewaltlosigkeit oder Gleichberechtigung im eigentlichen Sinne des Wortes „glaubhaft“ eintreten? Wenn diese nicht von Religionen vermittelt werden, ist die Wahrscheinlichkeit überschaubar gering, dass sie überhaupt dauerhaft vermittelt werden können. Je eher es gelingt, solche Orientierungen zu finden, desto besser.

Die Wahrung des je Besonderen und die Wahrnehmung des Gemeinsamen ist daher der angemessene Weg zu einem aufgeklärten Verhältnis von Politik und Glaube, Parteien und Kirchen, und zu einer Politik im Zeichen des „C“, die Hoffnung macht. Immer wieder vom Scheitern bedroht und immer wieder von Neuem gefordert.

Wirtschaftlicher Liberalismus und Staatsgedanke

Wilhelm Röpkes Essay aus dem Jahr 1923

Als Vertreter des klassischen Neoliberalismus gehörte Wilhelm Röpke zu den Vordenkern der Sozialen Marktwirtschaft. In diesem Essay von 1923 skizziert Röpke einen konservativen Liberalismus, der nicht gegen den Staat, sondern gemeinsam mit ihm im Interesse des Gemeinwohls die wirtschaftliche Freiheit gegen egoistische Partikularinteressen verteidigen soll. Das Ziel ist aus seiner Sicht die Förderung eines liberalen Staatsgedankens nach britischem Vorbild. Damit nimmt Röpke in diesem Text den späteren an Freiheit und Ordnung orientierten Liberalismus der CDU vorweg.

Quelle:

Wilhelm Röpke: Wirtschaftlicher Liberalismus und Staatsgedanke (1923), in: Wilhelm Röpke: Gegen die Brandung. Zeugnisse eines Gelehrtenlebens unserer Zeit. Gesammelt und herausgegeben von Albert Hunold, 2. Aufl., Erlenbach-Zürich 1959, S. 42–46.

Geängstet und täglich aufs neue durch immer größere Verwirrung des volkswirtschaftlichen Gefüges alarmiert, schauen wir nach rettenden Ideen wie nach festen Ufern aus, weil wir erkennen, daß kein „System“, keine mechanische „Organisation“, kurzum nicht das Technische, das Heil verbürgt, sondern allein das Wollen und Vollbringen der Menschen, der Geist, der die Gemeinschaft durchweht. Aber wohin man auch den Blick schweifen läßt, fast überall findet man entmutigende Leere, Gedankenarmut und soziale Willensschwäche. Nichts Schmerzlicheres aber gibt es als die fast schon sichere Gewißheit, daß der Gedanke des wirtschaftlichen Liberalismus zwar nicht tot ist, aber doch eine so geringe praktische Wirksamkeit entfaltet, daß aus ihm unmittelbar keine Hoffnung zu quellen scheint. Jede politische Partei in Deutschland hat – soweit sie nicht wie die sozialistische bereits auf den Antiliberalismus eingeschworen ist – in irgendeiner Weise mit dem System der Staatseinmischung ihr Kompromiß geschlossen, teils aus innerster Überzeugung, teils um der noch immer nicht verebhten antiliberalen Volksströmung zu schmeicheln.

Neun Jahre sind nun vergangen, seit das Moratorium der freien Wirtschaft verkündet wurde, und diese neun Jahre haben genügt, die Absurdität des Gedankens durch Experiment zu beweisen, daß man mechanische Schematisierung, bürokratisches Gebot und monopolistisches Diktat an die Stelle des organischen Gebildes setzen könne, das wir „Volkswirtschaft“ oder – im prägnantesten Wortsinne – „Markt“ nennen, an die Stelle jener wirtschaftlichen Demokratie, von der es heißt, daß in ihr „jeder Penny einen Stimmzettel bedeutet“. Es würde umfangreicher theoretischer Darlegungen bedürfen, um Punkt für Punkt darzutun, daß jeder in diesen Jahren unternommene Versuch, die

wirtschaftlichen Schäden auf antiliberaler, mechanische Weise aus der Welt zu schaffen, mehr Schaden als Nutzen gestiftet und das Unheil so weit vergrößert hat, daß man sich zu immer weiteren Schritten auf der Bahn des „Etatismus“ genötigt glaubte. In der Tat, je mehr man sich in ihn verstrickt, um so weniger kann man sich ihm entwinden; das ist eine der unumstößlichen Entwicklungsformen der etatistischen Epoche geworden, deren Ende der Liberale mit wachsender Ungeduld herbeisehnt.

Aber was ist es denn, was die Stoßkraft des liberalen Gedankens in so augenfälliger Weise lähmt? Ohne Zweifel eine Reihe von Tatsachen, geschichtlich-soziologischen Notwendigkeiten und allgemein-politischen Faktoren, die abzuändern nicht in der Macht des einzelnen steht, ja die auch dem prinzipienfestesten Liberalen zuzeiten eine schwache Stunde bereiten können. Es sei nur daran erinnert, daß der Typus des freien industriellen und kommerziellen Unternehmers bereits lange vor dem Kriege von den zermalmenden Rädern des industriellen Monopolismus erfaßt worden war, daß aber heute diese Zerreibung des freien Unternehmertyps unter der Herrschaft des staatlich konzessionierten und begünstigten Monopolismus der Kriegs- und Übergangswirtschaft immer weitere Fortschritte bis zur fast völligen Vernichtung freien Unternehmerwillens gemacht hat. Die strategische Schwäche der liberalen Position hat aber noch zwei weitere wichtige Gründe, einen mehr äußerlichen und einen den innersten Kern betreffenden. Ist es, so fragen wir erstlich, nicht so, daß wir heute fortdauernd in der fieberhaften Spannung des Alarms leben, die jähe wirtschaftliche Entschlüsse, ja geradezu wirtschaftspolitische Affekthandlungen auslöst? Diese Atmosphäre aber ist Stickluft für den

wirtschaftlichen Liberalismus, der eine Reife der Entschließungen, eine über den Augenblick und über robuste Einzelinteressen hinausgehende Komplexität der Anschauung voraussetzt, die heute, wo jeder mit den Zähnen das Seine verteidigt und der Staat in ohnmächtiger Dekretiersucht Augenblicksentscheidungen trifft, keineswegs erwartet werden dürfen. Der Lärm der Waffen bringt nicht nur die Musen, sondern auch Hermes zum Schweigen. Dieser Interimszeit gegenüber mag sich der Liberale mit der festen Zuversicht verhalten, daß die Zeit klarer Überlegung und ökonomischer Ratio wiederkommen wird. Viel schlimmer aber steht es mit der inneren Schwäche seiner Position. Diese soll hier noch gesondert untersucht werden.

Jede gesellschaftliche Strömung muß sich auf lange Zeit von der Öffentlichkeit nach ihrem Extrem behandeln und beurteilen lassen. Das haben der Konservatismus und der Sozialismus sowohl wie der Liberalismus erfahren müssen. Die Anschauung, daß der Liberalismus den Staat auf seine „Nachtwächterfunktionen“ beschränken wolle, ist heute noch so weit verbreitet, daß „wirtschaftlicher Liberalismus“ noch immer fast wie eine Brandmarkung aufgefaßt wird. In diesem Sinne wird der Liberalismus auch heute noch fast gleichgesetzt der Fossilität jenes italienischen Ministers, der in den sechziger Jahren sogar das Banknotenmonopol als Todsünde wider den heiligen Geist des Liberalismus verurteilte. Fast noch schlimmer ist der Makel sozialpolitischer Sterilität des Liberalismus, der „Liberalismus“ und „Manchestertum“ in den Augen der Ununterrichteten nahezu zu gleichbedeutenden Begriffen werden ließ. Wenn der heutige Liberalismus seine geschichtliche Aufgabe recht erkennt, so müßte er mit aller Überzeugungskraft, die ihm innewohnt,

sich von jenem Verdacht in der einen und in der anderen Richtung reinigen, ja er müßte sich an die Spitze eines Kampfes stellen, bei dem ihn der Unverstand auf der Gegenseite suchen würde: des Kampfes für den Staatsgedanken und gegen die Unfreiheit, in der der privatwirtschaftliche Monopolismus – unterstützt von einem schattenhaften Staate – die Wirtschaft hält.

Das scheint eine höchst widerspruchsvolle und den Liberalismus in sich selbst verneinende Forderung zu sein, ist es aber keineswegs. Selbstverständlich würde der Liberalismus sich selbst untreu werden, wenn er in seinem Kampfe gegen die Versuche des Staates, mit plumper Hand in die Eigengesetzlichkeit des Marktes einzugreifen, auch nur einen Augenblick erlahmen wollte. Aber wer Ärger über bürokratische Schikane und Verdruß über Gewinneinbuße, die der Staat zufügt, bereits für Liberalismus hält, verkennt dessen Wesen in unbegreiflicher Weise. Der Liberalismus muß sich stets auf das Ganze, ohne Berücksichtigung von nicht schutzwürdigen Einzelinteressen, richten, und weil das von ihm vertretene Prinzip des freien Güteraustausches im Binnen- und Außenverkehr staats- und gesellschaftserhaltend ist, muß er selbst staats- und gesellschaftserhaltend, das heißt konservativ im besten Sinne, sein. Dieses Prinzip hat er nach beiden Richtungen hin zu verteidigen, gegen den Staat sowohl wie gegen parasitäre Satrapie in der Privatwirtschaft. Aber diese Kampfstellung gegenüber dem Staate kann niemals eine staatsfeindliche sein, weil ja der Staat die Verkörperung des über den Gruppeninteressen stehenden Gemeinwohls ist, zum mindesten sein soll. Gerade darum muß der Liberale überall dort als Streiter in die erste Linie eintreten, wo der Staat in seiner Schwäche oder in seiner Einsichtslosigkeit vor der Privatwirtschaft kapituliert. Der

Kenner der nationalökonomischen Theorien weiß, daß gerade das Eingreifen des Staates in den organischen wirtschaftlichen Prozeß in vielen Fällen auf eine Förderung von solchen Sonderinteressen hinausläuft, die diese Förderung gerade am wenigsten verdient hätten. Schutzzölle, Verbilligungsaktionen und Außenhandelskontrolle sind die bekanntesten Beispiele eines solchen „Funktionswandels“. Wer die Inflation als den größten Feind wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit erkannt hat, muß gerade als Liberaler am lautesten und eindringlichsten dem Staate das Recht zuerkennen und – was heute fast wichtiger geworden ist – auch die Pflicht auferlegen, alle Anstrengungen zur Beseitigung des Budgetdefizits – des Wurmes, der im Kerne unserer Wirtschaft sitzt – auf dem Wege regulärer Besteuerung und rigoroser Beschneidung der Ausgaben zu unternehmen. So muß der Liberale in jedem Augenblick bestrebt sein, dem Staate zu geben, was des Staates ist. Wer sollte denn sonst heute noch Hüter des von allen Seiten unterhöhlten Staatsgedankens sein, wenn nicht – so absurd es klingt – der Liberale? Wer außer ihm soll ihn verfechten gegen die monopolistische Großwirtschaft, den organisierten Grundbesitz und die straff zusammengeschlossene Arbeiterschaft? Daß diese Stellungnahme dem Wesen des Liberalismus gemäß ist, zeigt das Beispiel Englands, wo sich Liberalismus, Gemein-sinn, Loyalität gegenüber den Gesetzen des Staates und jüngst wieder erprobter Steuerheroismus in vorbildlicher Weise vereinen – ganz im Gegensatz zu Frankreich, wo der Liberalismus viel mehr das häßliche Antlitz einer Religion privaten Gewinnstrebens zeigt. Dem englischen Vorbild nachzueifern und sich zum Hüter und Förderer eines von antiliberalen Verirrungen gereinigten Staatsgedankens aufzuwerfen sei die geschichtliche Mission des Liberalismus im heutigen

Deutschland. Möge ein gütiges Geschick ihn davor bewahren, durch das laute Geschrei von Literaten beirrt zu werden, die uns weismachen wollen, daß der Liberalismus eine dem Deutschen nicht angemessene Denkweise sei und dem „staatslosen“ Engländer (!) überlassen bleiben müsse, und die mit leeren Begriffen wie „Individualismus“ und „Universalismus“ vor unseren Augen ein verführerisches Gaukelspiel treiben.

Soziale Marktwirtschaft

Ludwig Erhard im Zonenausschuss der CDU der britischen Zone am 25. Februar 1949 in Königswinter

Ludwig Erhard ist es zu verdanken, dass die auf dem Ordo- beziehungsweise Neoliberalismus beruhende Idee der Sozialen Marktwirtschaft in ein überzeugendes Wirtschaftsprogramm überführt wurde. Mit diesem Programm wurden CDU und CSU 1949 bei der ersten Bundestagswahl stärkste Fraktion. Vorher musste Erhard jedoch, unterstützt von Konrad Adenauer, die CDU in ihrer Gesamtheit von der Richtigkeit seines liberalen Ansatzes überzeugen. Im CDU-Ausschuss der britischen Besatzungszone warb er im Februar 1949 für die Soziale Marktwirtschaft als dem einzigen Weg zur Freiheit und zur „Gesundung der Wirtschaft“.

Quelle:

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Nachlass Bruno Dörpinghaus, 01-009-004/1.

[...] Ich möchte die historische Betrachtung ganz bestimmt nicht als Selbstzweck begreifen, ich möchte diese Darlegungen über die Entwicklung, was augenblicklich geschieht, eigentlich dazu benutzen, um gewisse Erkenntnisse programmatischer Art dabei gleichzeitig herauszuarbeiten, um darzutun, daß die lange verstaubte Methode der Planwirtschaft in all ihren Formen uns an der Gesundung gehindert hat und daß tatsächlich das Heil nur kommen kann aus der größeren Freiheit und der Freizügigkeit der Menschen.

Es ist hier schon in den Vorreferaten deutlich zum Ausdruck gekommen, daß bei einer Partei wie der CDU selbstverständlich die Freiheit und die Würde der Persönlichkeit im Vordergrund stehen müssen und daß sich allein aus dieser Überzeugung hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Betätigung ganz bestimmte Forderungen ergeben.

Sie wissen, daß es uns in der Zwischenzeit gegen alle düsteren Prophezeiungen, gegen alle Verleumdungen und Anprangerungen doch gelungen ist, mit organischen Mitteln mindestens jetzt einmal eine Stabilisierung und Beruhigung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse zu erreichen. Sie wissen, daß ich das immer vorhergesagt habe und deshalb verhöhnt und verspottet worden bin. Ich habe gesagt, es handelt sich nicht um Störungen aus der Wirtschaft heraus, sondern um Störungen, die von außen hereingetragen werden in die Währungsreform.

Wenn es gelingt – ich war und bin der Auffassung, daß es gelingt –, dieses Übermaß an Kaufkraft, das das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage gesprengt hat, zu neutralisieren, dann finden wir zu den gesunden Grundlagen unserer Wirtschaft zurück. Wir haben es erreicht einmal dadurch, daß

wir die Kaufkraft – die in freier Verfügung des einzelnen nicht mehr gebunden und gekettet an Bezugsrecht und Bezugsschein ist – in kürzester Frist auf die ganze Breite der Volkswirtschaft verteilt haben. Wir haben damit gleichzeitig erreicht, daß die angesichts des vorliegenden Kapitalmangels drohende Arbeitslosigkeit im Kapitalgütersektor vermieden werden konnte, ein Erfolg, der nicht gesehen wird oder nicht genügend gewürdigt worden ist, den wir heute vielleicht besser sehen, weil sich nach dieser Richtung mindestens Gefahren abzeichnen, und es uns weiter gelungen ist, auf Grund dieser Breitensteuerung durch die Umwandlung der Kaufkraft von der ursprünglichen Form des Konsumentengeldes zum Produzentengeld diese Kaufkraft an die Unternehmer zu binden. Um das durchzuführen, mußte der Betriebsmittelbedarf kräftig ansteigen. Deshalb mußte alle Energie geweckt werden, um unsere Wirtschaft zu hoher Leistung zu entfachen. [...]

Eine gesunde Wirtschaft, die wirklich die Freizügigkeit des Menschen wahrt und die nicht schon in den Anfängen wieder den Keim neuer Störungen und neuen Unglücks legen soll, kann auf das Medium der freien Preisbildung unmöglich verzichten.

Sicher, wenn die Preise ansteigen durch irgendeine Bewegung nach oben oder nach unten, muß man sagen, daß in unserer Wirtschaft irgendwelche Dinge einen unerwünschten Verlauf nehmen. Dann ist selbstverständlich die Stunde des Eingreifens gekommen. Aber damit fällt jetzt die große Entscheidung. Meiner Ansicht nach ist sie gekommen, um die ökonomischen Daten zu verändern, um in der Beeinflussung der Produktion oder auch in der Beeinflussung des Verbrauchers, meinetwegen auch in der subjektiven und psychologischen Beeinflussung

des Verbrauchers, Wandlungen herbeizuführen. Aber es ist völlig abwegig und vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus primitiv, anzunehmen, daß man durch einen Verwaltungsakt der Behörde und durch eine Preisfestsetzung die Dinge gesunden lassen kann. Es ist das genau so, als wenn man vom Dampfkessel das Manometer abmacht und sich nun der Illusion hingibt, jetzt kann der Kessel nicht mehr explodieren, oder wenn der Arzt dem Fieberkranken durch ein Gewaltmittel das Fieber herunterdrückt und dann glaubt, er hätte damit auch den Krankheitsprozeß beseitigt. Das ist die Kur an den Symptomen, und die wäre der Anfang des Übels.

Die Folge des Zwanges ist der Preiskommissar, vom Preiskommissar geht es zur Diktatur und Tyrannei und zur Aufhebung jeder Freizügigkeit in der Wirtschaft überhaupt. Das möchte ich ganz klar herausstellen.

Es gibt zwei Arten von Preispolitik. Die erste ist die planwirtschaftliche Preispolitik, die äußerlich und formal mit einem Federstrich im Verwaltungsakt die Dinge ordnet. Der zweite Weg, den wir beschritten haben, ist die organische Preispolitik, die die ökonomischen Verhältnisse ändert und auf dem Umweg wirtschaftlicher Mittel – und dies im weitesten Sinne verstanden, und zwar in der Geld-, Kredit-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik – die Dinge zu ordnen versucht durch die Veränderung der Größenordnungen. Das ist scheinbar das gleiche und doch ein entscheidender Unterschied.

Durch die mechanische Ordnung wird die Ware vom Markt verdrängt, erhält sie unerschwingliche Preise auf dem Schwarzen Markt und scheidet damit für einen sozialen Konsum aus. Beim zweiten Weg, den

wir gegangen sind, drängt die Ware zum Markt, löst den Wettbewerb aus, verbessert die Leistungen in qualitativer, quantitativer und preislicher Hinsicht und dient somit im wahrsten Sinne des Wortes der sozialen Wohlfahrt.

Deshalb ist es wohl berechtigt und hat seinen guten Sinn, wenn wir die Form der Marktwirtschaft, die uns vorschwebt und die nichts mehr zu tun hat mit einem Liberalismus vorsintflutlicher Prägung, mit Recht als die soziale Marktwirtschaft bezeichnen und als solche mit aller Deutlichkeit herausstellen.

Nachdem uns also diese Konsolidierung gelungen ist und nachdem sich ein gewisser Umbruch vollzogen hat schon im Dezember, der sich jetzt wachsend durchsetzt, jetzt fängt die gegenteilige Kritik an und malt den Teufel an die Wand, macht in Depression und spricht von einem deflationistischen Prozeß, der zur Arbeitslosigkeit treibe, wenn man nicht sofort wieder der Planwirtschaft zum Siege ver helfe. [...]

Während es im zweiten Halbjahr 1948 so schien, als ob viele Elemente in der Unternehmerschaft völlig verlorengegangen wären, sehe ich jetzt geradezu mit Entzücken, wie diese Kräfte wieder lebendig werden und sich rühren. Es ist verständlich, solange es schien, daß jede Ware zu jedem Preis absetzbar war, kann ich von dem einzelnen, wenn ich ihm nicht befehle, nicht erwarten, daß der Wettbewerb sich belebt.

Heute aber, wo wieder das Gleichgewicht hergestellt worden ist, wo Nachfrage und Angebot nicht mehr beziehungslose Elemente sind, sondern miteinander verkoppelt und verbunden wie die Siamesischen Zwillinge, kehren sich die Verhältnisse um. Jetzt muß

die Ware ihren Käufer suchen, jetzt drängt sie zum Markt. Deshalb das Bestreben des Unternehmers, die Ware billiger werden zu lassen, um für sich die sichere Position am Markte zu bekommen, die ihm die wirtschaftliche Existenz gewährleistet.

Alles, was sich im Augenblick abspielt, ist lebendiges Zeugnis dieser Wahrheit, die nicht außer Kraft gesetzt werden kann. Wir müssen diese sinkenden Tendenzen auch weiter aufrecht erhalten, weil sich Kosteneinsparungen und Preissenkungen mit jeder weiteren Ausweitung unserer Beschäftigung ganz organisch ergeben und wahrscheinlich auch ohne jedes Zutun, ohne wirtschaftspolitische, ohne steuerpolitische und kreditpolitische Eingriffe sich vollziehen werden. [...]

Das ist das Ziel unserer Wirtschaftspolitik und unserer ganzen wirtschaftlichen Tätigkeit, die Relation zwischen Einkommen und Preis, insbesondere zwischen Löhnen und Preisen, so günstig wie immer nur möglich zu gestalten, mit anderen Worten, das Nominal-einkommen gerade der breiten Masse unseres Volkes nach Maßgabe unserer Produktivität mit der höchsten Kaufkraft auszustatten.

Es ist eine völlige Illusion, etwa zu glauben, daß die Planwirtschaft sich von sozialen Aspekten leiten ließe und daß dieses Prädikat „sozial“ der Marktwirtschaft nicht zukomme. Gerade das Gegenteil ist der Fall, und die Wahrheit beruht im Gegenteil. Die Planwirtschaft ist das Unsozialste, was es überhaupt gibt, und nur die Marktwirtschaft ist sozial. Abgesehen davon, daß die Dinge sich rechnerisch feststellen lassen, daß der Nachweis erbracht werden kann, daß der Anteil von Lohn und Gehalt am Fertigprodukt in der Marktwirtschaft immer höher ist als in der Planwirtschaft und daß die Planwirtschaft der Diktatur und Sklaverei immer

mehr abnimmt an Volkseinkommen, ist diese Wahrheit auch noch anders zu begründen.

Jede Planwirtschaft beruht auf der Vorstellung, daß irgendeine Behörde so weise sein kann und daß sie einen so großen Apparat hat mit Statistiken usw., daß es möglich ist, besser als das Volk selbst zu entscheiden, was dem Volke frommt. Auf Grund solcher Überlegungen muß dann notwendigerweise ein vorgefaßter Produktionsplan entstehen. Der Produktionsplan kann nur so entstehen, daß die Behörde sich einbildet, annehmen zu können, der durchschnittliche Mensch will soundsoviel sparen und soundsoviel verbrauchen, und für den Normalverbraucher wird gewissermaßen eine optimale Verbrauchsregelung konstruiert. Und diese wird mit 45 Millionen multipliziert, und dann bildet sich die Planwirtschaft ein, daß das der Verbrauch eines Volkes wäre und daß diese Methode die Harmonie der Gesellschaft verbürgen würde.

Was da herauskommt, das ist nicht der soziale Verbrauch eines Volkes, sondern das [ist] vollendeter Unfug im wirtschaftlichen Sinne. Und was auf der soziologischen Ebene herauskommt, ist nicht die Harmonie, sondern das Chaos und die Tyrannei. Wohl oder übel muß die Planwirtschaft sehr bald zur Aufhebung jeder menschlichen Freizügigkeit kommen. Darum muß die freie Berufswahl und die freie Konsumwahl kommen. In der Planwirtschaft muß zunächst der Mensch gezwungen werden durch den kategorischen Imperativ, dann durch Bezugs-scheine und zum Schluß durch brutale Gewalt, das zu fressen, was der Staat ihm zu fressen vorgibt, einmal brutal ausgedrückt.

So schafft man keinen organischen und gesunden Staat, so schafft man zwischen Staat und Volk einen Riß, so reißt man eine

Kluft auf, die unüberbrückbar ist. Damit ist der Staat nicht mehr der inkarnierte Wille des Volkes, sondern er wird zur Zuchtrute des Volkes. Ich kann das nicht oft genug ausdrücken und wiederholen. Wem das Wohl des Volkes am Herzen liegt, darf nicht Planwirtschaft, sondern muß die soziale Marktwirtschaft mit allen Fasern seines Herzens herbeisehnen.

Wenn man die aktuellen Fragen aufzeigen will, so liegt es nahe, auf die Lohnpolitik zu sprechen zu kommen. Ich weiche gerade dem schwierigen Problem nicht aus, weil ich auch hier der Meinung bin, daß die soziale Marktwirtschaft die sozialen Lösungen dazu bereit hält. Ich bin der Meinung, daß noch Reserven in unserer Volkswirtschaft stecken.

Man kann in konsequenter Fortführung unserer jetzigen Wirtschaftspolitik die Preise weiter herunterdrücken, bis eben die günstige Relation zwischen Lohn und Preis hergestellt ist. Das würde sich deshalb empfehlen, weil sinkende Preise unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den fremden Märkten erhöhen. Wenn es uns gelungen ist, von 1947 auf 1948 unseren Export von 190 Millionen Dollar auf 650 Millionen Dollar zu erhöhen, dann stellt das sicher einen wesentlichen Fortschritt dar, was dadurch noch charakterisiert ist, daß der Fertigwarenanteil, der im Jahre 1947 17 % betragen hat, im Dezember 1948 auf 50 % heraufgekommen ist mit der Tendenz, noch weiter diesen Anteil zu erhöhen. Aber 650 Millionen Dollar sind nichts angesichts einer längeren Zielsetzung. Im Rahmen der vorgesehenen Programme stehen wir vor der Aufgabe, bis zum Jahre 1952/53 mindestens einen Export von 2 ½ Milliarden Dollar zu erreichen.

Ich habe die ehrliche Absicht, im Jahre 1949 auf 1,2 Milliarden Dollar zu kommen, also

noch in diesem Jahr eine Verdoppelung zu erreichen. Dabei muß man berücksichtigen, daß bei dem heutigen Preisniveau eine Reihe von Industriezweigen ausfällt. Ich bin hier der Meinung, wer nicht leistungsfähig ist auf dem Weltmarkt unter dem Aspekt einer internationalen Arbeitsleistung, der soll draußen bleiben, sonst vergiftet er die Atmosphäre, und die Behörden haben kein sittliches Recht der Welt gegenüber, durch künstliche Manipulationen und Berechnungen zum Mißbrauch der Währungspolitik nun alles, was nicht auf der Stufe eines internationalen Wettbewerbs steht, dahingehend zu frisieren. Es gibt eine ganze Reihe von Industriezweigen, die bei der heutigen Marktlage nur unter alleräußersten Anstrengungen – oder sie kommen nicht ganz heran – in der Lage sind, zu exportieren. Es würde natürlich eine Erleichterung bedeuten, wenn angesichts der zunehmenden Produktivität und Ausweitung unserer Erzeugung es gelingen könnte, das Preisniveau noch herabzudrücken. Und hier kommt eben die Lohnpolitik als entscheidender Faktor mit hinein.

Vom Standpunkt des Lohnempfängers bedeutet natürlich ein allmähliches Absinken der Preise psychologisch nicht genau das gleiche wie eine einmalige Lohnerhöhung, auch wenn es im Endeffekt hinsichtlich der realen Kaufkraft völlig das gleiche ist. Darum habe ich Verständnis, wenn die Gewerkschaften auf dem Standpunkt stehen: Wir können auf Lohnerhöhungen nicht verzichten, aber dieser Gesichtspunkt muß dabei berücksichtigt werden.

Wir könnten den anderen Weg wählen und das Preisniveau gewissermaßen auf der jetzigen Höhe stabilisieren und die Löhne so heraufsetzen, bis wieder die günstige Relation mit der realen Kaufkraft erreicht ist. Das empfiehlt sich nicht, denn der Lohn

ist nicht in dem Sinne frei wie der Preis in der Bindung an den Tariflohn. Während der Preis jeder Nuancierung im Markte sofort nachgibt und immer unter dem Druck des Wettbewerbs die Tendenz nach unten haben wird, können Sie, wenn Sie das Preisniveau stabilisieren, hinsichtlich der Löhne nicht mit der gleichen Beweglichkeit operieren, ohne nicht dauernd Reibungen zu erzeugen.

Und schließlich kann man den Weg gehen – der sich auch in der Praxis bilden wird –, daß man grundsätzlich die preissenkende Tendenz aufrecht erhält, aber von der Lohnseite gleichzeitig operiert.

Was mir wichtig zu sein scheint, ist das: Ehe man an diese grundsätzlichen Probleme herangeht, soll man erst einmal ein gesundes Lohngefüge in sich selbst schaffen. Durch 12 Jahre Lohnstopp sind die Löhne genau so in Unordnung geraten wie die Preise, und wir müssen hier erst zu einer gesunden Relation kommen. [...]

Wenn ich sage, der Wettbewerb entfaltet sich, dann haben wir dafür deutliche Zeichen. Es wächst die Einsicht, daß unsere Wirtschaft heute falsch strukturiert ist; denn eine Wirtschaft, die immer nur Unfug getrieben hat mit Aufrüstung, Kriegs- und Planwirtschaft, kann nicht richtig strukturiert sein. Hier müssen sich Umformungen ergeben. Nach meiner Überzeugung ist die Kapitalgüterindustrie zu kräftig entwickelt, überdimensioniert, während in der Verbrauchsgüterindustrie noch Platz für neue Kapazitäten ist, abgesehen von dem auf alle Fälle übersetzten Verteilungsapparat. Denn unser Sozialprodukt wird bei allem Optimismus in der weiteren Entwicklung nicht das Volumen annehmen und nicht so differenziert und mannigfaltig sein, daß die ganze aus der Vergangenheit übernommene

Handelsapparatur, die zusätzlichen Einrichtungen, die die Planwirtschaft in den letzten drei Jahren mit Behördenstempel usw. geschaffen hat, nötig sein wird und lebensfähig sein kann. Stellen Sie sich vor, daß irgendeine Behörde vor die Aufgabe gestellt wäre, von sich aus zu entscheiden, um welchen Prozentsatz ist in den verschiedenen Stufen der Wirtschaft eine Überdimensionierung vorhanden. Und wenn sie glaubte, das feststellen zu können – was sie bestimmt nicht kann –, hätte sie die Entscheidung darüber zu fällen, wer jetzt Gnade vor ihren Augen findet und wer nicht. Die Willkür und das Unrecht würden geradezu Triumphe feiern und würden aufs neue Gift in unseren Volkskörper hineintragen. Da kann auch wieder nur der Wettbewerb diese Funktionen übernehmen. Und hier gibt es keine Appellation und keine Berufung, sondern dieses Votum ist endgültig, und es ist gerecht!

Alle diese Probleme, die uns in den nächsten Monaten beschäftigen werden und müssen, zwingen zur Marktwirtschaft, wenn wir nicht zur Aufspaltung und zur Atomisierung unserer Wirtschaft kommen wollen. Im ganzen gesehen bin ich hinsichtlich der weiteren Entwicklung optimistisch. [...]

Ich will Ihnen nur an einigen Beispielen, die uns in der nächsten Zukunft beschäftigen werden, klar vor Augen führen, daß wir unbedingt diesen marktwirtschaftlichen Kurs gehen müssen.

Im Außenhandel werden wir zu gesunden Prinzipien nur zurückfinden und in Deutschland wird die Gesundung der Wirtschaft nur dann in einem sozial erträglichen Maß vor sich gehen, wenn man sich auf eine bessere Tradition zurückbesinnt, wenn eine völlige Renaissance des Denkens Platz greift, wenn

man auch hier von der planwirtschaftlichen Verkrampfung abkommt. Die Planwirtschaft hat es tatsächlich dahin gebracht, daß aus einer blühenden Weltwirtschaft allmählich ein Tohuwabohu von Einzelaktionen und einzelnen Institutionen sich herausgebildet hat, die jeden vernünftigen güterwirtschaftlichen Ausgleich und jede wirtschaftliche Arbeitsteilung völlig verwischt und in das Gegenteil verkehrt haben, die den gefährlichen Nationalismus haben aufkommen lassen, der nicht auftreten kann, solange Privatleute unter sich Handel treiben. Ich weiß nicht, wie groß die Chance zu beurteilen ist, ich weiß aber, daß kein Land zu schwach oder zu klein sein kann, als daß es nicht einen Beitrag hier zu leisten befähigt oder sogar verpflichtet wäre.

Wenn wir nun an dem 30 Cents-Kurs festhalten, der uns das Leben schwer macht und den Export nicht erleichtert, dann deshalb, weil wir – entgegen dem Vorwurf, der uns von englischer Seite gemacht worden ist, daß wir in unserer Wirtschaft gar nichts mehr tun, um durch künstliche Mittel den Export zu steigern – die Atmosphäre entgiften wollen. Nicht mehr durch den Mißbrauch eines Umrechnungskurses wollen wir uns irgendwelche Vorteile erlisten und erschleichen, sondern wir wollen als ehrliche Kaufleute unter gleichen Startbedingungen mit den übrigen Völkern in Wettbewerb treten. [...]

Also, wir müssen überall von den festgefahrenen Wegen der Planwirtschaft hin zur Marktwirtschaft, hin zur Freiheit und Freizügigkeit, hin zur Würde des Menschen.

Wenn wir uns für diesen Weg entschieden haben – und hier komme ich wieder auf die Wahl zu sprechen –, dann bin ich überzeugt, daß diese Thesen, die wir noch herausarbeiten und in einem Programm

zusammenfassen wollen, eine starke und werbende Kraft besitzen, und daß das Geschehen des Alltags ein lebendiges Zeugnis ablegt für die Richtigkeit des Weges, für die gesunden Prinzipien einer nicht mehr verbogenen Denkweise und für die Befreiung, die wir damit der Menschheit bringen. Wir müssen das nur wollen, und wir dürfen nicht in den Wahlkampf gehen mit der Miene, als ob wir uns zu entschuldigen hätten für irgendetwas. Wir haben uns nicht zu entschuldigen. Wir haben anzuklagen, und zwar kräftig!

Die gleichen Leute, die nicht einen Hosenkнопf produzieren und verteilen konnten, sind gar nicht berechtigt, uns Empfehlungen über eine gesunde Wirtschaft zu machen. [...]

Was heißt heute konservativ?

Eugen Gerstenmaiers Essay aus dem Jahr 1962

Spätestens am Ende der 1950er Jahre begann die Diskussion darüber, ob die CDU eine konservative Partei oder zumindest auch eine konservative Partei sei. Die Gegner des Konservatismusbegriffs in der Union wiesen ihn zurück, weil sie ihn mit dem vom Nationalismus überformten Konservatismus der Weimarer Republik gleichsetzten. Als einer der frühen Verteidiger der konservativen Idee in der CDU lehnte auch Eugen Gerstenmaier es ab, an den Konservatismus der Deutschnationalen Volkspartei anzuknüpfen. In seinem Essay definiert er stattdessen einen gemäßigten, mit der liberalen Demokratie in Einklang stehenden Konservatismus, der sich aus älteren Quellen speist.

Quelle:

Eugen Gerstenmaier: Was heißt heute konservativ?, in: Der Monat, Heft 166/Juli 1962, S. 27–30.

Als ich einmal – vor Jahren – auf einem Parteitag die CDU eine konservative Partei nannte, gab es zwar nicht gerade Krach, aber immerhin deutlichen Widerspruch. Meine Kritiker hatten vergessen, daß am Tag zuvor nicht nur die Sprecher der Democrazia Cristiana Italiens, des MRP Frankreichs, der Katholischen Volkspartei Hollands und der Christlich-Sozialen Belgiens ihre Grußadressen gesprochen hatten, sondern daß auch die Vertreter der konservativen Parteien Skandinaviens, Englands und der Schweiz zu Wort gekommen und als Brüder lebhaft begrüßt worden waren.

Der Widerspruch gegen meine etwas pauschale Charakterisierung der CDU als konservative Partei war denn auch nicht sehr fundiert. Im Gespräch fiel er vollends in sich zusammen. Denn was meine Kritiker zu benennen gedachten, wurde von mir nicht verteidigt, weil ich damit ohnehin nichts im Sinn hatte. Ihr Widerspruch galt der Gefahr, vom politischen Gegner als reaktionär, als besitzbürgerlich, als deutschnational verketzert zu werden. Sie hatten damit sogar recht, denn das, was man sich in Deutschland unter dem Wort konservativ vorstellt, ist weithin damit tatsächlich identisch. Eine solche Identifizierung ist zwar objektiv falsch, aber dieser Irrtum ist so weit verbreitet und so zementiert, daß ich es aus psychologischen und gar nicht aus programmatischen Gründen für problematisch hielte, wenn sich eine große Partei in Deutschland heute konservativ nennen würde.

Nicht erst der Faschismus – wie Armin Mohler meint – hat diese Situation herbeigeführt. Wenn ich recht sehe, hat der Nationalsozialismus nur einen Prozeß vollendet, der spätestens im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in Deutschland begann, der immer stärker wurde und der schließlich nach dem

Ersten Weltkrieg zur nationalen Katastrophe trieb: nämlich die Usurpation des deutschen Konservatismus durch einen immer hektischer und gewissenloser werdenden Nationalismus. Sicher: die Deutschnationalen und verwandte Gruppen und Parteien waren in der Weimarer Zeit vorzugsweise wenn nicht die politische Heimat, so doch das politische Auffangbecken geworden für den großen Teil des kirchlich orientierten deutschen Protestantismus. Dieser war herkömmlicherweise konservativ gestimmt aus Gründen, die sich auch heute noch sehen lassen können. Zaudernd und mit Unbehagen – hier ist das larmoyant mißbrauchte Wort einmal am Platz – fand er sich mit der Republik ab. Aber er geriet weithin unter die oppositionelle Führung von Leuten wie Hugenberg. Es war eine unfähige Führung, die schließlich zum Verrat an allem führte, was dem deutschen Konservatismus von jeher wichtig und heilig war. Mit Leuten wie Hitler und seinen Spießgesellen zu paktieren, mußte den Konservativen schon als Verrat gelten. Aber was hatten sie hinter sich, um sich dagegen zu wehren? Über welche Machtmittel verfügten sie, nachdem das konservative Symbol Hindenburg sich als gußeisernes Standbild erwies und die Konservativen aus dem katholischen Lager, teils resigniert, teils verführt, von Brüning abbröckelten?

Sein weithin unkritisches Verhältnis zur nationalen Attitude, seine späte Distanzierung von dem dämonisierten Nationalismus und sein defensives Beharren auf einer zwar rechtlichen, aber patriarchalisch gestimmten Gesellschaftspolitik sind dem deutschen Konservatismus hauptsächlich zum Verhängnis geworden. Der Versailler Vertrag mit seiner gewissenverletzenden Kriegsschuld-lüge – Wasser auf Hitlers Mühlen – hat das Seine dazu getan. Das Ergebnis haben wir vor Augen: Keine große Partei in Deutschland kann sich heute mit Nutzen konservativ

nennen, obwohl die CDU es mindestens ihrer politischen Struktur nach ist, in der FDP konservative Energien spürbar werden und die zu Godesberg reformierte SPD, vom Habitus und der Grundstimmung ihrer sozialistischen Väter sich weit entfernend, bereits in einem Klima spazierengeht, in dem sich sonst nur Konservative und Liberale ansiedelten.

Ist das zu bedauern? Gewiß nicht. Es bestätigt den Tatbestand, für den wir – als Nation – uneingeschränkt dankbar sein müssen, daß es nämlich im freien Teil Deutschlands keine proletarische Existenz mehr gibt. Genauer: daß, wenn es sie noch irgendwo gibt, sie keine Bedeutung und keinen Orientierungswert mehr für die Programmatik und Propaganda der politischen Parteien in Deutschland besitzt. Die konservativen Programmatiker vor hundert Jahren könnten damit zufrieden sein. Aber wären sie es auch im übrigen? Das ist zweifelhaft, ja unwahrscheinlich! Ich glaube zwar, daß sie so wenig wie wir einer geschichtlich erledigten deutschen Großmachtspolitik und dem konventionellen Nationalismus und seinen politischen Postulaten Tränen nachweinen würden. Die alten Konservativen wären jedenfalls keine Bremse in der Integrations- und atlantischen Bündnispolitik. Und sie wären auch heute scharfäugig genug, um uns nicht mit ehrwürdigen, aber geschichtlich völlig überholten außenpolitischen Modellen zu tyrannisieren à la Rückversicherungs- oder Rapallovertrag. Bedenklicher stünden sie gewiß dem unsicheren, weithin verlotterten deutschen Nationalbewußtsein von heute gegenüber. Aber schockiert abwenden würden sie sich erst bei der Begegnung mit der Staatsgesinnung und der Staatspraxis in unserem pluralistischen Massenstaat. Daß es nicht mehr die selbstverständlichste und die lohnendste Sache sei, in der vom Staat geschützten Rechtssicherheit auf eigenen

Füßen zu stehen und die eigenen Hände zu regen, sondern daß es rationeller und lohnender sei, sich zu organisieren und mit rücksichtslosem Druck dies und das und jenes sich immer erneut vom Vater Staat auf Kosten der Allgemeinheit zu beschaffen – dies, und dies allein, müßte die alten Konservativen heute dazu bringen, etwas zu tun, was sie immer verabscheut haben, nämlich auf die Barrikaden zu steigen. Ich sage nicht, daß das ein Sieg würde. Die Konservativen haben in Deutschland verzweifelt lange gebraucht, ehe sie, tiefgegründete Widerstände ihres Wesens überwindend, gegen den Staatschef und Oberbefehlshaber der eigenen kämpfenden Armee mit Bomben angingen. Es war kein Sieg. Und in unserem parlamentarischen Rechtsstaat bringen es die Konservativen kaum einmal fertig, schneidende Opposition zu machen. Und wenn, dann nur auf Kurzstrecken. Das ist selten Schlappeheit. Es liegt an ihrem Charakter, der zur Demagogie denkbar ungeeignet ist mit seiner rechtlichen Orientierung. Ja, er ist nicht einmal besonders taktisch begabt. Die fixen Opportunisten aller Gattungen sind den Konservativen im Parlamentarismus des Gruppenstaates taktisch meist über, auch wenn sie weit dümmer und belangloser sind.

Dazu kommt, daß sich der Konservatismus der Gegenwart programmatisch sachgerecht heute nur noch in der Nuance und kaum mehr in der Schlagzeile zur Darstellung bringen kann. Ich bin zwar nicht der Meinung, daß der Konservatismus heute nur noch als Haltung, ohne materielle politische Zielstellung in Erscheinung trete. Sicher heißt konservativ sein heute, über die materielle politische Programmatik im einzelnen hinaus, eine bestimmte Haltung und Grundstimmung haben. Aber es wäre lächerlich, damit gewisse gesellschaftliche Usancen und distanzierende Gefühle – die es bei den

Konservativen gibt – anzusprechen. Davon zu reden, hat nur Sinn, wenn damit eine persönliche Gesinnung angesprochen wird, die sich nicht selber u. k. stellt, sobald es um die Dinge des öffentlichen, des gesellschaftlichen, des staatlichen Lebens geht. Konservativ sein heißt alles mögliche, aber vor allem dies: Politik aus Gesinnung und nicht aus Opportunismus machen.

Von welcher Art diese Gesinnung und Grundstimmung ist, scheint mir in den Diskussionsbeiträgen im *Monat* vielfach richtig angesprochen zu sein. Ich möchte zu drei, wie mir scheint, konstitutiven Elementen konservativen Bewußtseins in unserer Zeit einige Bemerkungen machen und auf ihre materiellen politischen Konsequenzen hinweisen.

1.) Der Konservative glaubt, daß der Mensch „von oben“ stammt. Darauf gründet sein strikter Personalismus, der ihn zur Feindschaft führt mit allen Systemen, die den Menschen zum Objekt machen. Alles, was totalitär, alles, was nicht rechtsstaatlich ist, zählt dazu. Aber es bringt ihn auch in Widerspruch z. B. zum Versorgungsstaat, wie überhaupt zu allen Phänomenen der Vermassung mit ihrer Reduktion des eigenen Verantwortungs- und Entscheidungsvermögens. Und es hält ihn erst recht in einer zwar diskreten, aber letzten Distanz zu den aufklärerischen Illusionen über den Menschen, wie sie – mehr oder weniger stilisiert, mehr oder weniger glaubwürdig – demokratische Verfassungen, Festreden und Gesetze durchgeistern.

Der Konservative bleibt überall in kritischer innerer Distanz, wo lauschend die Rechte des Menschen gepriesen werden, ohne daß zugleich unüberhörbar auch dessen Pflichten in das Licht gestellt werden. Der

Konservative ist darum der geborene Verfechter der Gewissensentscheidung, was aber gerade nicht heißt, daß er sich in jenes Schrebergärtnerium der Gewissenskultur verliert, das zu kraftlos und oft auch zu banal ist, um Macht zu handhaben. Ich finde kein besseres Modell für das konservative Verständnis der Macht und für deren konservative Handhabung als den Begriff des Amtes, wie er seit der Reformation im deutschen öffentlichen Bewußtsein in dem Ethos ausgebildet wurde: *Ich dien!*

2.) Mit diesem Personalismus und Amtsbegriff – Grundlagen seiner Rechtsstaatlichkeit – verbindet der Konservative heute wie gestern ein positives Grundverhältnis zu den Ordnungen und Institutionen, in denen die Lebens- und Rechtsgemeinschaft des Volkes lebendig ist. Es ist viel Tinte und Geschrei darauf verwendet worden, die Mediokrität, ja Inferiorität der Deutschen in ihrem hergebrachten Verhältnis zur Obrigkeit zu geißeln. Auf deutscher Seite gab es dabei viel „Nachholbedarf im Widerstand“. Es war nicht sehr eindrucksvoll. Immerhin muß sich der Konservative sagen lassen, daß er nicht besonders viel zur kritischen Klärung und Weiterbildung des christlichen und bürgerlichen Traditionsbegriffs der Obrigkeit getan habe. Er hat Ehrerbietung und Gehorsam immer groß geschrieben. Der Respekt vor der legitimen Autorität, vor dem Amt und vor dem Staat als gegebener Ordnungsmacht gehört nun einmal zu seinen Wesenszügen. Aber das ganze Bild ist falsch, wenn nicht begriffen wird, daß der Konservative dabei niemals auf eine spezifische Gegenposition verzichtet hat, nämlich das seinem Personalismus, seinem Frömmigkeitscharakter und Legitimitätsbedürfnis entsprechende Bewußtsein einer strengen Rangordnung der Werte. Es ging dabei nicht immer problemlos zu. Der Spruch auf dem

Grabstein jenes alten preußischen Konservativen „... wählte Ungnade, wo Gehorsam nicht Ehre brachte“,¹ kann auch für viele Konservative nicht gelten. Aber das ändert nichts daran, daß dem konservativen Respekt vor Obrigkeit, Amt und Staat das kategorische Verlangen nach legitimer sittlicher Autorität und das Bewußtsein eigenen Wertes und festen Rechtes gegenübersteht. Vor allem aber verbindet sich damit das konservative Bewußtsein von Grundordnungen wie Familie, Stamm und Volk, die dem menschlichen Dasein Form und Gestalt verleihen und die dem Staatsinstitutionalismus vorgegeben sind. Diese Organqualität der gesellschaftlichen Grundstruktur ist insbesondere vom katholischen Konservatismus tradiert worden. Sie spielt heute z. B. in der Begründung der Gesellschaftspolitik der CDU eine auch von den Protestanten anerkannte Rolle. Auf ihr basiert eine dementsprechende Eigentumspolitik. Wie weit dabei katholische Traditionen mit denen des konservativen Protestantismus übereinkommen, wird deutlich an dem Satz Friedrich Brunstädts (eines konservativen Programmatikers des Protestantismus in der Weimarer Zeit): „Der Besitz der Besitzenden haftet auch für die Lebenssicherung der Nichtbesitzenden in der Rechtsgemeinschaft.“

3.) Für das konservative Bewußtsein entscheidend ist auf jeden Fall sein Verhältnis zur Geschichte, sein augenblickliches Bewußtsein. Darauf verweist der Name. Er ist mißverstanden, wenn er als simples Beharren oder gar als reaktionäres Anstreben des geschichtlich Erledigten gedeutet wird. Konservativ meint nicht die Fixierung von Zuständen, sondern die Bewahrung des geschichtlichen Zusammenhangs. Konservativ sein heißt, die individuelle und nationale Existenz in ihren kreatürlichen Ordnungen zu bewahren vor dem Verfall in wechselnden

Um- und Zuständen. Der Mensch, zeitlich und sterblich wie er ist, verlangt nach Dauer, weil er von oben stammt. Und er verlangt nach Selbstbehauptung für sich und die Seinen gegen die Reduktion und Punktualisierung seiner Existenz. Konservativ sein heißt darum schließlich, die Einheit der Person verteidigen in ihren legitimen Ordnungen und ihrem geschichtlichen Zusammenhang.

Anmerkungen

- 1 Es handelt sich um Joh. Friedrich v. d. Marwitz (1723–1781), zu lesen in „*Wanderungen durch die Mark*“ von Theodor Fontane, 2. Teil. Stuttgart–Berlin 1915, S. 227.

Progressive und Konservative

Richard von Weizsäcker 1971 in der
Süddeutschen Zeitung

Richard von Weizsäcker war in den 1970er Jahren einer der wenigen Unionspolitiker, die offensiv dafür warben, die CDU als eine konservative Partei zu verstehen. Dabei definierte er den Konservatismus als eine an Mäßigung orientierte Haltung, deren Vertreter die herrschende Ordnung durch gelegentliche, vorsichtige Reformen bewahren wollten. Weizsäcker griff damit die Tradition des britischen Liberalkonservatismus auf, die er der CDU als Vorbild empfahl.

Quelle:

Richard von Weizsäcker: Progressive und Konservative, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 44 vom 20./21. Februar 1971, S. 8.

„Wer nicht positiv verändert, verschlechtert objektiv die Lage der Menschen.“ Das sagte Brandt zum Thema Reformen während der Haushaltsdebatte. So weit, so gut. Aber dann kam seine Schlußfolgerung; hier schieden sich die Geister, nämlich die progressiven Reformer von denen, „die in überwiegend konservativem Denken beharren“. Ich meine, zunächst sollten die Geister sich von diesem alten und immer wieder gängigen Vorurteil nicht verführen lassen. Es beruht auf einem Mißverständnis, für dessen Entstehung Konservative und Progressive die Schuld teilen. Denn es verbindet die zutreffende Erkenntnis von der Notwendigkeit der Reformen mit der irrigen Vorstellung, man könne sie nur gegen die Konservativen durchsetzen.

Meine Gegenthese lautet: Gute Erneuerer sind nur die, denen es gelingt, sich für ihre Veränderungen der Konservativen zu bedienen. Eine gute konservative Partei aber ist nur die, welche die notwendigen Erneuerungen selbst in die Tat umsetzt.

Seit dem Regierungswechsel in Bonn haben die Parteien neue Gelegenheit, über *konservativ* und *progressiv* zu streiten. Wieder einmal fehlt es an einem unbefangenen Verhältnis zu diesen beiden Begriffen. Die englischen Konservativen beklagen gelegentlich den Mangel an einer wirksamen Zusammenarbeit mit ihren politischen Freunden auf dem Kontinent; die Ursache dafür sehen sie unter anderem in der Angst dieser Freunde, sich konservativ zu nennen. In der Tat setzten bei uns die Konservativen beide Begriffe, *konservativ* und *progressiv*, am liebsten in Führungsstriche. Das hängt mit der Vorliebe der Progressiven zusammen, den Fortschritt über ihr Monopol zu halten und konservativ als das geeignete Schimpfwort für ihre Gegner anzusehen. Auch Brandt sprach während seiner Haushaltsrede in der

letzten Woche dreimal abschätzig von der konservativen Mehrheit der Union, von den konservativen Hitzköpfen und vom Beharren im konservativen Denken, ehe er sich dann auf Zwischenrufe zur Erklärung bereit fand, konservativ sei kein Schimpfwort, sondern eine ehrenwerte politische Richtung und in manchen historischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen ein nötiges Gegengewicht. Das soll wohl heißen: Die Konservativen hatten einmal ihre Funktion, aber nicht in der heutigen Epoche der Reformen.

Ich halte dies für einen Irrtum, dessen Folgen wahrscheinlich gerade die Regierung Brandt verspüren wird. Dazu stütze ich mich auf zwei Beobachtungen:

a) Zwischen Stabilität und Dynamik, zwischen Erhaltung und Erneuerung besteht in unserer Gesellschaft und Wirtschaft ein untrennbarer Zusammenhang. Es gibt in unserer Zeit gerade wegen des raschen Wandels ein nur allzu verständliches Bedürfnis nach Sicherheit, aber es gibt diese Sicherheit nicht ohne Entwicklung. Die Kraft der Erneuerung unter den sich ständig verändernden Verhältnissen und die Fähigkeit zur laufenden Überprüfung der Prioritäten wird zur Bedingung von Sicherheit. Das gilt für das Gemeinwesen im ganzen nicht weniger als für das Leben des einzelnen.

b) Aber die meisten Menschen haben von Hause aus eine beharrende Natur; sie schätzen den Wechsel nicht. Ihr Mißtrauen gegen Veränderungen ist stärker als ihre Experimentierfreudigkeit.

Wer Reformen durchführen will, muß diese beiden Erkenntnisse miteinander verbinden. Erneuerungen sind nötig, aber sie sind nur möglich mit Hilfe der Menschen. Diese Menschen haben eine beharrende

Grundstimmung. Deshalb müssen sie für die Erneuerungen gewonnen werden. Das gelingt nur dem, welcher diese Grundstimmung erkennt und ihr mit Verständnis begegnet, anstatt sie zu verurteilen.

Höre ich Herrn Merseburger in *Panorama* für ein progressives Konzept eifern, so gewinne ich den Eindruck, daß ihm die Bruskierung der verbohrten Nichtfortschrittlichen oft wichtiger ist als der Fortschritt selbst. Lese ich einige Begründungen, mit denen auf einer evangelischen Synode die Unterstützung afrikanischer Befreiungsbewegungen im Rahmen des Antirassismusprogramms des Weltkirchenrates verlangt wurden, dann höre ich oft mehr das Bedürfnis, die andersdenkenden Mitsynodalen zu entlarven als den unterdrückten Schwarzen zu helfen. Progressivität wird zur öffentlichen Gesinnungsprobe – freilich, die beharrenden Kräfte werden damit nicht gewonnen, sondern veristiert. Das traurige Ergebnis ist nicht Fortschritt, sondern Polarisierung.

Natürlich behaupte ich nicht, daß konservative Parteien freiwillig und automatisch für den notwendigen Fortschritt sorgen. Je mehr sie von ihren demokratischen Gegnern bedrängt werden, desto besser bekommt es ihnen. Die Konservativen haben im englischen 19. Jahrhundert unter Disraeli vor allem deshalb die nötigen Reformen durchgeführt, weil ihnen Gladstone mit seinen Liberalen im Nacken saß. Aber es waren die Konservativen und nicht die Liberalen, welche die wesentlichen Reformwerke durchgeführt haben.

Politische Parteien sind notwendig, aber keine liebenswerte Einrichtung. Jede hat ihre Stärken und Schwächen. Die Progressiven sind allzuoft sendungsbewusste Bekenntnispolitiker und Gesinnungsethiker. Die

Vorwürfe gegen ihre Gegner sind vor allem moralisch, und wenn sie kritisiert werden, erweist sich ihre Haut als bedenklich dünn. Der Bundeskanzler ist es, mit dem wir zur Zeit diese Erfahrung machen.

Bei den Konservativen denkt man nüchterner über den Menschen und seine Werke, und also auch nüchterner über die eigene Partei. Wer nicht mit dem Vollkommenen rechnet, der hat auch keine Mühe, mit der eigenen Unvollkommenheit zu rechnen. Er hält weniger für machbar und den Menschen für schwerer veränderlich. Das ist nicht immer sympathisch, und es kann politisch zum Nichtstun verführen. Wenn aber der nötige Druck der Verhältnisse da ist, dann ist es eine nützliche, ja wahrscheinlich eine notwendige Voraussetzung für das mögliche Maß an Fortschritt.

Zur Bedeutung der europäischen Einigung

Konrad Adenauers Rede im Ateneo in Madrid am 16. Februar 1967

Die CDU ist die treibende Kraft der europäischen Integration. Mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) begann der Prozess der europäischen Einigung. Dieser sollte nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs den Frieden auf dem Kontinent dauerhaft sichern sowie die Staaten wirtschaftlich und politisch verbinden. Auf seiner letzten Auslandsreise legte Konrad Adenauer am 16. Februar 1967 im Ateneo in Madrid ein eindringliches Bekenntnis zu Europa ab und mahnte die weitere Vertiefung der Gemeinschaft an.

Quelle:

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH), maschinenschriftliches Redemanuskript und stenographische Nachschrift, online: <https://www.konrad-adenauer.de/seite/16-februar-1967/> (letzter Zugriff: 21. November 2022).

[...] Wenn ich von Europa spreche, so meine ich damit alle in Europa liegenden Staaten, mit Ausnahme Sowjetrußlands. Sowjetrußland, ohne seine westwärts liegenden Satellitenstaaten, ist ein Großkontinent für sich. Wenn man von der Einigung Europas spricht, so kann man damit nicht an eine Vereinigung mit Sowjetrußland denken in der Art, wie die übrigen europäischen Staaten miteinander verbunden werden sollen. Sowjetrußland liegt teils in Europa, teils in Asien. Es ist mit seinen 22 Millionen qkm der Fläche nach der größte Staat der Erde, mehr als doppelt so groß wie Rotchina oder wie die Vereinigten Staaten. Eine Vereinigung der europäischen Länder mit Sowjetrußland würde einem Aufgehen Europas in Sowjetrußland gleichzusetzen sein. Eine Vereinigung nur mit dem westlich vom Ural liegenden Teil Sowjetrußlands würde sofort die Frage aufwerfen, was dann mit den in Asien liegenden Gebieten Sowjetrußlands werden solle, ob man etwa die Sowjetunion teilen wolle? Wir Europäer denken nicht daran, der SU etwas derartiges zuzutrauen. Die Einigung Europas kann also nur die übrigen Länder Europas umfassen. Sie sind es auch, die in der größten Gefahr schweben, ihre Freiheit zu verlieren.

Die Gefahr, in der die europäischen Völker schweben, wird klar, wenn man die Verteilung der Macht auf der Erde prüft und dabei feststellen muß, mit welcher Schnelligkeit der Verlust der europäischen Länder an Macht schon fortgeschritten ist. [...]

An Macht und Einfluß stehen nunmehr an der Spitze die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Sie haben eine Bevölkerungszahl von 179,3 Millionen, ein Gebiet von 9,3 Millionen qkm. Sie haben eine Truppenstärke von insgesamt 2,5 Millionen Mann. Ihnen folgt Sowjetrußland. Es hat ein Gebiet von 22,4

Millionen qkm. Es ist der bei weitem größte Staat der Erde. Seine Bevölkerungszahl ist 210 Millionen. Seine Streitkräfte betragen 2,7 Millionen Mann. Diesen beiden Riesensäulen folgt als dritte Supermacht Rotchina. Ich muß hier betonen, daß bei Rotchina die Zahlenangaben zum Teil auf Schätzungen beruhen. Rotchina hat eine Fläche von 9,7 Millionen qkm, etwas mehr als die Vereinigten Staaten und viel weniger als die Hälfte der Fläche von Sowjetrußland. Seine Bevölkerung schätzt man auf ca. 630 Millionen, seine Truppen auf 3 Millionen Mann.

Wie sieht es in Europa aus? Sein gesamtes Gebiet, abgesehen von dem sowjetrussischen Teil, ist klein, insgesamt etwa 4,9 Millionen qkm. Aber Europa ist sehr dicht besiedelt, im Jahre 1960 von 425 Millionen Menschen. Für die Schätzung des Wertes der Bevölkerung möchte ich Ihnen den Anteil Europas, der Vereinigten Staaten und der restlichen Welt an der industriellen Weltproduktion anführen.

Im Jahre 1960 war der Anteil Europas an der Weltproduktion 27 Prozent, der Anteil der Sowjetunion 18 Prozent, derjenige der Vereinigten Staaten 33 Prozent und derjenige der restlichen Welt 22 Prozent.

Wenn man auch an der materiellen Produktion die geistige Produktion nicht ohne weiteres ablesen kann, so kann man doch aus der immensen Produktion Europas auf eine den Europäern eigene große geistige Kraft schließen. Die körperliche und geistige Arbeit, die in Europa geleistet wird, ist für das Gedeihen und die Entwicklung der gesamten Welt unentbehrlich. [...]

1946 hat Winston Churchill in Zürich die Vereinigten Staaten von Europa und enge Partnerschaft zwischen Frankreich und

Deutschland gefordert. Im Oktober 1948 traf ich zum ersten Mal mit Robert Schuman, dem damaligen französischen Außenminister, zusammen, der im Mai 1950 den Plan einer europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorschlug. Sie wurde im April 1951 Wirklichkeit. Die Tage des Scheiterns der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahre 1954 gehören zu den tragischsten Stunden Europas nach dem Kriege, weil die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, wäre sie zustande gekommen, uns damals schon die politische Einigung Europas gebracht haben würde. Nach ihrem Scheitern mußte von vorne begonnen werden.

Die im März 1957 unterzeichneten „Römischen Verträge“ brachten dann die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft, denen die sechs Vertragspartner der Montan-Union angehören. Diese Verträge, die ihre große Bedeutung auf dem wirtschaftlichen Gebiete haben, sind von den sechs Partnern abgeschlossen worden in dem Bewußtsein, daß diese Verträge nicht die europäische politische Einigung ersetzen könnten.

Allerdings hat sich schon 1950 bei den Verhandlungen über die Montan-Union und später auch bei den EWG-Verhandlungen gezeigt, daß Großbritannien aufgrund seiner Verbindungen zu den Commonwealth-Ländern nicht bereit und in der Lage war, einem echten Anschluß an Europa, mit der Übernahme aller damit verbundenen Pflichten, zuzustimmen. [...]

Ich meine, es müßte jedem, der an verantwortlicher Stelle steht, im Laufe dieser Jahre klargeworden sein, wie groß die Gefahr für Europa ist, und daß Europa nicht mehr die Zeit hat, geruhsam abzuwarten, bis vielleicht einmal die perfekte Lösung, die

allen Partnerstaaten gleichermaßen gefiele, zustande kommt. In unserer Epoche dreht sich das Rad der Geschichte mit ungeheurer Schnelligkeit. Wenn der politische Einfluß der europäischen Länder weiterbestehen soll, muß gehandelt werden. Wenn nicht gleich die bestmögliche Lösung erreicht werden kann, so muß man eben die zweit- oder drittbeste nehmen. Wenn nicht alle mittun, dann sollen die handeln, die dazu bereit sind. Ich glaube, daß Frankreich und Deutschland den Kern der politischen Union Europas in Zusammenarbeit bilden können. Man sollte nicht allzu großen Wert auf die juristische Form eines solchen Zusammenschlusses legen. Ob nun eine Föderation oder Konföderation entsteht oder welche Rechtsform es immer sein mag: Handeln, Anfangen ist die Hauptsache. [...]

Unser Ziel kann – das ist meine feste Überzeugung – nicht ein Europa der Sechs bleiben. Auch Spanien muß dazukommen. Spanien muß wegen seiner geographischen Lage, wegen seiner Geschichte, seiner Tradition, seines unersetzlichen Beitrags zur europäischen Kultur ein wesentlicher Bestandteil auch des kommenden geeinten Europa sein.

Aber auch nach Osten müssen wir blicken, wenn wir an Europa denken. Zu Europa gehören Länder, die eine reiche europäische Vergangenheit haben. Auch ihnen muß die Möglichkeit des Beitritts gegeben werden. Europa muß groß sein, muß Kraft haben, muß Einfluß haben, um seine Interessen in der Weltpolitik zur Geltung bringen zu können.

Was seit einiger Zeit in Rotchina vor sich geht, ist, so glaube ich, eine letzte ernste Mahnung für Europa. Was dort auch geschehen mag, es wird eine ernste Bedrohung für die Sowjetunion sein und

auch für das Rußland westlich des Ural. Die Gefahr für Europa, die aus dem Fernen Osten herüberleuchtet, ist wahrscheinlich viel näher, als die meisten von uns glauben. Als ich noch Bundeskanzler war, habe ich mich immer wieder mit dem Problem Sowjetrußland–Rotchina beschäftigt, und zwar aufgrund von Gesprächen, die ich bei meinem Besuch in Moskau im Jahre 1955 mit Chruschtschow hatte; Chruschtschow hielt schon damals die chinesische Gefahr für sehr groß und nahm sie sehr ernst. [...]

Man darf nicht glauben, daß die politische Einigung Europas uns in Gegensatz zu den Vereinigten Staaten bringen würde. Das Gegenteil ist der Fall. John Foster Dulles und sein Nachfolger, Staatssekretär Herter, haben immer wieder gedrängt, daß die politische Einigung Europas zustande käme. Die Interessen Europas und die der Vereinigten Staaten sind nicht immer identisch, und die europäischen Staaten müssen durch die Einigung Europas in die Lage versetzt werden, auch ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Das Wesentliche und Grundsätzliche, die Erhaltung der Freiheit und des Friedens als die höchsten Güter der Menschheit, sind in den Vereinigten Staaten und in Europa in gleicher Weise Ziel der Politik. [...]

Diese Gefährlichkeit der Lage, die außerordentliche Schnelligkeit der Entwicklungen, zwingt Europa zu schnellem, entschlossenem Handeln, zwingt es zur schnellen politischen Einigung, um seine besonderen Interessen zu wahren und damit seine Existenz als Faktor des Weltgeschehens zu erhalten.

Wir sollten aber nicht nur diesen Zwang zum Handeln sehen, sondern auch die Chance, mit unserem Handeln Erfolg zu haben. Es ist zum Beispiel ermutigend zu beobachten, wie sich die immer noch im Werden und

Entwickeln begriffene wirtschaftliche Zusammenfassung europäischer Länder zum Besten Europas ausgewirkt hat. Wenn die europäischen Länder, oder auch nur ein großer Teil von ihnen, in einer politischen Union geeint sind, wird ihre Stimme in der Weltpolitik gehört werden auch in den Fragen, die mit der nuklearen Waffe und der Verwendung der Atomkraft für friedliche Zwecke zusammenhängen. [...]

Warum wollen die Vereinigten Staaten auf das Verlangen der Sowjetunion einer Kontrolle aller nichtnuklearen Mächte durch die Sowjetunion eingehen? Warum stellt die Sowjetunion ein derartiges, vollkommen unberechtigtes Verlangen? Nun, als der dänische Ministerpräsident Krag im vergangenen Jahr im Kreml mit Kossygin die Frage des damals schon diskutierten Vertrages besprochen hat, erklärte ihm Kossygin unverblümt, ihn interessiere an diesem Vertrag nur die Unterschrift der Deutschen. Der Grund ist nach Angabe deutscher Stellen für wissenschaftliche Forschung klar. Sowjetrußland will über das gesamte atomare Gebiet in Deutschland die Kontrolle erhalten, weil es damit die Kontrolle jeder Herstellung von atomarer Kraft in der Bundesrepublik erhält und damit bei der rapiden Steigerung der Verwertung von Atomkraft im wirtschaftlichen Leben auch die Kontrolle in größtem Umfang über die deutsche Wirtschaft.

Die Deutschen würden dadurch in wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten, und nicht nur die Deutschen, sondern große Teile von Westeuropa. Das würde das Ende eines freien geeinten Europa sein. [...]

Nichts ist bezeichnender für die ganze Lage, als daß die Sowjetunion für sich die Kontrolle in größtem Umfange fordert, aber jede Kontrolle der Sowjetunion ablehnt.

Die Europäer stehen in Gefahr, unter die Kontrolle der Russen hinsichtlich der Herstellung atomarer Kraft für friedliche Zwecke zu kommen. Diese Gefahr zeigt, wie dringend nötig die Schaffung einer europäischen politischen Union für alle europäischen Länder ist. Darum muss alles getan werden, so schnell wie möglich ein europäisches Statut, eine europäische politische Union zu schaffen, an deren Stimme auch die Superstaaten und das Weltgewissen nicht achtlos vorübergehen können.

Die Christliche Demokratie in der europäischen Politik

Revolution und Kirche: Hans Maier zur Frühgeschichte der Christlichen Demokratie

In dem hier abgedruckten Auszug aus seiner inzwischen klassisch gewordenen Studie aus dem Jahr 1959 zeichnet Hans Maier den Aufstieg der Christlichen Demokratie in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg nach und fragt nach den Gemeinsamkeiten christlich-demokratischer Parteien. Dabei stellt er fest, dass die christlich-demokratischen Parteien für unterschiedliche Richtungen stehen: Manche könne man als konservativ, andere als liberal oder sozialistisch bezeichnen. Dies bedeute aber nicht, dass die Parteien prinzipienlos seien. Vielmehr liege die Einheit der Christlichen Demokratie in der gemeinsamen Weltanschauung, die insbesondere in der Sozialpolitik zum Ausdruck komme.

Quelle:

Hans Maier: Gesammelte Schriften Band 1: Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der Christlichen Demokratie, Verlag C.H. Beck, München 2006, S. 13–26.

1. Unter den europäischen Parteien ist die Christliche Demokratie eine verhältnismäßig junge Erscheinung. Sie hat erst nach dem Zweiten Weltkrieg größere Bedeutung erlangt. Ende 1944 trat in Frankreich die *Republikanische Volksbewegung (Mouvement Républicain Populaire)* hervor, ein Novum in der französischen Parteiengeschichte, „das Kind einer Tradition und eines Unglücksfalls“ (des Krieges), wie Jacques Fauvet sie nannte. Bereits ein Jahr zuvor war im befreiten Teil Italiens die *Democrazia Cristiana (DC)* entstanden, eine Partei, die auf dem Grundstock des alten *Partito Popolare Italiano* aufbaute und unter De Gasperi bald zur beherrschenden Figur der italienischen Nachkriegspolitik werden sollte. Deutschland folgte 1945 mit der *Christlich-Demokratischen* und *Christlich-Sozialen Union (CDU/CSU)*. Zu diesen Neugründungen gesellten sich nach dem Krieg ältere und kleinere christlich-demokratische Schwesterorganisationen in Belgien, Holland, Luxemburg und Österreich hinzu, Parteien, die während des Krieges, beziehungsweise nach dem Anschluß, von den Nationalsozialisten unterdrückt worden waren. Sogar in Osteuropa wagten sich in einigen Ländern christlich-demokratische Parteien hervor, doch konnten sie sich dort nur kurze Zeit behaupten. Sie wurden später teils verboten, teils gingen sie in den nationalen Blocksystemen ihrer Länder auf. Im Westen fand diese erste Ausbreitung der Christlichen Demokratie ihre Grenze an den Ländern protestantischer und katholisch-monarchistischer Tradition; weder im angelsächsischen noch im skandinavischen oder iberischen Bereich haben sich zunächst christlich-demokratische Parteien entwickeln können. Erst in den achtziger Jahren bildeten sich in Spanien, Portugal, Norwegen, Schweden und Dänemark christlich-demokratische Parteien. Das Hauptverbreitungsgebiet der Christlichen Demokratie liegt nach wie vor in

West- und Südeuropa, ungefähr in der Mitte zwischen den rein katholischen und den rein protestantischen Gebieten, in jener Zone, deren Achse von der Linie Flandern-Venedig gebildet wird.

Die christlich-demokratischen Parteien Westeuropas haben lange auf ihre Stunde gewartet. Nach dem Krieg jedoch sind sie vom Erfolg geradezu überrascht worden. Fast über Nacht gelangten viele ihrer Führer, oft gänzlich unvorbereitet, in den Besitz wichtiger politischer Schlüsselstellungen. Dabei hat der jähe Aufstieg der bis dahin ziemlich unbedeutenden französischen *Démocratie chrétienne* mit Recht größtes Aufsehen erregt. Es schien, als seien die lange Zeit von der Kirche mit Mißtrauen betrachteten, als „rouges-chrétiens“ verdächtigen Wortführer der katholischen Linken im Begriff, nicht nur im klassischen Land des Laizismus über ihre Gegner zu triumphieren, sondern durch ihr Beispiel zugleich auch eine neue Welle übernationaler Parteibildungen – eine christlich-demokratische nach der liberalen und sozialistischen – auszulösen. Zwar, dieser erste Eindruck täuschte: die Verbindung der christlich-demokratischen Parteien war zunächst viel lockerer als die vor allem der sozialistischen Parteien; erst allmählich entwickelten sich dichtere organisatorische Strukturen der Zusammenarbeit. Die *Nouvelles Équipes Internationales (NEI)*, an Bemühungen Don Luigi Sturzos anknüpfend, faßten seit 1947 als lose Arbeitsgemeinschaft die christlich-demokratischen Parteien Westeuropas zusammen (Sitz in Paris); aus ihnen bildete sich 1965 nach einer Satzungsänderung die *Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD)*. Ein Weltverband der christlich-demokratischen Parteien, die *Christlich-Demokratische Weltunion (CDWU)*, wurde 1961 in Chile gegründet. Doch auch ohne sogleich die Form einer Internationale

anzunehmen, hat sich die Christliche Demokratie in den Ländern, in denen sie nach dem Krieg hervortrat, als dauerhafte politische Erscheinung erwiesen. Ihre Wählerzahlen sind im Zeitraum 1945–1960 – von geringen Schwankungen abgesehen – stabil geblieben. Und über die bedeutende Rolle, welche die Christliche Demokratie in der europäischen Nachkriegspolitik gespielt hat, kann heute wohl kein Zweifel mehr bestehen. Es genügt, an den Beitrag, den die westeuropäischen christlich-demokratischen Parteien zur italienischen, französischen und deutschen Sozialgesetzgebung geleistet haben, oder an die höchst folgenreiche Europapolitik Schumans, De Gasperis und Adenauers zu erinnern: schon dieser Impuls allein – der einzige, zu dem sich das in Hegemoniekämpfen zerrüttete Europa nach dem Ende des letzten Krieges aufrufen konnte – würde hinreichen, um der Parteibewegung, die ihn trug, das Interesse des Politikers und die Aufmerksamkeit des Historikers zu sichern.

Aber wer sind diese christlich-demokratischen Parteien? Ihrer ganzen Struktur nach machen sie dem Betrachter, der sie zu beschreiben versucht, den Zugang nicht leicht. Vielfältig gegliedert, in die verschiedensten Milieus hineinwirkend und aus den mannigfachsten Bevölkerungsschichten sich rekrutierend, erhebt sich die christliche Demokratie über einem dichten Netzwerk von Organisationen vor- und außerpolitischer Natur: angefangen von religiösen Jugend- und Laiengruppen, Standesvereinen und Berufsverbänden bis hin zu den christlichen Gewerkschaften und jenen älteren christlichen Parteien, in denen man ihre eigentlichen historischen Vorläufer erblicken kann. Denn die Christliche Demokratie der Nachkriegszeit ist keineswegs eine Schöpfung aus dem Nichts. Sie baut auf zahlreichen älteren Organisationen auf.

Besonders offenkundig ist die Verflechtung mit den organisatorischen Formen des politischen und sozialen *Katholizismus* in den romanischen Ländern: hier, wo der christlich-demokratische Politiker meist zu den Honoratioren des katholischen Verbandswesens oder zum Führungspersonal der christlichen Gewerkschaften gehört, bestehen zwischen den religiösen Verbänden und den politisch-sozialen Vereinigungen und Parteien meist enge Beziehungen nicht institutioneller, aber personeller Art. In diesen Ländern hat die Christliche Demokratie auch sehr früh eine politische Tradition ausgebildet. So geht die italienische *Democrazia Cristiana* auf den von Luigi Sturzo begründeten *Partito Popolare Italiano* zurück, die Republikanische Volksbewegung Frankreichs auf den *Sillon* Marc Sangniers und auf den *Parti Démocrate Populaire* Champetier de Ribes'. Aber auch der Erfolg der deutschen CDU ist ohne die Vorarbeit des alten Zentrums nicht zu denken. Schwieriger ist es, den Anteil des Protestantismus an der Bildung der heutigen christlich-demokratischen Parteien zu bemessen: obwohl keine dieser Parteien (mit Ausnahme vielleicht der holländischen *Katholischen Volkspartei*) ausgesprochen konfessionellen Charakter trägt, haben sich doch protestantische Gruppen und Flügel – sieht man von Deutschland und Frankreich ab – in ihnen erst verhältnismäßig spät gebildet. Das entspricht der Tatsache, daß der Beitrag des europäischen Protestantismus zur Bildung der Christlichen Demokratie nur gering gewesen ist. Die Vorläufer der heutigen christlich-demokratischen Parteien sind nicht aus evangelischen Kreisen, sondern aus dem politischen und sozialen Katholizismus hervorgegangen, und zwar zu einer Zeit, als die parteipolitische Aktivität der Protestanten in Europa in ganz andere Richtung ging und die evangelischen Parteien teils noch ausgesprochen konservativ waren, teils im

Bereich des Religiös-Caritativen und Christlich-Sozialen – oft in bewußter Gegenstellung zur politischen Demokratie – verharteten. Es ist daher nicht übertrieben, wenn man sagt, daß vor 1945 Idee und Bewegung der Christlichen Demokratie zumindest in *Kontinentaleuropa* im wesentlichen auf die Gebiete katholischer Konfession beschränkt geblieben sind. Erst die veränderte Lage nach dem Zweiten Weltkrieg und die engere Verbindung der Konfessionen, die im Kampf gegen den Totalitarismus entstanden war, haben Bedingungen geschaffen, die der Christlichen Demokratie den Vorstoß über die Grenzen der Konfession, den Durchbruch zur Massenpartei erlaubten. Und gerade in jüngster Zeit, seit den siebziger und achtziger Jahren, sind verstärkt protestantische Anstöße bei der Bildung christlich-demokratischer Parteien zu verzeichnen, so in den skandinavischen Ländern und in den Niederlanden, wo es in jüngster Zeit zu einer Fusion der *Katholischen Volkspartei* mit den beiden protestantischen Parteien, der *Anti-Revolutionären Partei (ARP)* und der *Christlich-Historischen Union (CHU)*, in einem *Christlich-Demokratischen Appell (CDA)* kam.

Dieser Auszug der christlichen Demokraten aus dem Ghetto einer Konfessionspartei ist von der Öffentlichkeit mit unterschiedlichen Gefühlen aufgenommen worden. Theologische Kritiker – vor allem aus protestantischen Kreisen – glaubten auf den gefährlichen Säkularismus des Experiments verweisen zu müssen, Politiker haben je nach ihrem Standort den allzu revolutionären oder allzu reaktionären Charakter der neuen Partei getadelt. Scharf ablehnend war das Urteil des katholischen Philosophen und Publizisten Emmanuel Mounier: „Das plötzliche Anschwellen der christlich-demokratischen Parteien in ganz Europa, von denen einige sich sogar einer inneren Erneuerung

erfreuen, ist, täuschen wir uns nicht, nur ein Geschwür am kranken Körper der Christenheit. Der individuelle Wert vieler ihrer Vorkämpfer, ihre Absichten und ihre Brauchbarkeit stehen dabei nicht in Frage. In der soziologischen Lage, in der sich die christlichen Kreise Europas befinden, müßte man diese Parteien erfinden, wenn es sie nicht gäbe ... Aber die gelassene Einmütigkeit, mit der sie im befreiten Europa ihren Platz als linkes Zentrum eingenommen haben, als wäre er ihnen vom Schöpfer von jeher bestimmt gewesen, die naive und zugleich unduldsame Begeisterung, mit der sie sich als Internationale der Weisheit ausgeben, stempeln zwar nicht ihr Vorhandensein, wohl aber ihr Streben zu einer der Hauptgefahren für das Schicksal des Christentums in Europa ... Geschaffen, um die christliche Welt von ihren reaktionären Bindungen zu befreien, drohen die christlich-demokratischen Parteien in einer eigenartigen Verkettung der Umstände deren letzte Zufluchtstätte zu werden. Erstanden gegen das Bündnis von Thron (oder Bank) und Altar, hinken sie fünfzig Jahre hinter der Geschichte her, bestrebt, an die Stelle des Heiligen Reiches oder des Königtums von Gottes Gnaden eine nicht minder fragwürdige Art von ‚Heiliger Demokratie‘ zu setzen.“ Ähnlich kritisch, wenn auch mit anderer Begründung, hat sich der französische Sozialistenführer Guy Mollet über die christlich-demokratischen Parteien geäußert. Er hat die christlich-demokratischen Politiker offen des Verrats an ihren nationalen Pflichten bezichtigt. Sein Wort vom *Vatikanischen Europa* als einer drohenden Gefahr hat nicht nur im laizistischen Frankreich lebhaft Zustimmung gefunden, sondern ist im Streit um die Europäischen Verträge auch vom deutschen Liberalismus (Thomas Dehler) und von einer maßgebenden Gruppe der Evangelischen Kirche Deutschlands (Martin Niemöller) aufgegriffen worden.

Nicht überall ist freilich die – vermeintliche oder tatsächliche – Verklammerung der Christlichen Demokratie mit den politischen Traditionen des Katholizismus so negativ beurteilt worden. Neutrale Beobachter haben vielmehr gerade den Wert dieser Verbindung in der kritischen Lage Europas nach dem Zweiten Weltkrieg hervorgehoben. So schrieb der Schweizer Herbert Lüthy: „Kein reiner diplomatischer Zufall ist auch dieses Ärgernis, über das so viele Fortschrittler von gestern nicht hinwegzukommen vermögen: daß dieser erste konkrete Ansatz Europas das Werk weniger war, das Werk einer Handvoll alter katholischer und konservativer Staatsmänner, deren Weltbild aus der Zeit Franz Josephs und Wilhelms II. stammt und die als einzige im Chaos der Nachkriegszeit ein gemeinsames Ethos, eine gemeinsame Tradition und eine gemeinsame Sprache besaßen ...“

Man sieht aus diesen wenigen Beispielen, daß es – abgesehen von tiefer fundierten theologischen Bedenken – vor allem der „europäische“ und der „katholische“ Charakter der Christlichen Demokratie war, der Anstoß erregt hat; wo immer die Kritik besondere Schärfe annimmt, spürt man in den Äußerungen das Nachzittern nationaler und antiklerikaler Ressentiments. Immerhin scheint die Polemik im Lauf der letzten Jahre abgeklungen zu sein; man beginnt die Erscheinung der Christlichen Demokratie allmählich unvoreingenommener zu würdigen und verzichtet auf die fragwürdigen Hilfen, die eine der Kulturkampfzeit entnommene Terminologie zu ihrer Erklärung darbieten kann.

2. Worin liegt die *Einheit* der europäischen christlich-demokratischen Parteien? Zunächst nicht (oder doch nicht in erster Linie) im *Politischen*: hier weisen die christlich-demokratischen Parteien Westeuropas eine solche

Vielzahl von Richtungen auf, daß von einer einheitlichen Erscheinung – wenigstens im Vergleich zum Liberalismus oder Sozialismus – kaum gesprochen werden kann. Das gilt vor allem für die Anfänge der Parteibildung: hier gibt es christlich-demokratische Parteien, die man als konservativ, andere, die man als liberal bezeichnen könnte; auch sozialistische Gruppierungen kommen vereinzelt vor. Im traditionellen parlamentarischen Schema von rechts und links hat die christliche Demokratie keinen festen Platz. Am besten umschreibt wohl die Maxime des früheren französischen Außenministers Bidault ihre Stellung zwischen den Parteien: *gouverner au centre et faire, avec les moyens de la droite, la politique de la gauche*. Doch ist selbst diese Formel noch zu prinzipiell. Der politisch-parlamentarische Ort der christlich-demokratischen Parteien wechselt je nach Zeit und Situation. So sind die ersten »christlich-demokratischen« Parteibildungen, die um 1830 in Belgien, Irland und Frankreich hervortraten, liberal, ihre französischen und deutschen Nachfolger nach 1848 konservativ gewesen, während die zu Ende des 19. Jahrhunderts in Frankreich und Italien entstandenen (nun auch ihrem Namen nach christlich-demokratischen) Parteien dazu neigten, ausgeprägt soziale Forderungen in ihr Programm aufzunehmen. Und auch die christlich-demokratischen Parteien nach 1945 sind in ihrer politischen Physiognomie voneinander verschieden und stimmen nicht einmal in ihrer allgemeinen Bewegungsrichtung überein; wenn man bei der deutschen CDU und beim französischen MRP eine Tendenz von links nach rechts feststellen zu können glaubte, so ließ sich bei der italienischen Democrazia Cristiana seit dem Tod De Gasperis und der Übernahme der Parteiführung durch Fanfani und Moro genau das Gegenteil beobachten: eine Bewegung nämlich, die von dem rechten nach dem linken Flügel ging.

Nicht daß die Partei politisch prinzipienlos wäre, daß sie kein politisches Programm hätte. An solchen Programmen fehlt es keineswegs, und die ständige kritische Besinnung ist in den christlich-demokratischen Parteien nicht schwächer gewesen als anderswo. Aber ebenso klar (weil in der besonderen weltanschaulichen Situation dieser Parteien begründet) ist auch, daß politische Programme für sie immer nur Standortbestimmungen im jeweiligen Augenblick sein können und sich daher auch mit den jeweils wechselnden geschichtlichen Lagen wieder wandeln. Ein mit dem *Kommunistischen Manifest* vergleichbares Programm, das ganz auf dem Glauben an einen berechenbaren geschichtlichen Prozeß beruht und danach folgerichtig ein Muster revolutionärer Verwirklichungen zeichnet, fehlt – worauf Biton hingewiesen hat – der Christlichen Demokratie vollkommen. Es muß ihr fehlen, weil ihr Ziel ein anderes ist als die Vorbereitung revolutionärer Aktionen. Denn *christliche Politik*, wie immer man ihre positive Form im einzelnen bestimmen mag, läuft ihrer Absicht nach niemals auf ein selbstherrliches Schöpfertum, ein revolutionäres „Geschichte-Machen“ hinaus; sie zielt vielmehr auf die Selbstbehauptung und -bewahrung des Christen in *jeder* der ständig wechselnden und daher immer unvorhersehbaren geschichtlichen Situationen ab. Nicht daß die Geschichte fortschreitet, interessiert sie in erster Linie, sondern wie in jedem ihrer Augenblicke christliches Leben verwirklicht werden kann. Noch weniger als die wechselnden Äußerungen christlich-demokratischer Parteien zu politischen Fragen stellen daher die päpstlichen Sozialenzykliken – obwohl sie tatsächlich zur Bildung der Christlichen Demokratie mehr beigetragen haben als irgendein anderes Dokument – ein *politisches*, ja auch nur ein *wirtschaftspolitisches* Programm im obigen

Sinn dar. Dazu fehlt ihnen nicht nur der messianische Glaube an die alleinige Heilkraft politisch-sozialer Veränderungen, der alle revolutionäre Programmatik durchzieht, sondern auch die eindeutige Richtung auf eine bestimmte, zum Handeln berufene Gruppe, Klasse oder Nation. Auch ermangelt ihnen – was gerade in ihrer inneren Absicht liegt – notwendig die zum politischen Handeln erforderliche Konkretetheit der Aussage. Daher wird der belgische oder deutsche Politiker, der französische Industrielle, der italienische Gewerkschaftsführer in ihnen keine direkte Anweisung für seinen speziellen Fall – freilich auch nicht die Möglichkeit einer einseitigen Inanspruchnahme – finden. Im Gegenteil: die naturrechtlich-personale Begründung ihrer Politik bietet der Christlichen Demokratie gerade jenes breite Fundament, das im Aufbau der praktischen Tagespolitik so viele Variationen zuläßt, wie es nationale und konfessionelle Sonderformen christlicher Parteien gibt.

Schon eher ist die Einheit der christlich-demokratischen Parteien in ihren sozialen Anschauungen zu suchen. Hier hat sich ihre Eigenart am frühesten ausgeprägt. Eine weitgehende Übereinstimmung besteht vor allem in den Grundsätzen und der Praxis der Sozialpolitik, sie tritt bei einer vergleichenden Untersuchung der sozialpolitischen Gesetzgebung in den westeuropäischen Ländern (die ja zum großen Teil auf die christlich-demokratischen Parteien zurückgeht) klar hervor. Auf diesem Feld ist es auch am ehesten möglich, eine Bilanz des Wirkens der christlich-demokratischen Parteien zu ziehen. Es ist kein Zweifel, daß sie in Europa zur Lebenssicherung der breiten Massen und zur sozialpolitischen Befriedung der Klassen-gegensätze ebenso beigetragen haben, wie sie andererseits die Bewegung zum Sozialstaat verstärken und beschleunigen halfen.

Dabei war es im Ergebnis gleichgültig, ob diese Parteien einer mehr marktwirtschaftlichen oder einer mehr planwirtschaftlichen Richtung anhängen – ein Beweis, wie sehr sich das sozialpolitische Denken der Christlichen Demokratie unabhängig von ihren wirtschaftstheoretischen Vorstellungen entwickelt hatte.

Die Gründe sind bekannt. Historisch bildet die der Christlichen Demokratie vorauslaufende *katholische* und *evangelische Sozialbewegung* eine Gegenströmung gegen die sozialpolitische Abstinenz der Wirtschaft des Laissez-faire. Von diesem antiliberalen Einsatz her sind in den ersten christlich-demokratischen Parteien starke stimmungsmäßige Vorbehalte gegen eine liberal konzipierte, nicht mit sozialen Sicherungen umgebene Marktwirtschaft zurückgeblieben. Dieses Mißtrauen hat die Entstehung der modernen, die sozialpolitischen Daten berücksichtigenden Wirtschaftswissenschaft ebenso überdauert wie den sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft; es ist unabhängig von der späteren Entwicklung des wirtschaftspolitischen Denkens in den christlich-demokratischen Parteien selbst und bis heute den verschiedensten, selbst gegensätzlichen Strömungen in ihnen gemeinsam. Hier wie dort herrscht ein grundsätzliches Mißtrauen gegenüber dem Glauben an eine aus dem individuellen Glücksstreben zwangsläufig sich ergebende soziale Harmonie; hier wie dort wird die Aufgabe, dem Einzelnen – und nicht nur dem Tüchtigen – freie Bahn zu schaffen und das zum Leben Nötige zu sichern, ernster genommen und energischer angepackt, als eine Politik des Laissez-faire dies tut und tun kann. Dabei wirkten verschiedene Motive zusammen: der Einfluß christlicher Soziallehren; der Wunsch kirchlicher Kreise, sich von dem sozialen Egoismus der Besitzenden zu distanzieren, um

auf diese Weise der religiösen Sezession der Arbeiterschaft Herr zu werden; schließlich auch die Tatsache, daß die Christliche Demokratie – soweit sie auf der Tradition des politischen und sozialen Katholizismus fußte – auch soziologisch Ausdruck einer (nicht selten gerade im eigentlich sozialen Sinne *proletarischen*) Minderheits- und Sezessionspolitik gegenüber einer „herrschenden Klasse“ gewesen ist. Daher ein gewisser Anti-Individualismus in Theorie und Praxis der Christlichen Demokraten, eine Neigung zum Denken in Quantitäten, zum Glauben an die Macht der großen Zahl; daher auch jene immer wieder festzustellende Spannung zum kulturellen Katholizismus, die sich in Frankreich in der gegenseitigen Fremdheit von literarisch-künstlerischem *renouveau catholique* und *katholischer Sozialbewegung*, in Deutschland in der latenten Gegnerschaft von „Zentrums“- und „Hochland“-Katholizismus geäußert hat.

Am leichtesten erschließt sich jedoch die Einheit der christlich-demokratischen Parteien, wenn man sie weltanschaulich versteht: als Gemeinsamkeit von Menschen, die aus einer gleichen – vopolitischen – Überzeugung heraus den Weg in die Politik eingeschlagen haben. Sieht man die Dinge so, dann erklärt sich vieles, was auf den ersten Blick befremdlich erscheint: der offenkundige Zusammenhang der individuell so sehr verschiedenen christlich-demokratischen Parteien untereinander; die geistige Übereinstimmung bei unterschiedlicher politischer Akzentuierung; das Vorhandensein einer Theorie, die gleichwohl nicht starr gehandhabt wird, sondern einem weitgehenden politischen Pragmatismus Raum läßt. Zweifellos liegt im Weltanschaulichen das eigentliche Bildungs- und Bauprinzip der Christlichen Demokratie. Nirgends berühren sich daher Ideengeschichte und Parteigeschichte so eng wie gerade bei

den christlichen Parteien. Doch ist der Satz, die Grundlage der Christlichen Demokratie sei weltanschaulich bestimmt, im Hinblick auf das Verhältnis von Religion und Weltanschauung sogleich zu differenzieren. Wenn ein Christ sich in bestimmten Situationen zu politischem Handeln veranlaßt sieht, so braucht hier noch keine Weltanschauung im Spiel zu sein. Auch eine nähere – beispielsweise aus biblischen oder naturrechtlichen Postulaten gewonnene – Bestimmung solchen Handelns kann noch durchaus in der Linie der rein *religiösen* Ausgangsposition liegen. Die eigentliche Zone des Weltanschaulichen betritt erst, wer aus der Zustimmung zu einem bestimmten politischen System eine religiöse Lehrkonsequenz macht, wer also – auf unsern konkreten Fall angewandt – von der *positiven Zuordnung von Christentum und Demokratie* als einem theologischen Faktum ausgeht, das auch die praktische Politik bestimmt. Insofern eine derartige „politische Theologie“ (die an sich weder biblisch noch naturrechtlich begründbar ist) den christlich-demokratischen Parteien zugrunde liegt und ihr politisches Handeln bestimmt, insofern – und nur insofern – kann man von ihnen als von *Weltanschauungsparteien* sprechen.

Dem kontinentaleuropäischen Betrachter mag der Einschlag des Weltanschaulichen – oder gar des Religiösen – in den christlich-demokratischen Parteien von heute nicht mehr allzu deutlich sein. Er wird sich fragen, ob nicht politischer Pragmatismus und Orientierung am Augenblick die ideellen Ausgangspunkte längst verwischt haben. Daß die christlich-demokratischen Parteien sich von ihrem geistigen Ursprung gelöst hätten, daß sie vielfach eine handfeste Interessenpolitik betrieben, die mit den von ihnen laut und feierlich bekannten Grundsätzen in Widerspruch stehe, ist eine oft geäußerte Klage. Und selbst die politischen Praktiker in ihren

Reihen, die von einer ideologischen Fundierung der Partei nicht viel halten, sind geneigt zuzugeben, daß die wachsende „Entideologisierung“ der kontinentaleuropäischen Parteien die Christliche Demokratie in eine besonders schwierige Lage gebracht hat: erscheint sie doch heute vielen als eine Weltanschauungspartei ohne Weltanschauung.

Anders freilich empfindet, wer aus außer-europäischen, insbesondere angelsächsischen Verhältnissen kommt: er spürt gerade in den christlich-demokratischen Parteien des Kontinents das Gewicht theoretischer und weltanschaulicher Ansprüche, die der ihm vertrauten pragmatischen Auffassung des Politischen widerstreiten. Michael Fogarty, der englische Labourpolitiker und Biograph der Christlichen Demokratie, steht ganz deutlich unter diesem Eindruck, wenn er schreibt: „Man besuche einen Vertreter der holländischen protestantischen Parteien, und in fünf Minuten ist man mitten in einer Debatte über die politischen Konsequenzen der Theologie Karl Barths oder über die der kirchlichen Sezession und der Bildung der ‚Klagenden Kirche‘, die die Reformierte Kirche Hollands im 19. Jahrhundert spaltete. Man frühstücke mit seinem katholischen Gegenspieler, und das Gespräch wird – oft ganz unbewußt – von ‚Quadragesimo anno‘ und der Philosophie des Solidarismus bestimmt. Leben und Sprache politischer Parteien wie des französischen MRP oder der italienischen Democrazia Cristiana und vieler anderer sozialer Bewegungen sind tief geprägt von der Schulung, die viele ihrer Führer in der katholischen Jugendbewegung erhalten haben. Dieser Eindruck wird bestätigt durch einen Einblick in die Statuten dieser Parteien und Bewegungen, die regelmäßig einen Verweis auf die Offenbarung und die christliche Tradition des Naturrechts enthalten.“

Das Grundsatzprogramm – Instrument einer gestaltenden Politik

Heiner Geißler auf dem Grundsatzforum der CDU in
Berlin vom 22. bis 24. September 1977

Die 1970er Jahre gelten in der Parteigeschichte als Jahrzehnt der großen Programmdebatten. Frei von Regierungsverantwortung und Koalitionszwängen diskutierte die CDU intensiv über ihre Grundwerte und verabschiedete 1978 auf dem Bundesparteitag in Ludwigshafen ihr erstes Grundsatzprogramm. Der Entwurf wurde im September 1977 in Berlin von rund 600 Wissenschaftlern, Vertretern gesellschaftlicher Gruppierungen und Parteimitgliedern diskutiert. Auf dem Grundsatzforum nahm Generalsekretär Heiner Geißler Stellung zu seinen Erwartungen an das Grundsatzprogramm, zur Bedeutung der CDU als Volkspartei und zu sozialpolitischen Herausforderungen.

Quelle:

Materialien zur Grundsatzdiskussion, herausgegeben von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn 1977. Auszüge der Rede wurden außerdem veröffentlicht in Union in Deutschland, CDU-Dokumentation vom 6. Oktober 1977, Nr. 33/77, online: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_25808_1.pdf/f94b4f61-2b8a-2114-d312-ac6b860e0d-ba?version=1.0&t=1539659160857 (letzter Zugriff: 22. November 2022).

[...] Die Erwartungen der Partei an die Grundsatzdiskussion und ihr Ergebnis, das Programm, läßt sich in drei Anforderungen zusammenfassen.

1. Das Grundsatzprogramm muß die wesentlichen gemeinsamen Überzeugungen der CDU beschreiben, damit das Profil der Partei erkennbar ist. Dies ist seine klarstellende Wirkung nach außen.

Die Bevölkerung will wissen, wo wir stehen. Erklärte Grundsätze, in denen wir übereinstimmen, geben unserer Politik Kontinuität. Kontinuität macht eine Partei verlässlich und vertrauenswürdig. Wenn das Grundsatzprogramm dies leistet, brauchen wir uns um die Unterscheidbarkeit, um die Abgrenzung von anderen Parteien nicht zu sorgen. Dann wird niemand in uns eine ständisch-soziale Alternative zur FDP sehen oder die wirtschaftsliberale Alternative zur SPD. Dann entgehen wir der Gefahr, unseren eigenen Standpunkt aus der Reaktion auf den Gegner zu bestimmen; Richtiges fallenzulassen, weil es angeblich von anderen Parteien besetzt ist. Eine konservative Volkspartei neigt dazu, so zu reagieren. Das Grundsatzprogramm soll es uns ermöglichen, die anderen zur Reaktion auf uns zu zwingen.

2. Das Grundsatzprogramm muß den Zusammenhalt der Partei stärken. Es muß sie einigen. Dies ist seine integrierende Wirkung nach innen. Integration geschieht aber nicht durch Addition der Teilansichten. Wer es allen recht machen will, macht alles falsch. Er animiert Gruppeninteressen geradezu, ihre speziellen Anliegen besonders vehement vorzutragen. Wir müssen den Nachweis führen, daß die CDU nicht eine Dachorganisation von Interessenverbänden ist, sondern eine Volkspartei. Dies wird uns gelingen, wenn wir alle Forderungen an

der Elle unserer gemeinsamen Grundüberzeugungen messen.

3. Das Grundsatzprogramm muß anwendbar sein; und zwar für die Zeit, in der es gemacht wird und für eine voraussehbare Zukunft. Dies ist seine aufgabenorientierte Wirkung für das politische Handeln.

Es muß von den tragenden Bedürfnissen der Menschen unserer Zeit ausgehen, nicht von dem, was dieser oder jener gerne für sich hätte. Die Devise des Grundsatzprogramms kann nicht lauten: was ihr wollt. Sie muß heißen: was die Menschen bewegt. Nur wenn das Programm Antwort gibt auf die großen Probleme der Zeit, kann es die Menschen zu einem großen politischen Aufbruch bewegen. [...]

In der bisherigen Diskussion ist immer wieder das Bedürfnis ausgesprochen worden, uns schärfer von den anderen Parteien abzugrenzen, uns im Programmtext selbst mit dem Sozialismus auseinanderzusetzen, der These die Antithese gegenüberzustellen. Dazu tritt der Wunsch, unsere eigene Identität möglichst knapp und prägnant darzustellen, die politische Konzeption der CDU gewissermaßen auf eine Formel zu bringen.

Dieses Bedürfnis nach Klarheit über die eigene Identität ist allerdings mit Abgrenzungsformeln nicht zu befriedigen. Uns genügt es nicht, die eigene Position aus der Negation zu formulieren. Wir wissen: wer sich darauf einläßt, verliert die Kraft zum Aufbruch. Parteien, die sich aus der gegenseitigen Abgrenzung definieren, wetteifern um den Rückschritt.

Das Selbstverständnis der CDU ist seit ihrer Gründung ein anderes. Während SPD und FDP die Nachfolge von Interessenparteien

der Weimarer Zeit antraten, wurde die CDU als Volkspartei gegründet, nicht als sozialologisch bestimmte Partei einer Bevölkerungsschicht und ihrer speziellen Interessen. Dies stellt besondere Anforderungen an die Integrationsfähigkeit und an die Integrationsbereitschaft all derer, die politische Führungsverantwortung haben. Die Volkspartei braucht eine einigende Kraft, die stärker und tiefer ist als die Interessengegensätze ihrer Mitglieder. Nur die Volkspartei überwindet das Klassendenken und das ihm entsprechende politische Sortierungsschema von links und rechts, das die gesamte politische Auseinandersetzung in unseren Tagen mehr und mehr verwirrt.

Heute ist das Konzept der Volkspartei nicht weniger chancenreich als in den Jahren nach 1945. Heute haben es Arbeitnehmer, Unternehmer, Jugendliche und alte Menschen, Mieter und Vermieter nicht weniger satt als damals, aufgrund ihres Berufes, ihrer Herkunft oder ihres Standes in das Klassenschema irgendeiner Ideologie gepreßt zu werden. Heute drängen starke Teile der SPD darauf, zur Klassenpartei zurückzukehren. Wir aber lassen uns nicht in das überständige Links-Rechts-Schema abdrängen. [...]

Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland wollen weder linke noch rechte Parteien, weil sie selbst sich weder als links noch rechts verstehen. Nur in hochpolitisierten Randzirkeln der Gesellschaft verlieren Menschen ihre Persönlichkeit an die totale Parteilichkeit. Der Bürger widersetzt sich dem. Wer sozial ist, will deshalb noch längst nicht rechts sein. Vor allem aber will der Bürger er selbst sein.

Die Strategie der CDU muß es deshalb sein, ihre Position als Volkspartei zu festigen.

Dies entspricht unserem Charakter, unserer Geschichte als einer Partei, die konservatives, christlich-soziales, liberales Gedankengut in sich vereinigt.

Wir sind weder eine Partei der Wirtschaft noch der Gewerkschaften, sondern eine Partei für Arbeitnehmer wie für Unternehmen, und wir vergessen dabei nicht die Interessen jenseits von Kapital und Arbeit. Das Grundsatzzprogramm muß dem Arbeitnehmer sichtbar machen, daß wir die Vollbeschäftigung nicht nur als konjunkturpolitisches Ziel anstreben, sondern auch „weil jedermann ein Recht auf Arbeit und auf Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt hat“ (Berliner Programm, Ziff. 62). Die Familie hat für die CDU einen eigenen Rang, denn wir verstehen den Menschen nicht nur als Wirtschaftssubjekt. Junge Menschen müssen durch das Grundsatzzprogramm erfahren können, daß wir nicht erst dann anfangen, uns für sie zu interessieren, wenn sie Arbeitnehmer, Steuerzahler und Wähler geworden sind. [...]

Die CDU hat ihr politisches Programm der Sozialen Marktwirtschaft in der Erkenntnis entwickelt und durchgesetzt, daß weder Sozialismus noch der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts in der Lage sind, auf die heutigen Probleme eine befriedigende Antwort zu geben. Der am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben beteiligte Mensch läßt sich nicht auf die Rolle des homo oeconomicus reduzieren, läßt sich nicht definieren als produzierendes Wesen. Dieser Kapitalismus schweigt auf die Frage nach den Werten jenseits von Angebot und Nachfrage. Der Sozialismus verherrlicht den Arbeiter in der Theorie und beutet ihn in seiner kommunistischen Variante in der Praxis aus. Ein so einseitiges, verkürztes Menschenbild muß zu schweren politischen Fehlern, ja, muß zur Unmenschlichkeit führen.

Die Soziale Marktwirtschaft, die Kapitalismus und Sozialismus überwunden hat, beschränkt sich daher nicht auf eine Ordnung des Marktes, sondern sie umfaßt auch die Ordnung der sozialen Leistungen. Ordnungspolitik und Verteilungspolitik sind in der Sicht der Sozialen Marktwirtschaft künstliche Gegensätze; denn auch die Verteilung der Ergebnisse des Marktes für diejenigen, die gar nicht am Produktionsprozeß beteiligt sind – immerhin 50 % der Bevölkerung –, muß geordnet sein. Und umgekehrt finden auch im Marktgeschehen Verteilungsprozesse statt. In beiden Bereichen kommt es auf die richtige Ordnung an.

Im sozialen Bereich ist die Ordnung gestört, wenn die Kriterien der Leistungsgerechtigkeit und der Bedürftigkeit nicht eingehalten, sondern rein quantitativ vorhandene Ansprüche ohne Rücksicht auf ihre Berechtigung fortgeschrieben werden. Im wirtschaftspolitischen Bereich ist die richtige Ordnung z. B. nicht vorhanden, wenn der Verteilungsprozeß zwischen Gewinn und Lohn sich nicht an der Leistung, sondern an der Macht der Verbände orientiert.

Ist die Ordnung in einem Bereich gestört, hat dies schwerwiegende Folgen für die Ordnung im anderen Bereich und damit für die Soziale Marktwirtschaft im ganzen.

Die ordnungspolitischen Kriterien im marktwirtschaftlichen Bereich: Wettbewerb, Dezentralisation, Steuerung durch Angebot und Nachfrage, Autonomie der Beteiligten, Eigentum, sind anerkannt.

Im sozialen Bereich sind vergleichbare Kriterien erst in Ansätzen entwickelt und noch nicht zu einem ordnungspolitischen Ganzen zusammengefügt.

Dieses Vakuum empfinden wir heute besonders schmerzlich, weil bisher die Sozialleistungen aus dem gesteigerten wirtschaftlichen Wachstum finanziert werden konnten. Dies ist künftig im gleichen Ausmaß nicht mehr möglich. In einer Zeit geringeren Wachstums brauchen wir daher eine neue gesellschaftspolitische Konzeption. In einer Zeit geringeren Wachstums muß sich das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit erst eigentlich bewähren. Eine Politik, die Wachstum und Sozialquote schlicht fortschreiben und die ihren Erfolg nur im Ausgeben von Geld messen würde, genügt diesem Anspruch nicht.

Hier liegt der grundsätzliche Unterschied zur wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeption der SPD. Sie hat bisher Sozialpolitik im wesentlichen in quantitativen Begriffen und Größen entworfen und verwirklicht. Jetzt, im Zeichen knapper Kassen, reicht ihre sozialpolitische Phantasie lediglich aus zu einer pauschalen Kürzungspolitik mit der Heckenschere. Dies aber ist nichts anderes als die Fortsetzung der alten Politik, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Die Gegner der Sozialen Marktwirtschaft stehen daher nicht im eigenen Lager. Gegenüber der SPD verläuft die Front unserer Auseinandersetzung.

Die Erkenntnis, daß die ökonomisch begründete Unterteilung der Gesellschaft in Klassen von Kapital und Arbeit, wie sie uns die Marxisten und Neo-Marxisten anbieten, zur Erklärung unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht mehr taugt, ist der Ausgangspunkt der Neuen Sozialen Frage. Zu dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit sind neue schwere Konflikte getreten zwischen organisierten und nicht organisierten Interessen, zwischen Minderheiten und Mehrheiten, zwischen Stadt und Land, zwischen den Machtausübenden und den

Machtunterworfenen innerhalb der organisierten gesellschaftlichen Gruppen, Konflikte, die insbesondere die kinderreichen Familien, alleinstehende Mütter mit Kindern, alte Menschen, die nicht mehr arbeitsfähigen Behinderten betreffen, die im inflationären Verteilungskampf um das Bruttosozialprodukt in der Regel den organisierten Verbänden unterlegen sind.

Wer daher die Sozial- und Einkommenspolitik auf den alten Konflikt zwischen Kapital und Arbeit konzentriert, ist unfähig, die wirklich vorhandenen Probleme zu erkennen und schafft neue Armut. Die Neue Soziale Frage umfaßt daher nicht nur das Problem veränderter Konfliktfelder, sondern eben auch die daraus resultierenden neuen sozialen Herausforderungen und unsere Antwort darauf.

An dieser Front hat die Union mit dem Konzept der Neuen Sozialen Frage zu einem energischen Gegenangriff angesetzt, dessen Gefährlichkeit für die Sozialdemokraten von strategischen Denkern im anderen Lager längst erkannt, und das z. B. in der „Neuen Gesellschaft“ als brillantes Oppositionskonzept gekennzeichnet wurde. Wir sollten diesen Vorsprung nicht unnötig aufs Spiel setzen, sondern ihn ausbauen. [...]

Wir Frauen: Für die Zukunft verantwortlich

Rita Süßmuth zum 40-jährigen Bestehen der Frauen Union am 14. Januar 1989 in Bonn

Seit Gründung der CDU forderten Christdemokratinnen eine stärkere Beteiligung in der Partei. In ihrer Rede aus dem Jahr 1989 ging die langjährige Vorsitzende der Frauen Union Rita Süßmuth auf die Bedeutung der Vereinigung ein und mahnte, dass auf die rechtliche Gleichberechtigung die tatsächliche politische Teilhabe der Frauen folgen müsse: „Wer keine Frauenquote will, muß die Frauen wollen.“ Zudem forderte sie, festgefügte gesellschaftliche Strukturen aufzubrechen, um Frauen gleiche Chancen im beruflichen und öffentlichen Leben zu ermöglichen.

Quelle:

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Frauenvereinigung/Frauen-Union/EFU, 04-003-111/1.

[...] Die Frauen der CDU haben durch ihre Vereinigung die Programmdiskussion seit Beginn entscheidend mitgeprägt.

Herausheben möchte ich die Zeit von Helga Wex, in der auf dem 9. Bundesdelegiertentag (1975) das „Dortmunder Grundsatz- und Aktionsprogramm“ verabschiedet wurde, und an die Durchsetzung der „Essener Leitsätze für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ (1985).

Internationale Kontakte wurden zur Europäischen Frauen Union aufgebaut. Die Intensivierung der Zusammenarbeit der Frauen und der EFU war eines der großen Anliegen, die Aenne Brauksiepe während der Zeit ihres Vorsitzes der Frauen-Vereinigung vertrat.

Im Jahre 1967 wurde Charlotte Fera Präsidentin der Europäischen Frauen Union.

Immer waren auch ganz selbstverständlich Männer am Gelingen dieser Entwicklung und am Zustandekommen dieser frauenpolitisch wichtigen Entscheidungen beteiligt.

Für unsere Zeit sind beispielhaft der Parteivorsitzende Helmut Kohl und der Generalsekretär Heiner Geißler zu nennen. In dieser Richtung arbeiten auch viele andere politisch weitblickende Mandatsträger mit uns zusammen.

Aber es gibt auch einen anderen Teil unserer Geschichte: Die über Jahrzehnte gemachte Erfahrung von Verhinderung und Statusquo-Erhaltung, sobald es um politische Entscheidungen zugunsten der Situation der Frau geht. Auch von diesem Thema muß heute die Rede sein.

In den 40 Jahren parteiinterner Auseinandersetzungen haben wir Frauen Schrammen

und Verletzungen erlitten, die schwer verkraftbar sind. Denn noch immer hat das Wort der ersten Ersten Vorsitzenden Helene Weber Gültigkeit, das sie nach dem gewonnenen Bundestagswahlkampf 1953 sagte (vgl. Protokoll der Vorstandssitzung des Bundesfrauenausschusses vom 20. November 1953): „Frau Weber stellte fest, daß keine Partei so viele Frauenstimmen auf sich vereinigt, wie die CDU und die Zahl der an aussichtsreicher Stelle der Landesliste und in sicheren Wahlkreisen aufgestellten Frauen bedauerlicherweise in gar keinem Verhältnis hierzu steht. [...]“

Abschließend erklärte der Vorstand des Bundesfrauenausschusses: „Der Vorstand [...] ist enttäuscht über die schlechte Berücksichtigung der Frauen durch die Landes- und Kreisparteiorgane bei der Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl. Der Bundesvorstand bedauert sehr, daß der Herr Bundeskanzler (gemeint ist Konrad Adenauer) bei der Regierungserklärung nicht ein Wort für die Bedeutung der Frau in der Bundesregierung und Bundesverwaltung sowie ihren maßgeblichen Einfluß in Volk und Familie gefunden hat.“ [...]

Und ich rufe ein zweites, ein bekannteres Wort von Helene Weber in Erinnerung: „Die Frauen haben innerhalb der CDU nicht die Würdigung und Stellung, die sie eigentlich haben müßten. Das sagen wir Frauen nicht unseretwegen. [...] Wir sagen es wegen der Partei und ihrer Entscheidungen. Sie mögen über die einzelnen Fragen denken wie Sie wollen, wenn aber die großen Wahlen stattfinden werden, dann müssen die Frauen zu einem großen Teil die Entscheidungen bringen. Deshalb müssen die Frauen innerhalb der Partei mehr gewürdigt werden.“

Und wir finden uns auch in einer Aussage der stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesfrauenausschusses, Margarete Gröwel, wieder, die 1951 kritisch erklärte: „Es muß einmal klar gesagt werden, daß die Meinung der Frauen auch in der Partei viel zu wenig Gehör findet. Es genügt nicht, und es geht nicht darum, vor Wahlen die Frauen an- und aufzurufen, und sich für deren Mitarbeit auszusprechen, sondern es ist notwendig, ihnen tatsächlich Arbeitsgebiete einzuräumen. Die Mitarbeit der Frau ist nicht nur notwendig, weil die Frauen in der Überzahl sind, sondern weil sie die Fähigkeit haben. Das hat nichts mit Gleichheit, sondern mit Gleichwertigkeit zu tun.“ (Protokoll vom 22./23. September 1951)

Was lernen wir aus unserer Geschichte? Wenn wir die Interessen der Frauen vertreten wollen, die Partei keinen Schaden nehmen soll, wenn wir vielmehr den Erfolg der CDU sichern möchten, so müssen wir handeln und neue Akzente setzen. Wir dürfen nicht länger auf Geduld setzen. Wir haben über Jahrzehnte alle guten Argumente ausgetauscht, die für Partnerschaft in der Politik sprechen. Wir sind es leid, durch politisch kurzsichtige, am Mandats-Besitzstand klebende Kandidaten unserer Partei an der Verwirklichung unserer Ziele gehindert zu werden.

Die Beteiligung der Frauen an politischen Ämtern und Mandaten ist keine Frage der Opportunität, sondern eine Frage der Glaubwürdigkeit und des Demokratieverständnisses unserer Partei.

Auf den programmatischen Durchbruch muß in dieser Frage der Durchbruch in der politischen Praxis folgen. Dazu wird flankierend zum Wiesbadener Parteitagbeschuß (sog. C3-Beteiligungsbeschuß) in 1989/90 ein Aktionsprogramm durchgeführt.

Wir wollen die neue Partnerschaft in der Politik (Essener Parteitag), aber sie wird zur Worthülse, wenn sie nicht auch praktiziert wird. Wir brauchen die Frauenförderung in unserer Partei auf allen Ebenen. [...]

Die Union hat sich in der Frage der Frauenbeteiligung bisher für Richtwerte entschieden. Jetzt gilt es unter Beweis zu stellen, daß diese Auffassung richtig ist. Wer keine Frauenquote will, muß die Frauen wollen. Und wir werden die Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsvorsitzenden in ihren Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen berichten lassen, wie sie die Beschlüsse von Mainz und Wiesbaden bisher umgesetzt haben.

Wir brauchen mehr Frauen, die sich in der Union engagieren, und wir brauchen in besonderem Maße junge Frauen. Wir müssen durch unser Engagement Frauen für die Union gewinnen. [...]

Es war die Erwartung aller Frauen in der Union seit den Tagen der Arbeitsgemeinschaft, daß sich eine besondere Vereinigung von Frauen eines Tages als nicht mehr notwendig und sinnvoll erweisen würde. Wir alle teilen diese Hoffnung, aber wir wissen, daß wir von diesem Zeitpunkt noch weit entfernt sind. Deshalb nehmen wir bewußt und mit Überzeugung die Aufgabe einer Vereinigung in der Union wahr. Vereinigungen sind in der Union nicht beliebiges, sie sind konstitutives Element der Volkspartei.

Gäbe es in der CDU keine Vereinigungen, sie müßten erfunden werden. Wir machen es uns und der Partei nicht immer leicht. Das wollen wir auch nicht, weil wir überzeugt sind davon, daß die CDU die Kraft zur Auseinandersetzung besitzt, und weil wir überzeugt sind davon, daß unser gemeinsames Fundament so tragfähig ist, daß wir über die

Wege konkreter Politik auch miteinander streiten können. Keine andere Partei hat diesen Mut: in Vereinigungen eine innerparteiliche Streitkultur zu institutionalisieren. Die CDU hat diesen Mut und darauf sind wir stolz. Viele zukunftsweisende Programme der CDU, denken Sie nur an die Essener Leitsätze über die neue Partnerschaft, wären ohne die Bereitschaft und Kraft zur innerparteilichen Auseinandersetzung – zum Streiten im guten Sinne – nicht zustande gekommen. Die Vereinigungen in der CDU sind ein Zeichen der Stärke unserer Partei.

Wir sind der Auffassung, daß sich aus dieser innerparteilichen Diskussion ein Höchstmaß an sachgerechten und abgewogenen Entscheidungen entwickeln läßt. Konflikt und Konsens: Die Volkspartei-Union mit ihren Vereinigungen trägt beides in sich. Eins ohne das andere verliert seinen Wert. [...]

Die Frauen in der Union wollen mehr als eine formale Gleichberechtigung. Sie wollen mehr als ihr Recht, d. h., sie wollen die wirkliche Teilhabe der Frauen an allen Lebensbereichen.

Die 70er Jahre brachten den Frauen entscheidende Fortschritte in der rechtlichen Gleichstellung und in der Durchsetzung gleicher Bildungschancen. Es war die Zeit des großen emanzipatorischen Aufbruchs, die Zeit der zweiten Frauenbewegung mit ihren radikalen Entwürfen für eine umwälzende Veränderung der Gesellschaft, für eine grundlegend neue Rolle der Frauen, befreit von Unterdrückung und Diskriminierung.

Jener wachsenden Minderheit von radikaler denkenden Frauen stand zunächst eine eher verunsicherte, aber zugleich an Veränderung interessierte Frauenmehrheit gegenüber.

Auch die Frauen Union hat sich konzeptionell im Verlauf der 70er Jahre umorientiert. Noch die späteren programmatischen Aussagen des Essener Parteitages – heute mehr und mehr eine Selbstverständlichkeit – wurden in der eigenen Partei keineswegs von allen begrüßt, sondern von manchem entweder gar nicht zur Kenntnis genommen oder von einer lautstarken Minderheit als Schritt in die falsche Richtung abgelehnt.

Das klare Ja zur außerhäuslich erwerbstätigen Mutter, das konsequente Ja zur gleichberechtigten Teilhabe der Frauen am beruflichen öffentlichen Leben sowie grundlegende Aussagen zur Vater- und Familienrolle des Mannes führten zeitweilig zu erheblichen innerparteilichen Irritationen.

Neu war nicht die Wahlfreiheit, neu waren auch nicht die Forderungen nach stärkerer Anerkennung der Familienarbeit, nach besseren Rahmenbedingungen für die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit bei der Geburt eines Kindes, neu war indessen die Forderung nach Veränderung der Strukturen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter.

Die 80er Jahre haben mit zum Teil bedrohlichen Konflikten deutlich gemacht, daß es nicht ausreicht, den Frauen formal die gleichen Rechte wie den Männern zu geben, ohne die Strukturen zu verändern.

Gemeint sind die familienfreundlichen Arbeits-, Betreuungs- und Schulzeiten, das fehlende Angebot an Betreuungsplätzen für jüngere und ältere Kinder, das äußerst geringe Angebot an Teilzeitarbeit, die erschwerten Berufszugangsbedingungen für Frauen, die Mütter werden könnten, und die noch größeren Schwierigkeiten für Frauen, die nach der Zeit einer familiengebundenen Phase mit 40,

45 oder gar 50 Jahren in den Beruf zurückkehren wollen.

Dazu zählen auch die oft schier unüberwindbaren Barrieren für Männer, die Familienaufgaben übernehmen wollen, sei es im ersten Lebensjahr eines Kindes, sei es zur Pflege eines kranken Familienangehörigen.

Die Veränderung gewachsener und festgefügtter Strukturen ist eine der dringlichsten, aber auch der mühsamsten Aufgaben. Gewachsene Systeme entwickeln ihre eigenen Besitzstände und Widerstände und dabei muß eines klar sein: Wir werden diese Aufgabe nur lösen, wenn wir den familialen und den außerfamilialen Lebensbereich als wechselseitig aufeinander bezogenes Ganzes sehen und unterschiedliche Entscheidungen realiter ermöglichen. Das heißt: Wir werden die Probleme im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf ohne eine konsequente Neubewertung der Familienarbeit sowie der ehrenamtlichen Tätigkeit nicht lösen. [...]

Wer erkannt hat, daß die Zukunft nicht gemeistert werden kann durch eine Anpassung der Frauen an bislang für Männer geltende Werte und Normen in Wissenschaft, Kultur, Arbeit, Technik und Politik, der muß sich einsetzen für eine weitreichende Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen, sei es im Sozialrecht, im Familienlastenausgleich, der Lebensarbeitszeit und Alterssicherung, der flexiblen Arbeitszeit. [...]

Wir sind 1992, wenn nicht noch Entscheidendes geschieht, das einzige Land in der EG ohne Ganztagschulen. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eben nicht herstellbar ohne eine bessere zeitliche Abstimmung zwischen Familie, Kindergarten, Schule und Betrieb, ohne ein besseres Halbtags- und Ganztagsangebot

an Kinderbetreuung, ohne eine drastische Erhöhung des Angebots an sozialversicherungsrechtlich abgesicherten Teilzeitarbeitsplätzen und Rückkehrchancen in den Beruf nach einer Berufsunterbrechung. Nur wenn wir neue Wege wagen, werden wir die Zukunft gewinnen, werden wir die Frauen an uns binden.

Die Frauen Union hat ihre Arbeit nie beschränkt auf frauenpolitische Fragen. Sie hat die Politik als Ganzes mitgestaltet. Deshalb haben sich Frauen an allen großen politischen Entscheidungen beteiligt, so zum Beispiel an Sicherheitsfragen und Verteidigungspolitik, an deutschland- und außenpolitischen Aufgaben wie an Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. [...]

Es ist immer wieder die Frage aufgeworfen worden, ob denn eine Vereinigung von Frauen als eine politische Kraft nötig sei. Mir scheint, daß diese Frage bislang mit einem eindeutigen Ja beantwortet werden muß. Die über lange Zeit vorherrschend geschlechtsspezifische Rollenverteilung und damit verbundene Zuweisung von Lebensbereichen hat auch zur Folge gehabt, daß wir bei Männern immer noch unzureichende Vorstellungen darüber feststellen können, wie Menschen leben und was sie zum Leben brauchen. Aufgrund ihrer starken Berufsbezogenheit sind Männer immer noch sehr viel mehr als Frauen auf große Einheiten, auf die Zentralisierung und Rationalisierung gesellschaftlicher Strukturen ausgerichtet. Immer noch ist es die ausgeprägte Erfahrung der Frauen im unmittelbaren menschlichen Miteinander der Familie, die den Blick öffnet dafür, daß die Frage nach den Möglichkeiten für ein verantwortetes menschliches Miteinander eine hochpolitische Frage ist. Menschliches Miteinander regelt sich nicht von selbst. Es gibt immer noch eine Menge

gesellschaftlicher Strukturen, die dieses Miteinander beschweren. [...]

Was auf nationaler Ebene gilt, gilt gleichermaßen für die europäische Ebene: Frauen verlangen Beteiligung an allen politischen Entscheidungsprozessen. Beteiligung setzt Initiative voraus. Die Frauen in der EVP bringen diese Initiative mit. Momentan sind im Europäischen Parlament die Frauen mit einem Anteil von 17,3 Prozent vertreten, d. h. 75 Frauen von 434 Abgeordneten insgesamt. Zwar liegt mit 19,7 Prozent der bundesdeutsche Frauenanteil über dem Gesamtprozentsatz, aber 16 weibliche von 81 deutschen Abgeordneten sind immer noch zu wenig. In diesen Tagen ist viel die Rede von der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes 1992. Wir müssen die damit verbundenen Angleichungsprozesse nutzen zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir haben eine gute Chance, von den starren Arbeitsformen und -zeiten wegzukommen hin zu mehr Flexibilität. Viele unserer europäischen Nachbarn sind in dieser Hinsicht beispielgebend und ich vertraue darauf, daß der gemeinsame europäische Geist der Politikerinnen und Politiker uns Lösungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf näher bringen wird. [...]

Der Blick auf unsere europäischen Nachbarn wird uns auch neue Impulse für unsere bildungs- und wissenschaftspolitischen Überlegungen geben. Der Bundesausschuß der Frauen Union im Oktober vergangenen Jahres war Auftakt zu einer Auseinandersetzung mit den bildungs- und wissenschaftspolitischen Herausforderungen der 90er Jahre. Wir brauchen neue Impulse in der Diskussion um Bildungsorganisation und Bildungsinhalte. Die Frage nach einem größeren Angebot an Ganztagschulen darf nicht ausschließlich unter ideologischen

Gesichtspunkten diskutiert werden. Noch nie zuvor ist der Anteil der erwerbstätigen Mütter so hoch gewesen wie heute. Wir müssen davon ausgehen, daß ein noch größerer Anteil der Bevölkerung als gegenwärtig – insbesondere ab Mitte der 90er Jahre – im Erwerbsleben stehen wird. In der Altersgruppe der Frauen zwischen 25 und 45 Jahren sind es heute bereits 62 Prozent – mit steigender Tendenz. Wir haben erstmalig in der Geschichte der Frauenerwerbstätigkeit – trotz der schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt – nicht Rückgänge, sondern eine verstärkte Nachfrage und Zugänge zu verzeichnen. Wenn die Erwerbstätigkeit von Müttern mit schulpflichtigen Kindern nicht zum Schaden der Kinder erfolgen soll, dann hat das Konsequenzen für die Organisation unseres Schulwesens. Bei vielen Fragen der Schulorganisation – beginnend in der Grundschule – gehen wir immer noch davon aus, daß die Mutter zu Hause ist, wenn die Kinder aus der Schule kommen. Und dies, obgleich wir genau wissen, daß dies in vielen Fällen längst nicht mehr so ist. Hier die Augen vor schulorganisatorischen Veränderungen zu schließen, ist auch eine Art der Kinderfeindlichkeit. Deshalb bleibe ich dabei: Wir brauchen ein größeres und differenzierteres Angebot an Ganztagschulen. So, wie wir übrigens auch ein sehr viel differenzierteres Angebot der familienbegleitenden Einrichtungen im Bereich der Kindergärten brauchen. [...]

Die Frauen Union wird sich auch in Zukunft konsequent als Anwältin in der Frauenpolitik verstehen:

- Bis heute hat keine Partei ein so umfassendes frauenpolitisches Programm wie es die Essener Leitsätze der CDU sind. Wir sind stolz auf dieses Programm und wir werden alles daran setzen, daß die

Inhalte dieses Programms umgesetzt werden. Wir werden nach Verabschiedung der Wiesbadener Richtlinien für die politische Gleichstellung der Frauen in der Union kämpfen für einen deutlich höheren Anteil der Frauen an Ämtern und Mandaten. Wir wissen, daß wir dabei mancherorts auf hartnäckigen Widerstand stoßen. Wir bleiben aber dabei, wir wollen mehr als unser Recht, wir wollen die tatsächliche Teilhabe an der politischen Führung.

- Wir haben uns heute mit der Erwartung junger Frauen an die Politik auseinandergesetzt. Wir wissen um die Skepsis der jungen Frauen gegenüber der Politik und ganz besonders gegenüber der CDU. Die Frauen Union wird verstärkt das Gespräch mit jungen Frauen suchen. Wir müssen uns ihnen stellen; wir müssen mehr wissen über ihre besonderen Lebenslagen und damit verbundenen Probleme. Wir werden Anwältin der jungen Frauen sein und sie in ihrem Bemühen unterstützen, die nun schon seit so langer Zeit eingeforderte Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch lebbar zu machen; so lebbar zu machen, daß menschliches Miteinander, daß Ehe und Familie nicht ständig in Mitleidschaft geraten.

Die Frauen in der Bundesrepublik Deutschland können sich auf uns verlassen. Die Tradition der Christdemokratinnen zeigt Kontinuität in der programmatischen Arbeit und die Kraft zur politischen Innovation.

Wir bleiben eine integrierende und vorwärtsdrängende Kraft der Union, aber wir nehmen die Umsetzung unserer Leitideen stärker selbst in die Hand.

Die CDU als Partei der Deutschen Einheit

Helmut Kohl auf dem Vereinigungsparteitag der CDU am 1. Oktober 1990 in Hamburg

1989/90 ergab sich die Chance zur Wiedervereinigung. Helmut Kohl nutzte beherzt die Möglichkeit, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu verwirklichen. „Die CDU war und ist die Partei der Deutschen Einheit. Sie war und ist zugleich die Partei der europäischen Einigung“, so Helmut Kohl auf dem Vereinigungsparteitag der CDU am 1. Oktober 1990 in Hamburg. In seiner Rede wirbt er dafür, die bevorstehenden Herausforderungen mutig und entschlossen anzugehen, und betont die Integrationskraft der CDU als Partei der Mitte.

Quelle:

Protokoll zum 1. Bundesparteitag der CDU Deutschlands vom 1. bis 2. Oktober 1990 in Hamburg, online: https://www.kas.de/documents/252038/253252/1990-10-01-02_Protokoll_01.Parteitag_Hamburg.pdf/b37ddc3b-4ec1-ec5a-83f2-966cf71c3ac7 (letzter Zugriff: 14. November 2022).

Wir alle haben eben eine bewegende Stunde erlebt, eine Stunde, die wir sicherlich nie vergessen werden. Mit den Erklärungen der Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie der Delegierten von Ost-Berlin ist die Christlich Demokratische Union Deutschlands nach über vier Jahrzehnten wieder vereint. Wir sind jetzt eine Partei, eine CDU für ganz Deutschland. [...]

Heute verwirklicht sich das, wofür Christliche Demokraten seit 45 Jahren mit ganzer Kraft gekämpft haben: ein vereintes Deutschland in einem Europa, das in Freiheit zusammenwächst. Wir verwirklichen damit eine Vision, die unsere Partei von Anfang an geleitet hat, die ein Kernpunkt unseres politischen Selbstverständnisses war und ist. Allen, die in der Union ihre politische Heimat gefunden haben, war dies immer eine Angelegenheit des Herzens. [...]

Wir Christlichen Demokraten bekräftigen heute feierlich den Schwur, der in das moralische Fundament unseres Grundgesetzes eingegangen ist: Nie wieder Krieg und Gewalt! Nie wieder Diktatur und Unrechtherrschaft! Und wir fügen heute hinzu: Nie wieder Sozialismus!

Die CDU war und ist die Partei der Deutschen Einheit. Sie war und ist zugleich die Partei der europäischen Einigung. Wenn wir übermorgen die Einheit in Freiheit für alle Deutschen zurückgewinnen, dann ist das ein stolzer Augenblick für unsere Partei. Wir freuen uns darüber von ganzem Herzen. Aber wir sehen auch die Dimension der Herausforderung; denn auf uns, auf den Christlichen Demokraten, ruht die Hauptverantwortung für die Zukunft unseres Landes. [...]

Wir, liebe Freunde, haben bewiesen, was wir leisten können. Es war die CDU, die unbeirrt das Bewußtsein für die Einheit der Nation wach gehalten hat – über Jahrzehnte hinweg und auch in Zeiten, in denen das Bekenntnis zum einigen Vaterland nicht gerade in Mode war, in denen wir dafür oft angefeindet wurden. Es war die CDU, die entschlossen die europäische Integration vorangetrieben hat. Konrad Adenauer hat gemeinsam mit anderen, vor allem mit Christlichen Demokraten aus heute längst befreundeten Ländern Europas, den Grundstein für dieses Werk des Friedens gelegt.

Es war die CDU, die als Partei der Sozialen Marktwirtschaft, als Partei Ludwig Erhards, die Voraussetzungen für breiten Wohlstand und ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit schuf – zunächst in der Bundesrepublik. Und morgen wollen wir das überall in Deutschland tun. [...]

Wir haben, liebe Freunde, als sich die Mauer in Berlin öffnete, auch nicht gesagt, es gehe nicht um Wiedervereinigung, sondern ums Wiedersehen. Uns ging es ums Wiedersehen in der Wiedervereinigung. Das war unsere Forderung.

Wir haben nie aufgehört, für die Einheit der Deutschen in Freiheit zu arbeiten. Wir melden deshalb heute unseren Anspruch an, als die CDU Deutschlands in einem vereinten Deutschland weiterhin die führende politische Kraft zu sein. [...]

Liebe Freunde, unzweifelhaft konzentriert sich in dieser historischen Situation die Aufmerksamkeit vieler Menschen zwischen Elbe und Oder auf Wirtschaft und Beschäftigung, genauer: auf die Frage, was Soziale Marktwirtschaft für sie konkret bedeutet, wie die neue freiheitliche Wirtschafts- und

Gesellschaftsordnung ihr persönliches Leben verändert, welche Perspektiven sich damit verbinden.

Umgekehrt gibt es in der bisherigen Bundesrepublik die Sorge, ob wir uns all das auch leisten können, was jetzt an Aufgaben auf uns zukommt. Da ist viel von Kosten die Rede: nicht etwa von den Kosten, die die Teilung Deutschlands jahrzehntelang tagtäglich verursacht hat, sondern von dem Aufwand für die Überwindung der Folgen einer jahrzehntelangen sozialistisch-kommunistischen Mißwirtschaft. Nicht wenige Sozialdemokraten erfreuen sich darin, nahezu täglich unseren Bürgern neue Schreckensbilder darüber darzustellen, welche Belastungen das deutsche Volk heimsuchen würden.

Liebe Freunde, wo stünden wir eigentlich heute in Deutschland, wenn in historischen Situationen unserer Geschichte die Zauderer und die Kleinmütigen die Geschicke unseres Vaterlandes bestimmt hätten?

Wo stünden wir eigentlich heute, wenn 1948 nicht Ludwig Erhard mit Mut, Entschlossenheit und einer zähen Überzeugungskraft die Währungs- und Wirtschaftsreform durchgesetzt, wenn er über schwierige Monate hinweg – übrigens auch in der eigenen Partei – nicht konsequent Kurs gehalten und dem damaligen Zeitgeist widerstanden hätte? [...]

Ich bin sicher, daß wir die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Überganges lösen können, auch wenn jeder weiß: Dies ist nicht einfach. Aber vergessen wir nicht: Wirtschaftliche und soziale Probleme sind nicht die einzigen, die sich uns jetzt stellen, und so glaube ich, nicht einmal die schwierigsten. Vier Jahrzehnte kommunistischer Diktatur haben gerade auch im geistigen und kulturellen

Leben verheerende Schäden hinterlassen, die noch lange nachwirken werden.

Deshalb geht es bei der Frage nach der Einigung Deutschlands, nach dem Wiederaufbau in den neuen Bundesländern eben nicht allein um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Es ist auch und vor allem eine Frage nach der geistigen und moralischen Kraft unseres Volkes, und sie richtet sich an uns alle, an alle Deutschen. Sind wir wirklich bereit, solidarisch zusammenzustehen – auch wenn wir Opfer bringen müssen? Das ist vor allem eine Frage an die Deutschen in der bisherigen Bundesrepublik Deutschland. [...]

Überall müssen noch alte Strukturen überwunden werden. Wir sind aufgerufen, diese geistige Auseinandersetzung zu führen. Es wäre fatal – das ist ein Aufruf an die Christlichen Demokraten –, wenn der Zerfall der sozialistisch-kommunistischen Ideologie ein geistiges und moralisches Vakuum hinterließe, in das eines Tages andere radikale Heilslehren hineinstoßen könnten. Es gilt jetzt, geistigen Halt zu geben, Orientierung zu vermitteln. Wir müssen dies insbesondere tun, um den Sinn für den unauflöselichen Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung zu schärfen.

Hier liegt eine wichtige Aufgabe für alle, auch für alle gesellschaftlichen Kräfte und nicht zuletzt für die Kirchen. So gab es vor und während der friedlichen Revolution gerade in Kreisen der Kirchen Kristallisationspunkte des friedlichen Widerstandes. Aber auch alle anderen sind heute gefordert, natürlich auch wir, die demokratischen Parteien.

Und auch hier sage ich wieder: Wir, die Christlich Demokratische Union, bringen dafür alle Voraussetzungen mit. Wir verfügen über einen zuverlässigen Kompaß:

unser christliches Verständnis von Mensch und Schöpfung. Es nimmt uns in einer besonderen Weise in die Pflicht, im vereinten Deutschland eine Gesellschaft des menschlichen Miteinanders zu gestalten.

Liebe Freunde, das „C“ im Namen unserer Partei drückt aus, was uns verbindet. Es ist kein Ausschließlichkeitsanspruch, und jeder von uns weiß, daß auch Christen in anderen Parteien versuchen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Aber es beschreibt das sittliche Fundament, auf dem sich Menschen oft sehr unterschiedlicher Herkunft in dieser Volkspartei zusammenfinden können. Auf diesem Fundament treffen sich auch Christliche Demokraten aus Ost und West in gemeinsamen Überzeugungen.

Das Bekenntnis zum „C“ ist für unsere Partei eine Quelle der Kraft, die wir heute mehr denn je brauchen und nutzen müssen. Nicht zuletzt aus ihr kann uns die Fähigkeit erwachsen, zusammenzuführen, was allzu lange gewaltsam getrennt war.

Dies ist ein Merkmal unserer Partei, das sich im Namen widerspiegelt. Union – das heißt doch vor allem: zusammenführen, ausgleichen. Wir haben unsere Partei stets ganz bewußt als Union der verschiedenen Landschaften, Konfessionen und Berufe verstanden, als Union aus allen Schichten unseres Volkes; eine politische Gemeinschaft mit der Aufgabe, Interessengegensätze zu überwinden und in gemeinsamen Standpunkten zusammenzubringen.

Das hat uns auch immer wieder in die Lage versetzt, zu wichtigen Streitfragen Lösungen zu finden, die dann auf breite Zustimmung stießen. Es ist wahr: Dies gibt nicht immer ein imponierendes Bild in der Öffentlichkeit ab. Aber wenn wir – oft nach mühsamen

Diskussionen – eine Lösung gefunden haben, ist es eine Lösung, die dem ganzen Land dient.

Diese Kraft zur Integration – von vielen mißverstanden, für die Demokratie existentiell – ist jetzt vor allem gefragt. Dabei ist wichtig, daß wir uns ungeachtet verschiedener Erfahrungen und Lebenssituationen – jeder konnte das heute in diesen Stunden der Einigung spüren – als Gemeinschaft verstehen. Wir sind und bleiben die große deutsche Volkspartei der Mitte. Wir bieten allen Gruppen und Schichten unseres Volkes die Chance auf politische Heimat.

Unser Standort ist und bleibt die Mitte, die breite Mitte unseres Volkes. Dies macht unsere Stärke aus. Deswegen stellt sich für mich nicht die Frage, ob sich die Partei nach links oder nach rechts bewegen müsse. Es gab immer Versuchungen, aus Gründen der Tagesopportunität und aus anderen Motiven inkonsequent zu werden. Wir sind gelegentlich diesen Versuchungen auch erlegen. Aber wir müssen ihnen widerstehen, wenn wir uns nicht untreu werden wollen.

Volkspartei der Mitte zu sein – das ist eine Frage unseres Selbstverständnisses und unserer Glaubwürdigkeit. Wir machen nicht Politik für die einen und gegen andere. Und niemand – dies sage ich deutlich – hat in unserer Union einen Monopolanspruch auf Wirtschaftskompetenz oder auf soziales Gewissen. Wir alle wollen dem Wohl des Ganzen dienen.

Ich wünsche mir, daß wir uns – innerhalb und außerhalb unserer Partei – in Zukunft nicht mehr als Ost- und Westdeutsche, als ehemalige DDR- und als Bundesbürger verstehen, sondern als Deutsche, als Landsleute, die zusammenstehen und in einem

vereinten Europa den anderen gute Nachbarn und Partner sind.

Liebe Freunde, unsere CDU ist und war die deutsche Europapartei. Zu unserem christlichen Selbstverständnis gehört eine klare Absage an jede Form von Nationalismus. Wir wissen wohl, daß es bei unseren Nachbarn und Freunden, überall in Europa, Menschen gibt, die Ängste vor einem vereinten Deutschland haben. Im Blick auf unsere Geschichte ist dies verständlich. Niemand kann sich der Verantwortung für unsere Geschichte entziehen. [...]

Wir verstehen uns als deutsche Patrioten und überzeugte Europäer. Wir haben in den vergangenen acht Jahren beim Bau des vereinten Europas gemeinsam mit unseren Partnern, allen voran mit Frankreich, große Fortschritte erzielt.

Die Politik der europäischen Integration war die entscheidende Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. Für uns Christliche Demokraten ist es schon deshalb selbstverständlich, daß das vereinte Deutschland seine Kraft dem Bau der Vereinigten Staaten von Europa widmet. Europa ist unsere Zukunft, Deutschland unser Vaterland. [...]

Für uns – ich sage es noch einmal – sind europäische Einigung und Deutsche Einheit zwei Seiten derselben Medaille. Wir haben allerdings auch nie vergessen, daß das Europa der Zwölf eben nicht das ganze Europa ist. Unser Ziel war vielmehr stets – um es in den Worten Konrad Adenauers zu sagen –, „daß Europa einmal ein großes, gemeinsames Haus für alle Europäer wird, ein Haus der Freiheit“.

So sahen es ja auch die Gründer der Gemeinschaft. Sie wollten keinen exklusiven Club, der sich etwa in einer Festung Europa nach außen abschottet. Sie wollten eine Gemeinschaft als Angebot an alle Europäer, als Hoffnung, als Chance für unseren alten Kontinent. [...]

Verantwortung, liebe Freunde, ist ein Schlüsselbegriff für uns Christliche Demokraten. Deshalb sagen wir auch: Wir Deutschen müssen jetzt bereit sein, gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern Verantwortung auch für die Welt von morgen zu übernehmen. Mit der Vereinigung Deutschlands gewinnen wir nicht nur unsere volle Souveränität; uns wachsen auch international neue Pflichten zu. Unser Grundgesetz, unsere Verfassung, beschreibt bereits jetzt den Auftrag, in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. [...]

Es werden aber auch Fragen an uns gestellt: Seid Ihr Deutschen bereit, Euch außerhalb des eigenen Hauses globalen Herausforderungen – etwa bei der Sicherung des Weltfriedens – zu stellen? Es ist für mich selbstverständlich, daß sich das vereinte Deutschland, das stärkere Deutschland, stärker engagieren muß, mehr, als es vielleicht bisher möglich war, mehr, als wir bisher uns leisten zu können geglaubt haben; in Wahrheit waren die Anforderungen ja auch bisher schon so.

Die Golf-Krise beweist, daß immer wieder regionale Krisen ausbrechen können, daß diese Krisen auch uns in Deutschland unmittelbar berühren und daß wir auch in Zukunft wachsam sein müssen. Liebe Freunde, das heißt auch, daß es auch in Zukunft keine Freiheit zum Nulltarif gibt, daß wir auch in Zukunft die Soldaten unserer

Bundeswehr brauchen, die ihren Dienst für unsere Freiheit leisten.

Dabei kann es keine Arbeitsteilung in der Welt in der Form geben, dass sich die einen bequem zurücklehnen, während die anderen die Kastanien aus dem Feuer holen. Das heißt im Klartext: Deutschland muß auch daran mitwirken, Gefahren für den Weltfrieden rechtzeitig abzuwenden. [...]

Verantwortung für die Umwelt in globaler Partnerschaft

Klaus Töpfer auf der UN-Konferenz für Umwelt und
Entwicklung in Rio de Janeiro am 3. Juni 1992

Die CDU betrachtet es als Pflicht des Menschen, die Schöpfung zu bewahren. Schon im ersten Grundsatzprogramm von Ludwigshafen 1978 wurde zu umweltpolitischen Fragen Stellung genommen. 1994 nahm die CDU die Idee der „Ökologischen Sozialen Marktwirtschaft“ in ihr zweites Grundsatzprogramm auf. Bei der UN-Klimakonferenz 1992 in Rio de Janeiro hob Bundesumweltminister Klaus Töpfer den Zusammenhang zwischen Klima- und Entwicklungspolitik hervor. Um der globalen Verantwortung gerecht zu werden, warb er für die Verabschiedung international verbindlicher Abkommen zum Umwelt- und Klimaschutz.

Quelle:

Bulletin der Bundesregierung, Nr. 63-92 vom 10. Juni 1992, online: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/solidaritaet-und-globale-verantwortung-fuer-umwelt-und-entwicklung-rede-von-bundesminister-prof-dr-toepper-in-rio-de-janeiro-788998> (letzter Zugriff: 21. November 2022).

„Wir sind eine Welt“ – diese Botschaft haben mir viele Kinder in Deutschland als Auftrag zu dieser Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro mitgegeben.

Dieser Auftrag verpflichtet uns. Nur in globaler Partnerschaft werden wir unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Zukunft auf dieser Erde erhalten. Das erfordert weltweites Umdenken, vor allem aber bei uns im Norden ein Umsteuern. Wir wissen, daß wir als Industrieländer eine besondere Verantwortung tragen. Wir stellen uns dieser Verantwortung im Hinblick auf die Belastungen, die unsere Gesellschaften der Umwelt weltweit auferlegt haben, sowie im Hinblick auf unsere technischen und finanziellen Möglichkeiten.

Was wir heute nicht bewältigen, müssen unsere Kinder, müssen die Generationen nach uns ertragen. Wir sind aus diesem Generationenvertrag heraus verpflichtet: Wir dürfen deshalb nicht in Kenntnis der Fülle von Problemen und Aufgaben, der unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Interessen resignieren, sondern müssen mit realistischem Optimismus gemeinsam die drängenden Probleme von Unterentwicklung und Armut, Ressourcenübernutzung und Naturzerstörung angehen.

Dieser Earth Summit ist die erste weltweite Zusammenkunft auf höchster politischer Ebene, nachdem die Zweiteilung der Welt in politische Blöcke überwunden wurde. Dies ist eine großartige Chance zur Neuausrichtung unseres politischen Handelns. Wir müssen eine neue Sprache des Miteinander[s] finden und eine neue Basis für gemeinsames Handeln schaffen.

Mit der Überwindung der politischen Zweiteilung der Welt in Ost und West sind

neue geistige und materielle Kräfte freigesetzt worden. Wir müssen diese neuen Kräfte einsetzen zur Überwindung der weltweiten Umwelt- und Entwicklungsprobleme, der Gegensätze zwischen Nord und Süd. Wir müssen sie aber auch nutzen, um den Zusammenbruch in den durch die Veränderungen hart betroffenen Staaten Mittel- und Osteuropas, den „economies in transition“ zu verhindern, um so einer neuen Destabilisierung der Welt entgegenzuwirken. Auch diese Probleme können nur in internationaler Partnerschaft bewältigt werden.

In diesem Geist eines solidarischen Miteinanders, einer globalen Verantwortung für Umwelt und Entwicklung, sollten wir auf dieser Konferenz alles tun, um nicht in eine neue Konfrontation zwischen Nord und Süd einzumünden, nachdem die Konfrontation zwischen Ost und West überwunden werden konnte. Von dieser Konferenz muß ein Geist von Rio ausgehen, der weit über den Earth Summit hinaus tägliches Handeln der Menschen und der Politik prägt.

Dies setzt Vertrauen voraus. Wir brauchen eine dynamische Folge von vertrauensbildenden Maßnahmen zur Überwindung der Gegensätze zwischen Nord und Süd, zwischen arm und reich: Ausdruck eines sich entwickelnden Vertrauens, einer fairen Lastenteilung bei der Rettung unserer globalen Umwelt ist die Verabschiedung der völkerrechtlich verbindlichen Konventionen zu Klima und biologischer Vielfalt. Deutschland wird beide Konventionen hier in Rio zeichnen.

Wir appellieren an alle Staaten, ebenfalls diese beiden Konventionen hier in Rio zu zeichnen und ihre Ratifizierung umgehend einzuleiten. [...] Es ist mir eine Ehre, die Einladung zur 1. Konferenz der Vertragsstaaten

der Klimarahmenkonvention nach Deutschland hier zu bekräftigen.

Auch wenn die Klimarahmenkonvention bedauerlicherweise keine hinreichend bindende Verpflichtung zur CO₂-Stabilisierung bis zum Jahr 2000 enthält, wird die Europäische Gemeinschaft dennoch an ihrem entsprechenden CO₂-Stabilisierungsziel festhalten. Wir hoffen, daß weitere Staaten sich ebenfalls dazu verpflichten. Die Bundesrepublik Deutschland wird darüber hinaus weiter ihr CO₂-Minderungsprogramm umsetzen, um das nationale Ziel einer CO₂-Verminderung um 25 bis 30 Prozent bis zum Jahre 2005 auf der Basis von 1987 zu erreichen.

Wir halten auch die Erd-Charta beziehungsweise Rio-Deklaration für eine wesentliche vertrauensbildende Maßnahme dieser Konferenz. Der vorliegende Text enthält weitreichende umwelt- und entwicklungspolitische Festlegungen. Wir plädieren deshalb dafür, diesen Kompromiß nicht zu gefährden. Wir sind bereit, diesen Text hier in Rio zu verabschieden.

Wir messen dem Schutz, der nachhaltigen Bewirtschaftung und Entwicklung der Wälder weltweit, in allen Klimazonen, große Bedeutung bei. Waldschutz und Erweiterung des Waldbestandes sind bereits heute wesentliches Element unserer nationalen Umwelt- und Forstpolitik wie unserer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Wir wollen auf diesem Earth Summit eine anspruchsvolle Grundsatzerklärung erreichen, die auch Basis künftiger Verhandlungen über eine globale Waldkonvention sein sollte.

Wir wissen, daß globale Partnerschaft zur Überwindung von Unterentwicklung und zur

Bekämpfung der weltweiten Bedrohung der Umwelt eine verstärkte technische und finanzielle Zusammenarbeit zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern unerlässlich macht. Für die Bewältigung globaler Umweltaufgaben ist Deutschland zu substantieller Erhöhung und zusätzlicher Bereitstellung von Mitteln bereit. Wir stimmen den vorgeschlagenen strukturellen Veränderungen der Globalen Umweltfazilität (GEF) zugunsten einer angemessenen Repräsentanz und Beteiligung der Entwicklungsländer zu.

Für die Überwindung nationaler und regionaler Entwicklungsdefizite ist die Agenda 21 eine gute Grundlage. Sie ist das Pflichtenheft globaler Umwelt- und Entwicklungszusammenarbeit. Für die Umsetzung der Agenda 21 wollen wir die zahlreichen bestehenden bi- und multilateralen Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt nutzen. Dabei streben wir an, daß 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts baldmöglichst für diese Aufgaben bereitgestellt werden.

Die Schuldenlast der Dritten Welt muß gezielt weiter verringert werden als Grundlage einer Hilfe zur Selbsthilfe. Diese Schulden haben eine Ursache auch in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Deshalb müssen neben dem Schuldenerlaß auch Handelsbedingungen erreicht werden, die den Ländern in gleicher Weise die Teilnahme am Welthandel ermöglichen. Die deutsche Bundesregierung hat sich – unter anderem im Rahmen der laufenden GATT-Runde – hierfür eingesetzt. Sie ist insbesondere der Auffassung, daß zugunsten von Entwicklungsländern Handelshemmnisse weiter abgebaut werden sollten, um ihren Produkten besseren Zugang zu den Märkten der Industrieländer zu verschaffen. Den am wenigsten entwickelten Ländern haben wir Forderungen

in Höhe von 9 Mrd. DM aus Krediten der Entwicklungshilfe erlassen. Wir haben uns für weitere Schuldenerleichterungen international aktiv eingesetzt und werden die in diesem Rahmen gegebenen Möglichkeiten weiter ausschöpfen.

Vertrauensbildende Maßnahmen sind jedoch auch die notwendigen Änderungen in unserem eigenen Verhalten als Produzenten und Konsumenten. Als Industrieland tragen wir besondere Verantwortung bei der Verfolgung einer nachhaltigen Entwicklung. Wir subventionieren einen Teil unseres Wohlstandes auch dadurch, daß wir Kosten auf unsere Umwelt, auf künftige Generationen und auf Entwicklungsländer abgewälzt haben.

Wir brauchen deshalb

- umweltverträgliche Produktionsprozesse und Produkte, so daß die Ressourcen nachhaltig genutzt und Schadstoffemissionen und Abfälle soweit als möglich vermieden werden. Wir müssen weg von der Wegwerfgesellschaft.
- Wir müssen die externen Kosten gerade auch durch den verstärkten Einsatz wirtschaftlicher Instrumente internationalisieren, damit die Belastungen unserer Umwelt sich in den Preisen der Produkte widerspiegeln.
- Wir müssen auch das umweltverträgliche Verhalten jedes einzelnen fördern und stärken. Erziehung und Ausbildung, breite Information spielen hier eine wesentliche Rolle.

Der Earth Summit hat in Deutschland bei allen Bevölkerungsgruppen das Bewußtsein für Umwelt- und Entwicklungsverantwortung gestärkt.

Der deutsche Bundeskanzler hat Persönlichkeiten aus allen gesellschaftlichen Gruppen in ein nationales Komitee zur Vorbereitung der Konferenz berufen. Die gute Arbeit dieses Komitees, vieler Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen ist eine wichtige Grundlage für die Umsetzung der Beschlüsse des Earth Summit in unserem Land. Wir werden die Nichtregierungsorganisationen auch in den weiteren Prozeß nach Rio intensiv einbeziehen – auf nationaler wie auf internationaler Ebene.

Diese Konferenz für Umwelt und Entwicklung muß der Beginn eines dynamischen Prozesses sein, der zu einer Vertiefung der weltweiten Umwelt- und Entwicklungspartnerschaft führt. Wie wir mit der Schlußakte von Helsinki 1975 die Überwindung der Zweiteilung zwischen Ost und West begonnen haben, so muß die Schlußakte von Rio den Entspannungsprozeß zwischen Nord und Süd, zwischen Mensch und Natur einleiten.

Die durch die Überwindung der Zweiteilung in Ost und West freigesetzten Kräfte dürfen wir nicht erneut binden in die Auseinandersetzung zwischen Menschen, sondern wir müssen sie gemeinsam für die Überwindung von Unterentwicklung und Naturzerstörung weltweit einsetzen.

Dieser Geist von Rio muß unser gemeinsames Handeln hier prägen, damit wir die Zukunft dieses Planeten Erde für uns und die Generationen nach uns sichern können.

Freiheit, die wir meinen

Wolfgang Schäuble auf dem 2. CDU-Zukunftsforum
Grundwerte am 15. Mai 1999 in Cottbus

Nach dem Verlust der Regierungsmehrheit setzte sich die CDU 1998 wieder intensiver mit ihrem Selbstverständnis auseinander – ähnlich wie nach dem ersten Regierungswechsel 1969. Auf dem Zukunftsforum in Cottbus befasste sich der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble mit dem Freiheitsbegriff der CDU und plädierte – wie schon Richard von Weizsäcker in den 1970er Jahren – für die „verantwortete Freiheit“, die für ihn der Schlüssel zu Chancengleichheit und einer gerechten Gesellschaft ist. In seiner Rede analysierte er außerdem kritisch die Folgen der Deutschen Einheit und die nach wie vor bestehenden Differenzen zwischen Ost und West.

Quelle:

Union in Deutschland Extra vom 20. Mai 1999, Nr. 16/1999, online: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_27945_1.pdf/50f7aaa7-8d46-4994-4f18-f8e037080501?version=1.0&t=1539658420942 (letzter Zugriff: 17. November 2022).

[...] Der Mensch ist in unserem Menschenbild nicht nur Einzelwesen, er braucht auch zur Entfaltung die Gemeinschaft, und besser eine freiwillig akzeptierte Gemeinschaft freier Individuen. Aus der Fähigkeit, zwischen Gut und Böse zu entscheiden, folgt die Einsicht, daß der Mensch fehlen kann. Nicht zuletzt deswegen ist es so entscheidend, ein politisches System zu errichten, das davon ausgeht, daß auch bei bestem Streben nicht alles gelingen wird. Ein solches System wird deshalb die Freiheit sichern, Fehler zu korrigieren und einen besseren Weg zu suchen. Das gilt für die Freiheit jedes Einzelnen, seinen Lebensentwurf verändern, anpassen, erneuern zu können, genauso wie für die Freiheit von Gemeinschaften auf verschiedenen Ebenen, Macht nur zeitlich begrenzt zu verleihen und Verantwortliche auch zur Verantwortung ziehen zu können. Aus unserem Menschenbild folgt deshalb, daß vor allem anderen der Freiheit die zentrale Bedeutung zukommt.

Wenn der Mensch nicht nur Einzelwesen, sondern auch Gemeinschaftswesen ist, dann wird daraus auch deutlich, warum wir keiner Entwicklung zustimmen können, die die Freiheit des einzelnen vor allem als Freiheit von allen Grenzen und Bindungen begreift. Uns sollte es nicht in erster Linie um eine Freiheit von etwas, sondern um eine Freiheit zu etwas gehen. Der Mensch soll sich nicht nur um sich selbst kümmern müssen oder glauben, es zu sollen. Er soll gerade frei sein, auch für andere oder gemeinsam mit anderen das Leben zu gestalten. Freiheit darf also nicht als Beliebigkeit, sondern muß als verantwortete Freiheit verstanden werden. Ein politisches System sollte deswegen seine Leitbilder, seine Anreizsysteme und Verhaltensmechanismen nicht darauf ausrichten, allein die größtmögliche Zahl von materiellen Gütern anzuhäufen. Ich will

die wohlstandbringende Antriebsfeder des eigenen materiellen Wohlergehens gar nicht klein reden. Aber ein politisches System, wie wir es uns vorstellen, muß immer auch soziale Wärme vermitteln können. Wer Besitz hat und sich etwas leisten kann, der soll sich bewußt sein, daß es sinnvoll und gut ist, auch für die anderen etwas zu leisten. Eigentum bringt Verantwortung mit sich. Allerdings, ich will kein politisches System anstreben, das dem Besitzenden mit Zwang aufoktroiert, wie er sein Eigentum in die Verantwortung anderer abzugeben habe. Vielmehr sollten wir immer zuerst überlegen, wie wir Anreize für ein freiwilliges ausgewogenes Engagement für sich und die Gemeinschaft schaffen können.

Im übrigen ist ein System mit der Priorität einer verantworteten Freiheit auch grundsätzlich das effizientere. Denn es fördert und fordert den Menschen zugleich und sieht in ihm zuallererst den eigenverantwortlichen Aktiven und nicht unmündigen Passiven.

IV. Wenn ich von der unveräußerlichen Würde des Menschen sprach, dann gehört dazu naturgemäß die Gleichheit der Menschen in dieser Würde. Daraus folgt nun aber gerade nicht eine Gleichförmigkeit oder Gleichmacherei, sondern eine Gleichheit der Chancen. Der Mensch bleibt eigenverantwortlich und frei, aus diesen Chancen viel oder weniger zu machen. Das können und wollen wir ihm nicht abnehmen. Zugegeben, in den letzten 10 Jahren hat es sicherlich viele Verletzungen in Ostdeutschland gegeben, weil man diese grundsätzliche Gleichheit der Chance so nicht erfahren hat. Das ist wahr, und daran müssen wir arbeiten. Das erklärt zu einem Teil auch die hohe Bedeutung, die von vielen in Ostdeutschland der Gleichheit vor der Freiheit eingeräumt wird – heute mehr als 1989/1990, wie die Demoskopie

zeigt. Aber vielleicht ist es auch ein bißchen so, daß man gerade das als so besonders wichtig erachtet, was man vermißt, dagegen das Vorhandene leichter übersieht. Früher vermißte man die Freiheit, dafür hatte man viel Gleichheit. Heute ist es umgekehrt, wenn auch die Ungleichheit für die allermeisten auf einem sehr viel höheren Niveau stattfindet.

Um zu einer besseren Gleichheit der Chancen zu kommen, ist es so wichtig, daß jeder einzelne für sich den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung nachvollzieht und auch daraus Konsequenzen zieht. Wir dürfen nicht locker lassen, jedermann zum Engagement in der res publica, in den öffentlichen Angelegenheiten aufzurufen. Das gehört zu den Unterschieden in Deutschland. Wer seit 1933 nicht unter den Bedingungen von Freiheit leben konnte, muß die Chance von ehrenamtlichem Engagement erst erfahren. Umso erfreulicher zu beobachten, wie das ehrenamtliche Engagement wächst und daß wir z. B. bei den Kommunalwahlen in diesem Jahr viel mehr Bereitschaft zur Kandidatur finden als noch ein paar Jahre zuvor! Das stimmt hoffnungsvoll.

Freiheit bedeutet Verantwortung, damit andere nicht verletzt werden. Wer besitzt, besitzt Verantwortung. Das ist leider häufig genug nicht bedacht worden, wo in der Freiheit geübte Westdeutsche, vor allem in Freiheit zugunsten des persönlichen Vorteils geübte Westdeutsche in Alltag und Beruf auf Ostdeutsche getroffen sind. Es ist zuweilen das Bild entstanden, die Bundesrepublik West hätte das Materielle zum Maß aller Dinge erhoben. Ich sage deutlicher: Das ist nicht unser Leitbild, dies ist nicht das Werteverständnis der christlichen Demokratie. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.

V. Und wir brauchen neben der Freiheit in Verantwortung noch etwas ganz wichtiges, ohne das wir kein Vertrauen in die Zukunft und deswegen auch keinen Mut, unsere Freiheit zu nutzen, aufbringen werden. Wir brauchen ein Gefühl der Nähe, der Verbundenheit und Vertrautheit. Wir müssen sowohl im sinnlichen wie geistigen Sinne von etwas sagen können: Dies ist meine Heimat. Nur wenn wir uns an einem Ort zuhause fühlen, fühlen wir uns sicher genug, Toleranz aufzubringen. Toleranz aber brauchen wir für das Andersartige und das Neue, das uns tagtäglich begegnet. Unser Gemeinwesen muß von einer hinreichenden Identifikation seiner Bürger getragen werden, um eine Gesellschaft der Offenheit und des Engagements zu sein. Identifikation und Vertrautheit ist aber nicht nur eine Sache der rationalen Überzeugung, der bloßen Vernunft, auf die die emanzipatorische Linke so sehr baut. Identifikation und Vertrautheit sind zutiefst emotionale Faktoren und auch sehr stark von der eigenen Erfahrung bestimmt.

Viele Ostdeutsche fühlen sich noch nicht sehr vertraut mit unserem Gemeinwesen. Sie sind noch nicht ganz zuhause in dieser Bundesrepublik Deutschland, auch wenn klar ist, daß die untergegangene DDR das Zuhause nicht mehr sein kann. Vielleicht liegt darin die Erklärung, daß wir dort ein zurückhaltendes Engagement für die Dinge außerhalb der unmittelbaren eigenen Lebenswelt und noch nicht so viel Aufgeschlossenheit z. B. für die Europäische Einigung beobachten.

Friedrich August von Hayek, dessen 100. Geburtstag z. Zt. gedacht wird, hat gegen Ende seines Lebens untersucht, was über die Jahrtausende hindurch erfolgreiche Gesellschaften von schnell wieder untergegangenen Gesellschaften unterscheidet. Er hat bei den erfolgreichen Gesellschaften

drei verbindende Elemente gefunden: den hohen Wert der Familie, den Schutz des Eigentums und den Wettbewerb. Anders ausgedrückt, es waren Gesellschaften, in denen Nähe und Geborgenheit vermittelt wurde, Gesellschaften, die Leistungen und Eigenverantwortung förderten und die Freiraum zur Erneuerung, zum Ringen um den besten Weg schufen. Hayek hat deutlich gemacht, daß solche Gesellschaften auf Dauer auch das größte Maß an sozialer Gerechtigkeit hervorbrachten. Es ist wichtig zu betonen, daß eine freiheitliche Gesellschaft viel mit Gerechtigkeit zu tun hat. Eine solche Gesellschaft fordert eine adäquat gerechte Wirtschaftsordnung. Die soziale Marktwirtschaft, das muß immer wieder gesagt werden, ist eine solche wertgebundene Wirtschaftsordnung!

Wenn es uns gelingt, deutlich zu machen, daß der christdemokratische Gesellschaftsentwurf auf einem festen Grundwerteverständnis beruht, daß wir die Freiheit voran stellen, aber nur mit Freiheit in Verantwortung Gerechtigkeit erzielen können, dann – so glaube ich – kann auch in Ostdeutschland die notwendige Vertrautheit entstehen. Aus der Vertrautheit gewinnen wir Selbstgewissheit und schaffen damit in uns selbst die Voraussetzung für Innovation und Erneuerung. So gewinnen wir die Zukunft, eine Zukunft, in der Werte zuhause sind und in der Freiheit herrscht, wie wir sie meinen. In diesem Sinne wünsche ich der Tagung viel Erfolg.

Zur Bedeutung der transatlantischen Beziehungen

Angela Merkel vor dem Kongress der USA in Washington am 3. November 2009

Die Partnerschaft mit den USA ist aus Sicht der CDU für Deutschland unverzichtbar. Die Bundesrepublik teilt mit den USA Interessen und Werte. Konrad Adenauer trat für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik im westlichen Rahmen ein. Mit dem Beitritt zur NATO 1955 wurde Westdeutschland Teil der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft. In ihrer Rede vor dem Kongress in Washington am 3. November 2009 hob Angela Merkel die Bedeutung der Wertegemeinschaft zwischen Europa und den USA sowie der NATO als Eckpfeiler der gemeinsamen Sicherheitspolitik hervor. Auch Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik und die Notwendigkeit einer gemeinsamen Klimapolitik thematisierte die Bundeskanzlerin vor dem Kongress.

Quelle:

Bulletin der Bundesregierung, Nr. 109-2 vom 3. November 2009, online: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-793536> (letzter Zugriff: 25. November 2022).

[...] Alles ist möglich, auch in unserem Jahrhundert, im 21. Jahrhundert, im Zeitalter der Globalisierung. Wir wissen bei mir zu Hause in Deutschland genauso wie bei Ihnen in Amerika, dass die Globalisierung vielen Menschen Angst macht. Darüber gehen wir nicht einfach hinweg. Wir sehen die Schwierigkeiten. Und doch ist es unsere Aufgabe, die Menschen zu überzeugen, dass die Globalisierung eine große weltweite Chance ist, für jeden Kontinent, denn sie zwingt jeden, gemeinsam mit anderen zu handeln.

Die Alternative zur Globalisierung wäre die Abschottung, doch das wäre keine Alternative. Sie führte nur ins Elend, weil sie in die Isolation führt. Das Denken in Bündnissen, das Denken in Partnerschaften dagegen – das führt in eine gute Zukunft.

Amerika und Europa sind wahrlich nicht immer einer Meinung. Die einen halten die anderen manchmal für zu zögerlich und ängstlich oder, umgekehrt, für zu eigensinnig und drängend. Dennoch bin ich zutiefst davon überzeugt: Einen besseren Partner als Amerika gibt es für Europa nicht, einen besseren Partner als Europa gibt es für Amerika nicht.

Denn das, was Europäer und Amerikaner zusammenführt und zusammenhält, ist nicht nur eine gemeinsame Geschichte. Das, was Europäer und Amerikaner zusammenführt und zusammenhält, sind nicht nur gemeinsame Interessen und gemeinsame Herausforderungen, wie es sie zwischen allen Regionen der Welt gibt. Das allein würde nicht reichen, um die besondere Partnerschaft Europas und Amerikas zu begründen und dauerhaft zu tragen. Es ist mehr.

Das, was Europäer und Amerikaner zusammenführt und zusammenhält, ist die gemeinsame Wertebasis. Es ist ein gemeinsames Bild vom Menschen und seiner unveräußerlichen Würde. Es ist ein gemeinsames Verständnis von Freiheit in Verantwortung. Dafür treten wir in der einzigartigen transatlantischen Partnerschaft und in der Wertegemeinschaft der NATO ein. So wird „Partnership in Leadership“ mit Leben erfüllt, meine Damen und Herren. Diese Wertebasis war es, die den Kalten Krieg beendet hat. Diese Wertebasis ist es, mit der wir nun die Bewährungsproben unserer Zeit bestehen können und bestehen müssen.

Deutschland ist vereint, Europa ist vereint. Das haben wir geschafft. Heute nun muss unsere politische Generation zeigen, dass sie die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistert, dass sie gleichsam im übertragenen Sinne Mauern von heute einreißen kann.

Was heißt das? Erstens Frieden und Sicherheit schaffen, zweitens Wohlstand und Gerechtigkeit erreichen und drittens unseren Planeten schützen. Wieder sind dabei Amerika und Europa in ganz besonderer Weise gefordert.

Auch nach dem Ende des Kalten Krieges geht es also darum, Mauern zwischen Lebensauffassungen, gleichsam Mauern in den Köpfen einzureißen, die uns immer wieder daran hindern oder es erschweren, uns auf der Welt zu verstehen. Dafür ist die Fähigkeit zur Toleranz so wichtig. Für uns ist unsere Art zu leben die beste aller möglichen. Aber dennoch ist sie nicht die Art aller. Es gibt verschiedene Lösungen für ein gutes Miteinander. Toleranz ist Ausdruck des Respekts vor der Geschichte, der Tradition, der Religion und der Identität anderer.

Doch niemand sollte sich täuschen: Toleranz bedeutet nicht Beliebigkeit. Null Toleranz muss es für die geben, die die unveräußerlichen Rechte des Menschen missachten und sie mit Füßen treten. Null Toleranz muss es auch geben, wenn Massenvernichtungswaffen zum Beispiel in den Händen des Iran unsere Sicherheit bedrohen könnten. Der Iran muss das wissen. Der Iran kennt unser Angebot. Doch der Iran kennt auch die Grenze: Eine Atombombe in der Hand des iranischen Präsidenten, der den Holocaust leugnet, Israel droht und das Existenzrecht abspricht, darf es nicht geben.

Die Sicherheit Israels ist für mich niemals verhandelbar. Im Übrigen wird nicht nur Israel bedroht, sondern die ganze freie Welt. Wer Israel bedroht, bedroht auch uns. Deshalb tritt die freie Welt dieser Bedrohung entgegen, notfalls mit harten wirtschaftlichen Sanktionen. Meine Damen und Herren, deshalb werden wir in Deutschland mit aller Kraft den Nahost-Friedensprozess mit dem Ziel unterstützen, eine Zwei-Staaten-Lösung zu schaffen: einen jüdischen Staat Israel und einen palästinensischen Staat.

Wir treten auch der Bedrohung des internationalen Terrorismus entgegen. Dabei wissen wir, dass kein Land – und sei es noch so stark – das allein schaffen kann. Wir alle brauchen Partner. Erst in der Gemeinschaft mit Partnern sind wir stark.

Weil wir nach den Anschlägen des 11. September mit dem damaligen Präsidenten George W. Bush die Überzeugung geteilt haben, dass von Afghanistan aus nie wieder die Sicherheit der Welt bedroht werden darf, steht Deutschland dort seit 2002 mit dem drittgrößten Truppenkontingent. Wir wollen das Konzept der so genannten vernetzten Sicherheit zum Erfolg führen. Das besagt:

Ziviles und militärisches Engagement sind untrennbar miteinander verbunden.

Ohne Zweifel: Der Einsatz der Staatengemeinschaft in Afghanistan ist hart. Er fordert uns viel ab. Er muss in die nächste Phase geführt werden, sobald die neue afghanische Regierung im Amt ist. Ziel muss die Entwicklung einer Übergabestrategie in Verantwortung sein. Dies wollen wir Anfang des nächsten Jahres auf einer gemeinsamen UN-Konferenz entwickeln. Erfolgreich werden wir sein, wenn wir wie bisher jeden weiteren Schritt im Bündnis gemeinsam gehen. Deutschland stellt sich dieser Verantwortung.

Es steht außer Zweifel: Die NATO ist und bleibt der wesentliche Eckpfeiler unserer gemeinsamen Sicherheit. Ihr Sicherheitskonzept wird stetig weiterentwickelt und den neuen Herausforderungen angepasst. Ihr Fundament und ihr Kompass für Frieden und Freiheit aber bleiben unverändert.

Wir Europäer – davon bin ich überzeugt – können dazu in Zukunft noch mehr beitragen. Denn wir Europäer sind in diesen Wochen im Begriff, unsere Europäische Union mit einer neuen vertraglichen Grundlage auszustatten. Die letzte Unterschrift ist gerade darunter gesetzt worden. Die Europäische Union wird damit stärker und handlungsfähiger und damit für die Vereinigten Staaten ein starker und zuverlässiger Partner.

Auf dieser Grundlage können wir stabile Partnerschaften mit anderen aufbauen, allen voran mit Russland, China und Indien. Denn, meine Damen und Herren, wir leben heute in einer freieren und vernetzteren Welt als jemals zuvor. Der Fall der Berliner Mauer, die technologische Revolution bei Information und Kommunikation, der Aufstieg Chinas,

Indiens und anderer Länder zu dynamischen Volkswirtschaften – all das hat die Welt im 21. Jahrhundert zu einer anderen gemacht, als sie es im 20. Jahrhundert war. Das ist gut, denn Freiheit ist das Lebensgesetz unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft. Nur in Freiheit kann der Mensch schöpferisch sein.

Allerdings ist auch deutlich geworden: Diese Freiheit steht nicht allein. Es ist eine Freiheit in und zur Verantwortung. Dazu bedarf es einer Ordnung. Der Beinahe-Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte hat gezeigt, was passiert, wenn es diese Ordnung nicht gibt.

Wenn die Welt die Lektion aus der Finanzkrise des letzten Jahres gelernt hat, dann führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass eine globalisierte Wirtschaft einen globalen Ordnungsrahmen braucht. Ohne eine weltweite Bindung durch Transparenz und Kontrolle kommt es nicht zu einem Gewinn an Freiheit, sondern vielmehr zu einem Missbrauch von Freiheit und damit zu Instabilität. Das ist dann gleichsam eine zweite Mauer, die fallen muss – eine Mauer, die vor einer wirklich globalen Wirtschaftsordnung steht, eine Mauer regionalen und ausschließlich nationalen Denkens.

Der Schlüssel in der Zusammenarbeit der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer liegt in der Gruppe der G20. Auch hier ist die Zusammenarbeit Amerikas und Europas ein entscheidender Eckpfeiler. Es ist eine Zusammenarbeit, die nicht ausschließt, sondern andere mit einschließt.

Die G20 hat gezeigt, dass sie handlungsfähig ist. Wir müssen uns dem Druck derer entgegenstellen, die die Staaten dieser Welt fast an den Abgrund geführt haben. Das heißt nichts anderes, als dass die internationale

Wirtschaftspolitik nachhaltiger werden muss, denn die Krise war auch Ausdruck zu kurzfristigen Denkens. Millionen von Menschen weltweit sind dadurch vom Verlust ihres Arbeitsplatzes und von Armut und Hunger bedroht. Um Wohlstand und Gerechtigkeit zu erreichen, müssen wir alles tun, dass sich eine solche Krise niemals wiederholt.

Das bedeutet auch, nicht der Versuchung des Protektionismus zu erliegen. Deshalb sind auch die Doha-Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation so wichtig. Ein Erfolg der Doha-Runde wäre gerade in der aktuellen Krise ein wertvolles Signal für die Offenheit der Weltwirtschaft.

Ebenso kann der Transatlantische Wirtschaftsrat eine wichtige Aufgabe erfüllen. Wir können damit Subventionswettläufe verhindern und Anstöße zum Abbau von Handelshemmnissen zwischen Europa und Amerika geben. Ich bitte Sie: Lassen Sie uns gemeinsam für eine Weltwirtschaftsordnung eintreten, die im Interesse Europas und Amerikas ist.

Dass globale Herausforderungen nur in umfassender internationaler Zusammenarbeit bewältigt werden können, zeigt sich auch an einer dritten Bewährungsprobe des 21. Jahrhunderts, an so etwas wie einer Mauer zwischen Gegenwart und Zukunft. Diese Mauer versperrt den Blick auf die Bedürfnisse kommender Generationen. Sie verhindert den dringend notwendigen Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und unseres Klimas.

Wohin dieser Verbrauch unserer Zukunft führt, können wir schon jetzt sehen: In der Arktis schmelzen Eisberge, in Afrika werden Menschen zu Flüchtlingen, weil ihre Umwelt zerstört wird, weltweit steigt der

Meeresspiegel. Ich freue mich, dass Präsident Obama und Sie in Ihrer Arbeit dem Schutz unseres Klimas eine hohe Bedeutung beimessen. Wir alle wissen: Wir haben keine Zeit zu verlieren. Wir brauchen eine Einigung auf der Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen. Wir brauchen eine Einigung auf ein Ziel: Die globale Erwärmung darf zwei Grad Celsius nicht überschreiten.

Dafür brauchen wir die Bereitschaft aller Länder, international verbindliche Verpflichtungen zu übernehmen. Wir können es uns nicht leisten, beim Klimaschutz von den wissenschaftlich gebotenen Zielen abzuweichen. Das wäre nicht nur ökologisch unverantwortlich. Es wäre auch technologisch kurzsichtig. Denn die Entwicklung neuer Technologien im Energiebereich bietet große Chancen auf Wachstum und zukünftige Arbeitsplätze.

Es besteht kein Zweifel: Die Welt schaut im Dezember auf uns, auf Europa und Amerika. Es ist wahr: Ohne Verpflichtungen Chinas und Indiens wird es nicht gehen. Aber ich bin davon überzeugt: Wenn wir in Europa und Amerika zu verbindlichen Verpflichtungen bereit sind, werden wir auch China und Indien davon überzeugen. Dann können wir in Kopenhagen die bestehende Mauer zwischen Gegenwart und Zukunft überwinden – im Interesse unserer Kinder und Enkel und im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung weltweit.

Ich bin überzeugt: So wie wir im 20. Jahrhundert die Kraft hatten, eine Mauer aus Stacheldraht und Beton zu Fall zu bringen, so haben wir auch heute die Kraft, Mauern des 21. Jahrhunderts zu überwinden – Mauern in unseren Köpfen, Mauern eines kurzsichtigen Eigeninteresses, Mauern zwischen Gegenwart und Zukunft.

Meine Zuversicht speist sich aus einem ganz besonderen Klang – dem Klang der Freiheitsglocke im Schöneberger Rathaus von Berlin. Dort hängt seit 1950 ein Nachguss der amerikanischen Freiheitsglocke. Gespendet von amerikanischen Bürgern ist sie ein Zeichen des Freiheitsversprechens, das sich erfüllt hat. Am 3. Oktober 1990 läutete die Freiheitsglocke die Wiedervereinigung Deutschlands ein – im Augenblick der größten Freude des deutschen Volkes. Am 13. September 2001 läutete sie noch einmal, und zwar zwei Tage nach dem 11. September – im Augenblick der größten Trauer des amerikanischen Volkes.

The Freedom Bell in Berlin is, like the Liberty Bell in Philadelphia, a symbol which reminds us that freedom does not come about by itself. It must be struggled for and then defended anew every day of our lives. In this endeavour, Germany and Europe will also in future remain strong and dependable partners for America. That I promise you. Thank you very much.

Impressum

Ansprechpartnerin:

Dr. Kathrin Zehender
 Referentin Zeitgeschichte
 Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik
 T +49 30 26996-3717
 kathrin.zehender@kas.de

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2023, Berlin

Umschlagfoto: Plakat zur Bundestagswahl 1961. © KAS/ACDP, Plakatsammlung;
 Gestaltung: Christiane Stahr.

Bildnachweise: S. 13, S. 22, S. 39 © KAS/ACDP, Plakatsammlung; S. 15
 © Ullstein-Bild; S. 17 © Bundesregierung/Ludwig Wegmann; S. 21, S. 29, S. 37
 © KAS/Peter Bouserath; S. 25 © dpa/Süddeutsche Zeitung Photo; S. 30 © KAS/
 Harald Odehnal; S. 33 © picture alliance/Kay Nietfeld/dpa; S. 38 © Bundes-
 archiv B-145 Bild F000878-0012-Klaus Otto Skibowski; S. 45 © Bundesregierung/
 Richard Schulze-Vorberg; S. 46 © picture alliance/Fritz Rust; S. 48 © KAS/Rainer
 Unkel; S. 51 © picture-alliance/ZB/Oliver Killig; S. 52 © Ulrich Baumgarten/
 Süddeutsche Zeitung Photo; S. 53 © picture-alliance/dpa/dpaweb | BPA Guido
 Bergmann; S. 56, S. 58, S. 60, S. 62, S. 65, S. 67 © KAS/Christiane Stahr.

Gestaltung und Satz: KALUZA+SCHMID Studio

Druck: Kern GmbH, Bexbach

Printed in Germany.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-98574-119-9

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich
 der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder
 -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt
 für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum
 Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative
 Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0
 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Die CDU steht vor großen Herausforderungen. Wie sieht die Zukunft der Partei aus? Was sind ihre Antworten auf die Fragen der Zeit? Der Blick in die Geschichte zeigt, was die CDU stark gemacht hat und wofür sie steht. Im Juni 2022 wurden in Berlin im Rahmen einer Tagung in sechs wissenschaftlichen Vorträgen die Wurzeln der CDU und ihre Entwicklung unter den langjährigen Vorsitzenden Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Angela Merkel beleuchtet. Die anschließende Podiumsdiskussion mit dem Vorsitzenden der CDU-Grundsatzprogrammkommission Carsten Linnemann gab Einblick in die laufenden Programmdebatten.

Die vorliegende Publikation dokumentiert die Vorträge sowie die Diskussion. Ergänzt werden die Beiträge durch einen Quellen- teil mit Reden, Artikeln und Aufsätzen zu zentralen Aspekten christdemokratischer Politik und zu den politischen Grund- strömungen, die die CDU in sich vereinigt: das Christliche, das Konservative, das Liberale und das Soziale. Die Beiträge und Quellen machen die Fundamente der Partei sichtbar und bieten Orientierung für die Zukunft.